

Sand im Getriebe 121

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Schwierige Zeiten in Lateinamerika - Daraus lernen -



Brasilien



Chile



Kolumbien

| | |
|---|----|
| Kein schmutziger Deal mit der Türkei! | 3 |
| Lateinamerika | |
| A. García Linera: Sieben Lektionen für die Linke | 4 |
| Renaud Lambert: Lateinamerika – warum sind die progressiven Kräfte ins Stocken geraten? | 6 |
| Eduardo Gudynas: Notwendige ökologische Ausrichtung | 9 |
| Hinweise auf Web-Seiten und Veröffentlichungen | 10 |
| Cuba Si: Ein längst überfälliger Schritt | 11 |
| Evelyn Linde, Fabian Grieger: Konflikt zwischen Regierung und Bergbaukooperativen in Bolivien | 12 |
| Brasilien - Atilio Boron: Aus der brasilianischen Tragödie lernen / Georg Stein: Agrarpolitik der Temer-Führung trifft auf Widerstand / Helmut Weiss: Druck auf die brasilianische Putschregierung | 13 |
| L. B. García: Venezuela: Die sichtbare Hand des Marktes / E. Lander: Die Implosion Petro-Venezuelas | 15 |
| Robert Ojurovic: IWF knackt Argentinien | 17 |
| Hector Perla: Fünf Lektionen aus Zentralamerika für den kolumbianischen Friedensprozess | 18 |
| Guillaume Long: Ein Drittel der ecuadorianischen Wirtschaft befindet sich in Steueroasen <i>Philipp Zimmermann:</i> US-Gericht spricht Ölkonzern Chevron frei H. López Blanch: Chevron und die Gefahren der TPP | 21 |
| Schritte gegen die US-Hegemonie und zur Kooperation in Lateinamerika / Mercosur / 4. November 2016: Aktionstag für Demokratie und gegen Neoliberalismus | 24 |
| EPAs in Afrika: Boniface Mabanza: Warum Tansania die EU abblitzen lässt | 26 |
| Norman Paech: Freihandel und seine möglichen Folgen | 27 |
| Weiter im Kampf gegen CETA- TTIP -TiSA und Co. | 29 |
| Palästina: Der ewige Kampf ums Wasser | 31 |
| Aufruf: Berlin, 8. Oktober „Die Waffen nieder!“ | 32 |

Schwierige Zeiten in Lateinamerika: Putsch in **Brasilien**, IWF knackt **Argentinien**, **Unruhen** in Venezuela, ...

Vielfältige Versuche gab es und gibt es, die Errungenschaften der letzten 15 Jahren in mehreren Ländern Lateinamerikas rückgängig zu machen und einen Kontinent wieder gefügig zu machen, der durch eine zunehmende wirtschaftliche und politische Integration und durch die Ablehnung von einem „Freihandelsabkommen“ (Nein zu ALCA – dafür **ALBA**) sich den USA aber auch der EU widersetzt hat.

Die fortschrittlichen Regierungen haben immerhin die Lebensbedingungen von Millionen verbessert. Aber „*warum sind die progressiven Kräfte ins Stocken geraten?*“ fragt **Renaud Lambert**, Redakteur der französischen Ausgabe von Le Monde Diplomatique. Er liefert dazu mehrere Antworten, andere gehen dieser Frage auch nach.

„*Der Weg über die Urne (...) birgt gewisse Zwänge in sich.*“ (Lambert) Aktive Mitglieder der Parteien und Bewegungen, jetzt Abgeordnete oder im Staatsapparat, fehlen an der Basis; in der Ausübung ihrer Funktion vergessen sie öfter, dass „*der politische Prozess nicht nur über die institutionellen Kanäle des Staates verläuft, sondern auch auf "der Straße", der turbulenten plebejischen Welt.*“ (**Atilio Boron** über Brasilien).

„*In Ländern, in denen Diktaturen die kommunistischen Organisationen unterdrückt haben, wo der Neoliberalismus die seltenen Arbeiterhochburgen zertrümmert hat und die Medien in privater Hand bleiben, ist die Atmosphäre nicht röter als irgendwo anders.*“ (Lambert) - Das Ringen um Stimmenmehrheiten führt zu Kompromissen und „*wann hört man auf, mit den Rechten zusammen zu regieren, und beginnt, für sie zu regieren?*“

Garcia Linera unterstreicht in „*Sieben Lektionen für die Linke*“: Den Staatsapparat kann man nicht so übernehmen, er muss transformiert werden und die Beschlussfassung ist zu demokratisieren.

Was soll produziert werden und wie? Es ist viel ausprobiert und debattiert worden! „*Keiner der fortschrittlichen lateinamerikanischen Regierungen ist es gelungen, die Produktionsstruktur zu verwandeln: da sie von dem Export ihrer Rohstoffe abhängig blieben, sind sie nun den Stürmen des Weltmarktes ausgeliefert.*“ (Lambert) **Edgardo Lander** beschreibt „*die Implosion Petro-Venezuelas*“. Linera hebt hervor: „*Wir müssen uns auch als fähig erweisen, die Wirtschaft zu managen.*“ Lambert zitiert: „*Es gibt mehrere Weisen, den Lebensstandard der Leute zu erhöhen. Was wir in Brasilien gemacht haben, war, den Konsum zu steigern, was ihre Unterwerfung unter der Logik des Marktes erhöhte. Auf diese Weise fördert man kein politisches Bewusstsein. Es wäre zweckmäßiger gewesen, die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen.*“

„*Die größten Herausforderungen für eine Erneuerung der Linken in Lateinamerika*“ liegen nach **Eduardo Gudynas** „*in der engen Verbindung zwischen sozialer und Umweltgerechtigkeit.*“ Linera warnt vor einer „*kolonialen Umweltschutzmentalität*“ und merkt an: „*Dem „Extraktivismus“ entkommen? Ja, das kann man ohne Zweifel. Aber nicht durch Rückkehr zum Steinzeitalter.*“

In „*Fünf Lektionen aus Zentralamerika für den kolumbianischen Friedensprozess*“ verarbeitet **Hector Perla** die Erfahrungen von Guatemala, Nicaragua und El Salvador: „*Frieden beendet die Armut nicht*“ - „*Ende des Krieges bedeutet nicht Ende der Gewalt*“ - „*Die Vereinigten Staaten finanzieren den Krieg, aber nicht den Frieden.*“

Unsere Hochachtung gilt den Menschen in Lateinamerika, die seit Generationen gegen die herrschenden Eliten, gegen Landraub, extreme Ausbeutung, Ermordung von Aktivisten, bewaffnete Interventionen der USA Widerstand leisten. Ihr Kampf richtet ebenfalls gegen Konzerne, die Ressourcen plündern und dabei die Umwelt zerstören (**Chevron** in Ecuador) und an dem Staat vorbei ihre Gewinne in Steueroasen sichern (S. Antrag von **Ecuador gegen Steueroasen** an die UNO). „*Eine Revolution ist Hoffnung in Bewegung. Wir haben viel geschafft. Aber das reicht nicht. Die Schlacht um die Hegemonie ist wieder entscheidend geworden.*“ meint Linera.

Wir berichten auch über den **Widerstand von Tansania** gegen das geplante Wirtschaftsabkommen mit der EU, über die breite Ablehnung von CETA; **Norman Paech** betont, das zentrale Ziel von TTIP und CETA sei „*die atlantische Dominanz gegenüber den drohenden Machtverschiebungen in der Welt zu sichern.*“

Wir fordern „**Kein schmutziger Deal mit der Türkei auf Kosten von Menschenrechten, Demokratie und Frieden!**“.

Wir laden ein, an der **Demonstration „Die Waffen nieder“ in Berlin am 8. Oktober** teilzunehmen.

Seit Anfang 2015 gibt es unsere „**SiG-Werkstatt**“: Zusatzmaterialien zu den SiG-Themen, aktuelle Meldungen und Artikel findet man in der **SiG-Werkstatt für Nr.121**. In der **SiG-Werkstatt für Nr.122** befinden sich Materialien für die nächste SiG-Ausgabe.

Die meisten Fotos sind aus der lateinamerikanischen Seite <http://www.albamovimientos.org> entnommen.



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die **Artikelvorschläge** und für die **Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!** **Coorditrad braucht noch Unterstützung!** www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland per Mail** an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €,

ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft

Bis zur Nr. 112: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften

Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben.

Danke an Mathias Mittergeber und Barbara Waschmann (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Kein schmutziger Deal mit der Türkei auf Kosten von Menschenrechten, Demokratie und Frieden! Demokratische Werte wahren!

Der Deal zwischen der EU und dem Erdogan-Regime widerspricht sämtlichen demokratischen Werten. Diese Werte gilt es zu schützen und daher dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei eine Absage zu erteilen.

Die Türkei wird autoritär regiert!

Seit Erdogans konservative AKP bei dem Wahlen im vergangenen Jahr die absolute Mehrheit verfehlte, läuft das Land Gefahr geradewegs auf eine Diktatur zuzusteuern. Das Regime beschönigt diesen Kurs mit dem Begriff des Präsidialsystems. Die Regierung führt Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Ihre Armee legt ganze Stadtteile in den kurdischen Gebieten in Schutt und Asche, tötet hunderte Zivilisten und generiert Hunderttausende Binnenflüchtlinge. Kritiker dieser Politik werden nicht geduldet und als Terroristen bezeichnet. Mit der jüngsten Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, mehrheitlich der pluralistischen und progressiven Partei der Demokratie der Völker (HDP), wird das Votum von über 6 Millionen Wählern für nichtig erklärt. Ausgrenzung, Kriminalisierung und militärische Gewalt beherrschen das Land. Ein solches Land kann kein Partner für Europa sein!

Der Deal verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention

Der EU-Türkei-Deal hebt faktisch das individuelle Recht auf Asyl aus. Flüchtlinge können nun in einzelnen Fällen sogar ohne Prüfung ihrer Asylgründe in die Türkei abgeschoben werden, wenn sie über diese nach Europa gelangt sind. Dies verstößt nicht nur gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, sondern wird die Situation nur noch verschlimmern und zu mehr Toten im Mittelmeer führen, suchen die Menschen nun doch nach anderen - noch gefährlicheren - Fluchtwegen nach Europa, z.B. über Libyen.

Genauso wenig ist ein tatsächlicher Schutz für Flüchtlinge in der Türkei zu erwarten. Die Türkei hat die Genfer Flüchtlingskonvention, eine humanitäre internationale Errungenschaft, nur unter Vorbehalt ratifiziert. Die Flüchtlinge sind zu großen Teilen staatlicher Willkür ausgesetzt. Ihre Rechte auf menschliche Grundbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung und Bildung sind im Moment noch nicht ausreichend gewährleistet. Menschenrechtsorganisationen berichten zudem über Abschiebungen von Flüchtlingen zurück nach Syrien. Somit stellt das Abkommen zwischen der EU und der Türkei eine Verletzung europäischen sowie internationalen Rechts dar.

Die Türkei vertieft das Chaos im Mittleren Osten!

Die Türkei wird durch das Abkommen in ihrer repressiven, autoritären und kriegerischen Haltung gestärkt. Eine politische Lösung der kurdischen Frage und dem damit verbundenen Demokratisierungsprozess sind ad acta gelegt worden, Krieg beherrscht den Alltag in den kurdischen Gebieten. Immer wieder kommt es zu grenzüberschreitenden Angriffen der türkischen Armee auf die Nachbarstaaten. Eine Unter-

stützung jihadistischer Terrororganisationen durch die Türkei ist vielfältig belegt und dokumentiert. Die autonome Verwaltung von Rojava in Nordsyrien ist dem türkischen Staat dabei ein besonderer Dorn im Auge. Für ihre Politik nimmt die Türkei sämtliche Verletzungen international gültigen Rechts in Kauf.

Dieser Deal wird die Flüchtlingsfrage nicht lösen!

Die Haltung und der Kurs der Türkei lösen die Flüchtlingsfrage nicht. Im Gegenteil, neue Krisenherde in der Region kommen hinzu, bestehende werden verschärft. Neue Fluchtursachen und Flüchtlinge sind die Folge. Hierbei dürfen die europäischen Regierungen nicht mitmachen!

Statt Kriege und Terror im Mittleren Osten, Demokratie und Toleranz fördern!

Geopolitische und wirtschaftliche Interessen dürfen nicht führend sein, wenn es um globale Werte wie Demokratie und Menschenrechte geht. Diese gilt es zu verteidigen. Ein Abkommen mit despotischen Systemen ist inakzeptabel, genauso wie die Lieferungen von Geld und Waffen in die Region!

Schluss mit dem schmutzigen Deal mit der Türkei! Keine Mitschuld auf sichbürden!

Unterstützt diese demokratischen Forderungen an die Regierungen in Europa und die Europäische Union mit Eurer Unterschrift:

- 1. Schluss mit dem schmutzigen Deal mit der Türkei! Schluss mit Geld- und Waffenlieferungen sowie sonstiger logistischer und militärischer Hilfe für das Erdoğan-Regime!**
2. Statt des Versprechens eines baldigen EU-Beitritts muss diplomatischer Druck auf die türkische Regierung ausgeübt werden. Staatsterror und Krieg müssen endlich beendet und Demokratie und Frieden etablieren werden!
- 3. Schluss mit der im Interesse der Türkei liegenden Repression gegen Organisationen aus der Türkei und Kurdistan in Europa! Nehmt die PKK, die im Nahen Osten eine plurale und diverse Gesellschaft u.a. gegen den IS verteidigt, von der Terrorliste der EU. Schluss mit dem PKK-Verbot in Deutschland!**
- 4. Konsequente Einhaltung der UN-Menschenrechts- und Genfer Flüchtlingskonvention! Menschenwürdige Unterstützung für Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen mussten!**
- 5. Sicherstellung eines humanitären Korridors nach Rojava und ebenso einer freien Einreisemöglichkeit für Menschen, die nach Rojava zurückkehren möchten!**

Wir brechen das Schweigen und erheben unsere Stimmen bis wir gehört werden!

Aufruf: <https://nodirtydeal.net/> (Unterschrift sehr willkommen! Erstunterzeichner: <https://nodirtydeal.net/initiators/>)

Alvaro García Linera, Vizepräsident Boliviens

Sieben Lektionen für die Linke

Revolutionen haben weniger Ähnlichkeit mit endlosen Rolltreppen als mit Wellen, die sich am Ufer brechen. Sie entstehen, rollen vorwärts, scheinen in ihrer Bewegung unterbrochen und fallen dann in sich zusammen, bevor sie sich wieder erheben. Die Phasen dieser unaufhörlichen Bewegung sind abhängig von der Kraft der Volksbewegungen, die die Zukunft unseres Kontinents bestimmen werden. Die progressiven Kräfte sehen sich jedoch verschiedenen Spannungen gegenüber, die überwunden werden müssen. Sieben davon möchte ich benennen.

1.

Die erste Schwierigkeit betrifft die Demokratie, die unsere politische Familie lange Zeit als eine unbequeme Brücke zwischen der gegenwärtigen Gesellschaft und dem Sozialismus begriff. Die lateinamerikanische Linke bewies, dass diese Sichtweise falsch war: Die **Demokratie** bietet uns nicht nur eine Verfahrensweise, sondern auch den **notwendigen Raum für den gesellschaftlichen Wandel**. Die regionalen Revolutionsprozesse der letzten Jahre sind entstanden durch die Stärkung der Fähigkeiten zur autonomen Organisation der Gesellschaft, durch die Förderung ihrer Beteiligung und ihres Engagements für die Regelung kollektiver Angelegenheiten. Das ist kein Zufall.

Diese Auffassung von Demokratie als Raum für die Revolution bringt es jedoch mit sich, dass sie neu erfunden werden muss. Es geht nicht darum, sich mit einem fossilen, aus den Ländern des Nordens stammenden Begriff zufriedenzugeben. Nein: Die Demokratie, die wir in Lateinamerika neu erfinden, ist eine plebejische Demokratie, eine **Demokratie der Straße**. Im Grunde zeichnet sich der echte Sozialismus durch die absolute **Radikalisierung der Demokratie** aus: in den Zentren der Arbeit, in der Exekutive und im Parlament, im täglichen Leben. Ohne diesen Prozess wird jedweder Kampf zur Verbesserung der Welt, ob er mittels der Urnen oder der Waffen geführt wird, zwischen Reformismus und Opportunismus hin und her schwanken.

2.

Eine weitere Frage, die auftaucht und so alt ist wie die Linke selbst: **Müssen wir die Macht ergreifen oder müssen wir eine neue, ganz andere aufbauen?** Wir

von der alten Schule glaubten immer, dass es unser Ziel war, die Macht zu ergreifen. Wir vergaßen dabei manchmal, dass jeder Staat, wie demokratisch er auch sei, sich als Monopol des Gemeinsamen, des Universellen, konstituiert. Sich dieses Monopols, so wie es sich konstituierte, zu bemächtigen, hieße nun aber, eine Bürokratie durch eine andere zu ersetzen.

Bedeutet dies, dass darauf verzichtet werden sollte, die Macht zu ergreifen? Manche haben diese Idee verteidigt. Sie zogen sich in kleine Gemeinschaften zurück und wollten den Sozialismus in kleinem Maßstab aufbauen; sie konzentrierten sich auf den Kampf gegen Junkfood, bildeten nichtkommerzielle Tauschringe usw. Aber sie vergaßen etwas: **Die Macht verschwindet nicht, nur weil man an ihrem Rand bleibt**. Sie bleibt bestehen – monopolisiert von den immergleichen Oligarchien.

Die Schwierigkeit liegt theoretisch darin, dass der Staat nicht nur auf materieller Ebene existiert. Er bildet sich natürlich um eine Reihe von Institutionen, Normen und Verfahren herum. Aber er strukturiert auch die Beziehung zwischen den Menschen. Er bestimmt die Art und Weise, in der wir kollektiv all das wahrnehmen, was uns mit anderen verbindet: Straßen, Bildung, Handel, Gesundheitsbelange wie auch rationale und moralische Überlegungen.

Wenn der Staat auf diese Weise die Vorgaben bestimmt, nach denen wir unser Leben führen und uns als Mitglieder ein und derselben historischen Gemeinschaft fühlen, auch wenn wir 100 Kilometer voneinander entfernt leben, dann ist klar, dass wir uns seiner bemächtigen müssen! Wie könnte die revolutionäre Linke auf ein solches Instrument verzichten? Das heißt jedoch nicht, dass sie sich damit begnügen müsste, die Macht zu ergreifen. Sie muss sie **transformieren** und die Beschlussfassung demokratisieren. Sonst lässt die Linke eine neue Elite entstehen, die das Verhalten der vorherigen fortführt.

3.

Es erhebt sich drittens die Frage nach der **Eroberung der Hegemonie**, verstanden als intellektuelle, moralische, ethische, rationale und organisatorische Vorherrschaft einer bestimmten sozialen

Gruppe gegenüber dem Rest der Gesellschaft. Jede Transformation des Kräfteverhältnisses innerhalb des Staates erfordert eine vorherige Veränderung der Parameter der rationalen Wahrnehmung der Gesellschaft, der Art und Weise, wie jeder Einzelne die Welt, einschließlich der moralischen Ebene, sieht.

Vor den 2000er-Jahren lief alles bestens in der besten aller Welten. Die Privatisierung der natürlichen Ressourcen würde den Wohlstand aller garantieren, versprach man uns. Diese Überzeugung regelte das tägliche Leben; sie bestimmte die Ambitionen jedes Einzelnen.

Stück für Stück ist dieses intellektuelle Konstrukt untragbar geworden. Es war nicht mehr glaubhaft, weil es nicht mehr der Welt entsprach, wie sie von den Menschen wahrgenommen wurde. All diese Ideen, die die tägliche Organisation des Alltags bestimmten, wurden in Zweifel gezogen. Dieser symbolische Bruch, der den „gesunden Menschenverstand“ veränderte, führte dazu, dass die Menschen neuen Entwürfen gegenüber aufgeschlossen wurden. Da erschienen Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador, Luis Inácio Lula da Silva in Brasilien und Evo Morales in Bolivien. Sie fielen nicht vom Himmel, sondern erschienen inmitten der Unruhe.

Die kulturellen Parameter zu verändern reicht aber nicht: Früher oder später muss dieser Prozess dazu führen, die Feuerprobe zu bestehen, den Feind zu vernichten, damit die neue Hegemonie verbreitet und gefestigt werden kann.

Wo stehen wir heute? Im Laufe der letzten Jahre hat eine intensive kollektive Debatte ein Bündel revolutionärer Ideen in konkrete Kraft verwandelt. Doch jetzt sind wir in eine Phase extrem gefährlicher Stagnation eingetreten. **Wir müssen den Krieg der Ideen wiederbeleben**; wir können es uns nicht erlauben, die Fahne der Hoffnung zu verlieren. **Eine Revolution ist Hoffnung in Bewegung**. Wir haben viel geschafft. Aber das reicht nicht. **Die Schlacht um die Hegemonie ist wieder entscheidend geworden**.

In vielen Ländern Lateinamerikas, in denen wir Universitäten, Gewerkschaften und Verbänden angehören, mussten wir die Regierungsgeschäfte in die Hand nehmen. Das war unerlässlich, führte aber dazu, dass wir unsere Nachhut aufgaben. Darauf müssen wir uns wieder konzen-

trieren. Uns erinnern, dass ein Gewerkschaftsführer an der Spitze seines Verbands genauso viel zählt wie ein Minister. **Wir geben die soziale Front nicht auf.** In Bolivien haben wir diesen Irrtum begangen. Und eben dort versucht die Rechte sich zu reorganisieren.

4.

Nächste Schwierigkeit: Wenn wir in der Opposition sind, ist es das Wichtigste, Ideen zu produzieren, die Hoffnung geben, und sie mit Leben zu erfüllen. Wenn wir dann an der Macht sind, bleibt all dies zwar notwendig, aber **wir müssen uns auch als fähig erweisen, die Wirtschaft zu managen.** Die Antwort der lateinamerikanischen Revolutionäre auf diese Herausforderung wird schicksalbestimmend sein.

Die heroischen Zeiten der Mobilisierung dauern nicht ewig. Sie beinhalten Perioden der Verlangsamung, die Wochen, Monate und Jahre dauern können. In solchen Augenblicken sorgen wir uns von Tag zu Tag um konkrete Ergebnisse; dann sagen die Menschen zu den politischen Führern: „*Ich habe viel erduldet. Ich habe mich aufgeopfert. Aber auch ich möchte die Früchte dieser Revolution ernten. Wo ist mein Trinkwasser, meine Schule, mein Krankenhaus?*“ Gerade in solchen Augenblicken müssen wir die andere Seite des Revolutionärs zeigen, die des guten Managers. Wir müssen uns dieser Forderung in der jetzt kommenden Übergangszeit gewachsen zeigen.

5.

Eine fünfte Problematik unserer revolutionären Prozesse stellt das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der Bewahrung von Mutter Erde gegenüber. Es geht um die berühmte Debatte über den in Lateinamerika verbreiteten „**Extraktivismus**“. Ecuador, Venezuela und Bolivien tragen schwer an diesem Erbe. Im Falle von Bolivien geht alles auf das Jahr 1570 zurück, als der Vizekönig Francisco de Toledo auf dem Cerro Rico, einem Berg über der Stadt Potosí, die Zwangsarbeit einführte. Bolivien wurde somit zu einem Produzenten von Rohstoffen für das Mutterland. Seit 450 Jahren zwingt die internationale Arbeitsteilung dem Land, wie auch dem restlichen Lateinamerika, diese Rolle auf,

doch Kennzeichen unserer Gesellschaften sind auch Rekordquoten bei Armut und Ungleichheit sowie materielle Not unserer Bevölkerungen, die ihrem Schicksal überlassen wurden.

Was ist also zu tun? Wenn wir produzieren, um unsere materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, erzielen wir gute wirtschaftliche Erfolge, verraten aber unser indigenes Erbe, das unsere Vision von der Zukunft nährt. Wir können uns aber auch nicht damit begnügen, die Bäume zu schützen, und unsere Bevölkerung im Elend belassen – denn die Lebensbedingungen der indigenen Völker haben so gar nichts Idyllisches: Wir sprechen hier von einer in den letzten 500 Jahren infolge des Kolonialismus entstandenen Armut. Dazu lädt uns aber die von mir so genannte **koloniale Umweltschutzmentalität** ein, die uns sagt: „*Liebe Lateinamerikaner, hört auf, von Fortschritt zu träumen. Wenn ihr etwas für die Menschheit tun wollt, widmet euch der Pflege der Bäume. Wir im Norden kümmern uns schon darum, sie zu zerstören und Kohlendioxid zu produzieren und in der ganzen Welt zu verteilen.*“ Mit anderen Worten: Die Länder des Südens sollen den Umwelt-Mehrwert durch Abbruch ihrer Entwicklung und Verzicht auf ihre Zukunft finanzieren.

Manche Genossen im Altiplano leben in Häusern aus Stein; sie müssen fünf Stunden zur nächstgelegenen Schule laufen, aus Mangel an Nahrung schlafen sie den ganzen Tag lang. Erkläre mir mal einer: Kann man unter solchen Bedingungen eine vernünftige Wirtschaft aufbauen? **Dem „Extraktivismus“ entkommen? Ja, das kann man ohne Zweifel. Aber nicht durch Rückkehr zum Steinzeitalter.** Der Übergang schließt die Nutzung unserer natürlichen Ressourcen ein, damit die – kulturellen, politischen und materiellen – Bedingungen geschaffen werden können, die der Bevölkerung ermöglichen, zu einem anderen Wirtschaftsmodell überzugehen.

6.

Eine solche Logik gehe dieser Linken ab, lautet die Kritik an einigen progressiven lateinamerikanischen Regierungen, denen vorgeworfen wird, den Kommunismus nicht in ein paar Wochen aufgebaut zu haben. Beim morgendlichen Fit-

nessprogramm oder in großzügig vom Ausland finanzierten Seminaren verspotten sie unsere Unfähigkeit, den Weltmarkt zu kontrollieren oder von heute auf morgen (und per Dekret) das „gute Leben“ einzuführen. Solche **Wortradikalen** spielen die Rolle der nützlichen Idioten des Neoliberalismus, indem sie ihr Liedchen vom unvermeidlichen Scheitern der Revolutionen anstimmen. Sie schlagen keine konkreten Maßnahmen vor, sie formulieren keinen einzigen Vorschlag, der bei den sozialen Bewegungen Anklang fände oder fähig wäre, die revolutionären Dynamiken voranzutreiben. Mittelmäßige Wortführer der neuen imperialen Offensive, die sie sind, stellen sie ihre Pseudoradikalität in den Dienst der Herrschenden, deren einziges Ziel es ist, uns scheitern zu sehen.

7.

Letztes Problem: der **Staat**. Auf internationaler Ebene hatte der Neoliberalismus zwei große Phasen.

Die erste geht zurück auf die 1980er-Jahre mit der Machtübernahme Ronald Reagans in den USA und Margaret Thatchers in Großbritannien. Sie dauert ungefähr bis 2005. In dieser Zeitspanne benutzt der Neoliberalismus den Staat dazu, das Volksvermögen zu privatisieren und den Staat ideologisch zu legitimieren.

Jetzt sind wir in einer zweiten Phase. Die Nationalstaaten sind für die Neoliberalen nicht mehr nützlich und sie wollen sie zerschlagen. Im Prinzip dadurch, dass sie die Bildung und Mobilisierung politischer Oppositionen fördern und Bereiche bilden, in denen der Staat nicht mehr souverän ist (autonome Regionen, besetzte Gebiete usw.). Und des Weiteren durch Schwächung der Haushalts- und Finanzhoheit der Staaten, zum Beispiel durch einen Verschuldungsmechanismus, wie man in Griechenland sehen kann. Also muss die – in den Dienst einer neuen sozialen Gruppe gestellte – Verteidigung des Staates zu einer Priorität der Linken werden.

*Originaltext auf Spanisch
Auf Französisch in [Le Monde Diplomatique 1/2016](#) erschienen
Deutsche Übersetzung für „Sand im Getriebe“: Ulrike Kerstiens, coorditrad;
Lektorat: Werner Horch*

Weitere Artikel von Alvaro García Linera in „Sand im Getriebe“:

Der sogenannte Extraktivismus in [SiG 104](#)

Das Europa der Aufklärung, der Revolten, der Revolutionen: nur Vergangenheit? In [SiG 108](#)

Renaud Lambert

Lateinamerika - warum sind die progressiven Kräfte ins Stocken geraten?

Heftige Niederlage in Venezuela, Rechtsruck in Argentinien, Wirtschafts- und politische Krise in Brasilien, Demonstrationen in den Straßen Ecuadors; die Linke in Lateinamerika hat es schwer. Washingtons Interventionen können eine derartige Flaute nicht vollständig erklären. Die progressiven Kräfte von der Karibik bis nach Feuerland sehen sich erneut mit ihren alten Geistern konfrontiert. - Renaud Lambert ist Mitglied der französischen Redaktion von Le Monde Diplomatique.

Auf der Fahrt von der Autobahn in die Stadt zieht ein riesiges Graffiti den Blick auf sich: „Die Krise der Banker wollen wir nicht bezahlen“. Ist dieser Spruch seit einigen Jahren in den meisten europäischen Großstädten zwar schon Standard, erstaunt er hier doch umso mehr. Wir sind in Rio de Janeiro, wo vor erst zwei Jahren die Party noch in vollem Gange war.

Im März 2013 schien sich die zweispurige Straße noch ihren Weg durch einen Wald aus Kränen bahnen zu müssen. Die allgemeine Stimmung in diesen Jahren hatte kurz zuvor die britische Wochenzeitschrift „The Economist“ zu einem Aufsehen erregenden Titelblatt inspiriert: Die Statue von Christus dem Erlöser hob, auf nebeligen Hintergrund, inmitten der tobenden Finanzkrise vom Gipfel des Corcovado ab. „Brasilien hebt ab“, titelte das Magazin und widmete dem „schönsten lateinamerikanischen Erfolg“ vierzehn Seiten ihrer Ausgabe (14. November 2009). Die europäische Linke, nicht in der Lage, einen Vorteil aus dem liberalen Debakel zu ziehen, richtete damals auf der Suche nach Hoffnung ihren Blick jenseits des Atlantik. Gaben die Erfolge des „lateinamerikanischen Versuchslabors“ (...) nicht Grund zur Annahme, man könne sich selbst ebenso siegessicher wähnen?

Infolge eines internationalen wirtschaftlichen Abschwunges, der vorrangig die Wirtschaften Südamerikas getroffen hat, hat sich das Bild verdüstert. Erinnern wir uns. Am 6. November 2013 hielt der ecuadorianische Präsident **Rafael Correa** im Rahmen einer Konferenz an der Sorbonne in Paris eine gnadenlose Anklagerede gegen den Liberalismus. Ein Jahr später unterschrieb er ein Freihandelsabkommen mit der EU (a)

Trotz ihrer Schwierigkeiten hatte die „Bolivarische Revolution“ sich immer durch ihre Entschlossenheit ausgezeichnet, die Lebensbedingungen der **Venezolaner** zu verbessern. Am 26. Januar 2015 erklärte ein [Dokument](#) der sehr neutralen Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik **CEPALC**, dass zwischen 2012 und 2013 die Armutsrate im Land von 25,4% auf 32,1% gestiegen sei.

Im Rahmen der Kampagne um die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2014 hatte eine Aussage der damaligen Kandidatin in Folge, **Dilma Rousseff**, in einer Fernsehde-

batte einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Sie warf ihrem Gegner, Aécio Neves, von der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSD, rechts) eine Vorliebe für den Aderlass vor und äußerte: „*Alles was Sie können, ist beschneiden, beschneiden, beschneiden!*“ (14. Oktober 2014). Weniger als ein Jahr später plädierte sie für den „sauren Apfel“ der Austeritätspolitik und beschnitt damit die sozialen Programme, die sie selbst zu verteidigen versprochen hatte. (O Estado von S.Paulo, 9. September 2015)

Während **Kuba**, in der Region das Symbol für den Kampf gegen den Imperialismus, einen „Rat für Wirtschaftsangelegenheiten“ eingerichtet hat, der mit der Handelskammer der USA partnerschaftlich zusammenarbeiten soll, wurden die Perónisten in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in **Argentinien** im November 2015 besiegt, und das einen Monat vor der heftigen Niederlage des chavistischen Lagers bei der Parlamentswahl in Venezuela. In Brasilien und Ecuador geht man auf die Straße, um die Auflösung der dank mächtiger sozialer Bewegungen gewählten Regierungen zu fordern.

„Jede linke Partei, die an die Macht kommt, gerät in Gefahr.“

„Gestern noch war Lateinamerika eine Quelle der Inspiration für die europäische Linke. Seitdem jedoch die gleiche Austeritätspolitik wie in Europa verfolgt wird, hat sich das ins Gegenteil gewandt“, erklärt Guilherme Bouros, Leiter der Bewegung der obdachlosen Arbeiter (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto – MTST). Er fährt fort: „Viele Menschen hier erwägen die Notwendigkeit, eine brasilianische Version von *Podemos ins Leben zu rufen*.“ Wird also die spanische Partei, die selbst mit Blick auf den Erfolg der lateinamerikanischen Linken gegründet wurde, in der selben Region zum Vorbild erhoben, aus der sie einst selbst ihre Inspiration zog? Es scheint fast, als haben die progressiven Gruppen ihre Orientierung verloren.

Sind wir jetzt also dazu verurteilt, der Hoffnung auf der ganzen Welt hinterherzujagen, auf die Gefahr hin, uns immer wieder im Kreise zu drehen? Vielleicht ja, wenn wir davon ausgehen, dass die rituelle Anprangerung des Verrates und des „Fähnchen-in-

den-Wind-Hängens“ ausreicht, um die Schwierigkeiten der Linken an der Regierung zu analysieren. Andernfalls verliert das in unseren Kolumnen ausführlich analysierte „lateinamerikanische Versuchslabor“ nicht an Bedeutung, nur weil es Schwierigkeiten damit hat, neue Erfolge aufzuzeichnen. Der Versuch, die Spannungen, die es durchläuft, zu erkennen, kann sich hier als sehr lehrreich herausstellen.

Unvorstellbar, würde man meinen. Weder die Geschichte noch die Führungsspitzen oder die politischen Ziele der Länder in der Region ähneln sich. Wie soll man also das Brasilien von Luiz Inácio Lula da Silva, darum besorgt, sowohl die Banker als auch die Armen zufrieden zu stellen, mit dem Venezuela von Hugo Chávez vergleichen, entschlossen, den „Sozialismus des 21ten Jahrhunderts“ aufzubauen? Dem Einwand ist zuzustimmen, jedoch sind die linken Kräfte - vom bolivianischen Altiplano zu Frankreich 1981, von der venezolanischen Karibik bis zu den USA des New Deal - immer wieder auf **ähnliche Probleme** gestoßen.

„Jedes Mal, wenn eine linke Partei an die Macht kommt, gerät sie in Gefahr“, hat Lula da Silva kürzlich festgestellt. Der Weg über die Urne bietet dem bewaffneten Weg gegenüber wertvolle, entscheidende Vorteile, angefangen bei der geringeren Wahrscheinlichkeit, noch vor Beginn der Revolution ermordet, gefangen genommen oder gefoltert zu werden. Er birgt allerdings auch gewisse Zwänge in sich.

Führende Mitglieder der Arbeiterpartei von Frau Rousseff und Herrn Lula de Silva, die ab 2003 an der Regierung war, wechselten nicht nur in die Regierung und in verschiedenen Ministerien, sondern auch auf lokaler Ebene. Im Jahr 2000 bildeten sie 187 Gemeindevertretungen, 2008 bereits 559, dreimal so viele. Sicher hat die Partei neue aktiven Mitglieder gewonnen, aber in einem Kontext, in dem deren Ausbildung „nach und nach in der Behandlung praktischer Themen verkümmert wie zum Beispiel: *Wie verwaltet man ein Mandat? Wie macht man Gesetze? Wie kommuniziert man über seine öffentliche Politik?*“, äußert sich Valter Pomar von der Arbeiterpartei traurig (3). Die Konsequenz, so Marco Aurélio Garcia, Sonderberater des brasilianischen Präsidenten über internationale Angelegenheiten: „Wir haben den Kontakt zur Gesellschaft

verloren, wir haben aufgehört, nachzudenken und wir sind bürokratisch geworden.“ (4) Kurz und gut, die Arbeiterpartei schafft es nicht mehr zu mobilisieren, vor allem nicht die Jugend, die die großen Kämpfe der Partei vor der Übernahme der Regierung gar nicht miterlebt hat.

Genau wie der bolivianische Vizepräsident (vgl. „Sieben Lektionen für die Linke“), ist sich auch der ecuadorianische Präsident Rafael Correa offensichtlich dieser Schwierigkeiten bewusst. Während die Rechte ihre Gegenoffensive plante, hat er einem seiner engen Vertrauten, dem Außenminister Ricardo Patiño, die Mission anvertraut, in seiner Bewegung, Alianza País, die „Basis zu stärken“. Das Ziel: „In zwei Stunden in der Lage sein zu können, die Plaza Grande zu füllen“, den großen Versammlungsort der ecuadorianischen Hauptstadt (El Universo, 16. Juli 2015).

Die militanten Kräfte sowie die sozialen Bewegungen akzeptieren es jedoch eher, der Treibern für die Mächtigen zu sein, solange diese ihre Kritiken tolerieren. Dazu zeigt Herr Correa nicht immer große Bereitschaft. Ein Beispiel: 2013 setzt sich eine Abgeordnetengruppe von Alianza País, mit der Unterstützung vieler Aktivisten zum Ziel, die Abtreibung im Rahmen eines neuen Strafgesetzbuches zu legalisieren. Der Präsident, der dem Vorschlag gegenüber ablehnend eingestellt ist, erklärt sogleich: „Wenn diese Art von Verrat und unfairer Verhalten so weitergeht (...), werde ich meinen Rücktritt einreichen.“ (5) Die Abgeordneten nahmen ihr Anliegen zurück.

Abgesehen davon, dass die Institutionalisierung die politischen Führungskräfte von ihrer Basis entfernt, spaltet sie sie auch. Im Frühling 2014 beklagte der amerikanische Politologe Steve Ellner das Gewicht der gewählten Vertreter innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas: „Die sieben Vizepräsidenten der Partei, die die verschiedenen Regionen repräsentieren, sind Gouverneure oder Mitglieder im Kabinett von Präsident Nicolás Maduro.“ (6) Im Gegensatz zu dem Verfahren auf dem ersten Kongress 2009 wurden 2014 die Delegierten nicht von den aktiven Mitgliedern gewählt, vielmehr handelte es sich um Gouverneure, Bürgermeister und Abgeordnete.

Eine ähnliche Bilanz etwas weiter im Süden. „Vor dem Aufstieg an die Regierung spiegelte das Innenleben der Arbeiterpartei die Widersprüche zwischen verschiedenen Strömungen und ihren strategischen Analysen wider“, merkte Wirtschaftler Reinaldo Gonçalves an. „Seitdem haben die Gewählten die Macht übernommen.“ (7) Folglich, vertraut uns Artur Henrique, ehemaliger Präsident des bedeutendsten Gewerkschaftsverbandes Brasiliens (CUT) an, verändern manchmal die Mandate die Aktivisten: „Im Namen der „Regierbarkeit“ des Landes, erklären sie uns nunmehr, man könne dies

nicht machen, man könne das nicht machen ...“ Wenn also aus der Taktik, die Wahlen als Schritt zu einer Veränderung der Welt wahrzunehmen, die Strategie wird, seine Überzeugungen dem Wahlsieg anzupassen, dünnt der politische Ehrgeiz aus. Es kommt sogar manchmal soweit, dass er völlig verloren geht; nun „stellt die Arbeiterpartei mehr ein Hindernis als einen Trumpf dar“ (8), äußert sich bissig Jean Tible, einer der Aktivisten in der Partei. Wäre er zur gleichen Schlussfolgerung gekommen, wenn seine Organisation es sich zur Aufgabe gemacht hätte, das politische System Brasiliens zu verändern, um „die Demokratie zu demokratisieren“? Das hat sie nicht im Blick gehabt und es somit aufgegeben, der Macht des Geldes, der Korruption und den Lobbys den Kampf zu erklären.

Die Schwierigkeiten auf dem demokratischen Weg zum Sozialismus beschränken sich allerdings nicht auf die perversen Auswirkungen der Machtausübung. Bei diesem Vorgehen muss geklärt werden, auf welche Wählergruppen man sich verlassen kann. In Ländern, in denen Diktaturen die kommunistischen Organisationen unterdrückt haben, wo der Neoliberalismus die seltenen Arbeiterhochburgen zertrümmert hat und die Medien in privater Hand bleiben, ist die Atmosphäre nicht röter als irgendwo anders. (Anspielung auf den Film von Chris Marker von 1977) Die Hoffnung, sich eine mehrheitliche Wählerbasis aus den radikalen Randgruppen der Bevölkerung zu schaffen ist – zurzeit – nur Wunschtraum; darauf zu verzichten heißt die Tür des Pragmatismus einen Spalt breit zu öffnen, ohne immer zu wissen, wie weit sie sich öffnen droht.

Wann hört man auf, mit den Rechten zusammen zu regieren, und beginnt, für sie zu regieren?

Erst einmal werden **Bündnisse innerhalb des fortschrittlichen Lagers** gebildet. Weder Chavez noch Correa sind aus einer bestehenden politischen Gruppierung hervorgegangen. In Zeiten politischer Krise wurden beide von heterogenen politischen Bewegungen getragen, deren Festigkeit weniger auf einer wirklichen Anzahl beruhte, als auf einer Gewissheit, und zwar: Die Wiedererlangung einer echten Demokratie war für jede Komponente der Koalition eine notwendige Voraussetzung zum Erreichen ihrer Ziele. Die neuen, nach der Regierungsübernahme der Linken verabschiedeten Verfassungen Venezuelas, Ecuadors und Boliviens spiegeln manchmal diese Verschwommenheit wider. Indirekt lassen sich gewisse bevorstehende Enttäuschungen bei formulierten Ansprüchen wie z.B. der Schutz der „Mutter Erde“ erahnen.

Dem bolivianischen Vizepräsidenten Alvaro García Linera zufolge sollen Zugeständnis-

se an außerhalb der Linken stehende Kräfte befristet bleiben und sich darauf beschränken, nur „einem Teil der Bedürfnisse des Gegners entgegen zu kommen.“ (9) Keine Bündnisse mit den Rechten als solchen, sondern nur mit gewissen Gesellschaftsgruppen, die sie herkömmlich vertreten: mit einem Teil der Mittelschichten und gewissen Randgruppen innerhalb des Unternehmertums. Dadurch, dass sie bereit war, innerhalb von Institutionen zu handeln, die einschränkender wirkten, als das in Bolivien der Fall war, hat die brasilianische Partei der Arbeit (PT) den Rubicon überquert. Bei ihrer Gründung 1980 war sie darauf stolz, keinen Arbeitgeber zuzulassen; 2002 schloss sie ein Bündnis mit dem evangelischen Unternehmenschef José Alencar, um so die Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Sie schloss ebenfalls Bündnisse mit verschiedenen konservativen Parteien, um eine Regierung zu bilden.

Von einer Kompromisslösung zum faulen Kompromiss gibt es keine deutliche Grenze, sondern vielmehr eine Abstufung von Tönen, deren Nuancen von jedem anders gedeutet werden, je nachdem ob einer innerhalb der Regierung sitzt oder in den sozialen Bewegungen aktiv ist. Wann hört man also auf, mit den Rechten zusammen zu regieren, und beginnt, für sie zu regieren? In Brasilien z.B. hat Frau Rousseff kürzlich die Politik ihrer politischen Gegner übernommen. Denn die Verzichtes häufen sich um so schneller an, als der Druck der Wähler nicht nachlässt, wenn man eine Wahl gewinnt. Die Brasilianer wählen alle zwei Jahre. Wenn ein Wahlkampf zu Ende geht, beginnt gleich der Wirbel des nächsten.

„Man wirft uns vor, keine ‚echten Demokraten‘ zu sein,“ sagt uns ein hoher Beamter Ecuadors. „aber seit 2007 haben wir zehn Wahlen gewonnen, im Schnitt mehr als eine pro Jahr. Aber der Wahlkalender ist nicht der gleiche wie der Kalender der Politik, und ich muss zugestehen, dass wir es ab und zu gerne hätten, uns der Verwirklichung unserer Programme zu widmen, anstatt damit Wahlkampf zu machen.“ Eine der Tugenden der Demokratie stellt gleichzeitig ihre größte Herausforderung dar: Da die Macht immer wieder aufs Spiel gesetzt wird, bleibt sie ungesichert. Falls sie konservativ genug ist, kann sich die Opposition auf die Unterstützung der privaten Medien und der Unternehmer verlassen. Wenn die wirtschaftliche Lage es den Linken verbietet, von den Hoffnungen zu reden, wäre es für die Rechte töricht, darüber zu schweigen.

Wird sie sich der Bedeutung der sozialen Fragen in der Bevölkerung bewusst, dann schminkt sie sich auf einmal als die neue Avantgarde. Herr Henrique Capriles, der Anführer der venezolanischen Rechte, der

raffinierter ist als seine Putsch-Genossen, erklärte in Le Monde vor beinahe zwei Jahren seine neuen Überzeugungen. Dieser Sohn aus bestem Hause verneint jede Verbindung nach rechts, obwohl er am gescheiterten Putsch gegen Chavez von 2002 teilnahm. Hand aufs Herz behauptet er: „Der Schlüssel zum Wandel liegt in den barrios [Elendsvierteln].“ Darum müsse man „auf die herkömmlichen Methoden des Aktivismus zurückgreifen, nämlich das direkte Gespräch, das Hausieren, Versammlungen in den Vierteln, die Ameisenarbeit“ (3. April 2014).

Zusätzliche Schwierigkeit, wenn man sich nur auf die Wähler stützen will: Der Gegner, dessen Bedürfnisse zum Teil erfüllt werden sollen, um die Worte des Herrn García Linera wieder aufzunehmen, besteht nicht ausschließlich aus konservativen Kräften. Er verfestigt sich vielmehr in der Beziehung eines jeden gegenüber der Konsumgesellschaft, einschließlich bei den Linken. Auf die Frage, warum er sein Land nicht noch radikaler verwandelt hatte, antwortete der ehemalige Präsident Uruguays José „Pepe“ Mujica, „Weil die Leute iPhones wollen!“⁽¹⁰⁾ Dass man arm ist bedeutet noch lange nicht, dass man revolutionär sei. Und nicht alle Revolutionäre träumen von fieberhaften Vollversammlungen.

„Jetzt, wo ich nicht mehr arm bin, wähle ich rechts.“

So geschieht es, dass der steigende Lebensstandard, der, zusammen mit der Demokratisierungspolitik die Haupterrungenschaft der lateinamerikanischen Linken darstellt, gewisse Rückentwicklungen ermöglicht. Am Vorabend der ersten Runde der argentinischen Präsidentschaftswahl Oktober 2015 verbreiteten die fortschrittlichen sozialen Netzwerke eine Grafik mit dem Titel „Argentinens Wirtschaftszyklen“. Das Bild zeigte die verschiedenen Stadien eines Kreislaufs:

1. Die Rechte zerstört die Mittelschichten.
2. Die verarmten Mittelschichten stimmen für eine Volksregierung.
3. Einmal ins Amt gewählt, verbessert diese Regierung den Lebensstandard der Mittelschichten.
4. Die Mittelschichten glauben, sie gehören jetzt zur Oligarchie und wählen rechts. Zurück zum Ausgangspunkt.“

Und dieses Phänomen betrifft nicht nur die mittleren Schichten der Bevölkerung. Als wir den Akademiker Armando Boito nach den Gründen fragten, warum das Mobilisierungsvermögen der brasilianischen Bewegung der landlosen Bauern (MST) abgeschwächt, gab er uns folgende Erklärung: Obwohl die Politik der PT zaghaft war, hat sie einen Teil der Bewegung zu etablierten

Kleinbauern gemacht. Ihre radikalen Ansichten stumpften ab, sobald sie etwas Anderes als ihre Ketten zu verlieren hatten. Beruht etwa auf etwas Anderem der von den Konservativen vorgegaukelte Traum einer „Gesellschaft von Eigentümern“?

Wünsche alleine reichen nicht aus, um die Geburt des von Che Guevara ersehnten „neuen Menschen“ herbeizuführen, auch nicht auf Kuba. Trotzdem erschweren gewisse politische Entscheidungen den Fortschritt in dieser Hinsicht. Luis Arce Catacora, aktueller bolivianischer Wirtschaftsminister und ehemaliger Vorsitzender der bolivianischen Zentralbank unter mehreren konservativen Regierungen, frohlockt: „Heutzutage kann sich in Bolivien jeder bereichern.“ Soll man sich darüber wundern? Ein solcher Bezug auf François Guizot (1787-1874), einen der liberal-konservativen Vordenker unter der französischen Restauration, erleichtert den Aufstieg eines neuen Bourgeoisie bei den Indigenen, die nicht unbedingt fortschrittlicher ist als die alte. So ein neuer Bourgeois fasst die „Revolution“ folgendermaßen zusammen: „Ich habe nun mal Geld, jetzt mache ich, was ich will.“⁽¹¹⁾

Selbst wenn sich der „bolivianische Prozess“ hinsichtlich der Politisierung der Massen hervorgetan hat (b), ist ein Teil ihrer Basis bereit, ihr den Rücken zu wenden. Der Botschafter Venezuelas in Paris, Héctor Michel Mujica Ricardo, erzählt uns folgenden Vorfall: Am Vorabend der Präsidentschaftswahl 2013 traf er eine junge Frau aus einem Elendsviertel. In seinen Augen vertritt sie den Teil der Bevölkerung, der von der ehrgeizigen Umverteilungspolitik der Regierung den größten Vorteil gezogen hat. „Zuvor lebte ich im Elend. Nur dank Chavez bin ich ihm entkommen“, wie sie mir bestätigte. Um dann zu sagen, als sei es selbstverständlich: „Jetzt wo ich nicht mehr arm bin, wähle ich die Opposition.“

Muss man sich jedoch damit abfinden, dass jede Verbesserung der Lebensverhältnisse automatisch ihre Begünstigten von der Linken entfremdet? „Es gibt mehrere Weisen, den Lebensstandard der Leute zu erhöhen“, widerspricht Herr Pomar. „Was wir in Brasilien gemacht haben, war, den Konsum zu steigern, was ihre Unterwerfung unter der Logik des Marktes erhöhte.“ Die PT hat es unter anderem den Ärmsten erlaubt, ihre Kinder in Privatschulen zu schicken, ärztliche Behandlung beim Privatsektor zu genießen und ihre Altersvorsorge durch Kapitalbildung zu sichern. „Auf diese Weise fördert man kein politisches Bewusstsein. Es wäre zweckmäßiger gewesen, die öffentlichen Dienstleistungen auszubauen. Aber dazu hätte man die Steuern erhöhen müssen, was das Bürgertum gegen uns aufgebracht hätte. Ein derartiger Weg war uns

versperrt auf Grund der von Lula und später von Dilma eingeschlagenen Versöhnungspolitik.“

Im Kontext eines wirtschaftlichen Abschwungs führen Kompromisse in eine Sackgasse. Keiner der fortschrittlichen lateinamerikanischen Regierungen ist es gelungen, die Produktionsstruktur zu verwandeln (c): da sie von dem Export ihrer Rohstoffe abhängig blieben, sind sie nun den Stürmen des Weltmarktes ausgeliefert. Auch in der Steuerpolitik kein Erfolg. Wenn die Einnahmen aus den Rohstoffexporten abstürzen, die Wirtschaft lahmt (oder sogar schrumpft), schwinden die für die Umverteilung bestimmten Summen wie Schnee in der Sonne.

Es ist jetzt nicht mehr möglich, den Schwächsten zu helfen, ohne die Mächtigen zu stören. Um Letzteren die Stirn zu bieten, wäre es aber ratsam, die Fähigkeit zu besitzen, Erstere zu mobilisieren. Werden die fortschrittlichen Politiker nach einer Periode der Entfremdung im Stande sein, die Sozialen Bewegungen wieder für sich zu gewinnen? Und werden es Letztere schaffen, die Hoffnung wieder zu erwecken?

Verweise des Autors auf weitere Artikel:

- (a) „Verrat“, <http://www.monde-diplomatique.fr/2016/01/LAMBERT/5448>
- (b) „Die boliviarische Revolution durch ihre Basis“, <http://www.monde-diplomatique.fr/2016/01/BRACHO/54477>
- (c) „Eine niemals gelöste Rohstoffabhängigkeit“, <http://www.monde-diplomatique.fr/2016/01/LAMBERT/54474>

- (1) Caracas zufolge verringerte sich die Armut im 1. Halbjahr 2015.
- (2) Gespräch am Lula-Institut, São Paulo, 5. Oktober 2015.
- (3) Valter Pomar, « Pour ne pas avoir peur de perdre », („Keine Angst vor dem Verlieren“), in « Feu sur l'école („Schießen wir auf die Schule“), Manière de voir, Nr. 131, Oktober-November 2013.
- (4) Interview mit Brasileiros, São Paulo, 9. Juni 2015.
- (5) „Rafael Correa droht, zurückzutreten, falls der Kongress die Abtreibung straffrei macht“, 11. Oktober 2013, Infobae.
- (6) Steve Ellner, „Venezuela: Chavistas debate the pace of change“, NACLA Report on the Americas, Bd. 47, Nr. 1, New York, Frühjahr 2014.
- (7) Interview mit IHU Online, 27. August 2015.
- (8) Alana Moraes und Jean Tible, « ¿Fin de fiesta en Brasil? », „Ist das Fest in Brasilien nun zu Ende?“, Nueva Sociedad, Nr. 259, Buenos Aires, September-Oktober 2015.
- (9) Vgl. Alvaro García Linera, « Bolivie, „les quatre contradictions de notre révolution“ », („Bolivien, die vier Widersprüche unserer Revolution“), Le Monde Diplomatique, September 2011.
- (10) Von Amador Fernández-Savater weitererzählte Geschichte, wofür wir uns hier bedanken.
- (11) Diese beiden letzten Zitate stammen aus der Financial Times, London, 4. Dezember 2014.

Notwendige ökologische Ausrichtung

Die Linke Lateinamerikas wird ohne eine ökologische Ausrichtung erneut in die Krise des Progressismus geraten

Zu Beginn sollen einige aktuelle Fragestellungen zum Verhältnis der Linken zu umweltpolitischen Fragen in Lateinamerika behandelt werden. Die derzeitigen progressistischen Regierungen unterscheiden sich von den Organisationen der Linken, aus denen sie hervorgegangen sind. Bei dieser Abweichung spielt die Unfähigkeit, Umweltprobleme anzugehen, eine wichtige Rolle. Deswegen ist jegliche Erneuerung der Linken nur möglich, wenn die ökologische Perspektive einbezogen wird. Anderenfalls wird die Linke erneut dem reinen Fortschrittsglauben verfallen.

Lateinamerikanischen Linken fällt es, zumindest seit den 1970er Jahren, extrem schwer, die Umweltkrise zu akzeptieren und anzugehen. Einige betrachteten solche Themen als Launen der Mittelschicht, die aus dem Norden herüberschwappten. Andere waren der Ansicht, dass sie der Industrialisierung im Wege stünden. Und dann gab es noch diejenigen, die meinten, dass bei politischem Engagement zum Beispiel in Fabriken die Beschäftigung mit ökologischen Fragen nicht möglich war.

Trotzdem gab es auch Gruppen oder Aktivist:innen, die diese Fragen aus ganz unterschiedlichen Beweggründen angingen. Einige reagierten auf Forderungen von Teilen der Gesellschaft, Bauernorganisationen beispielsweise, die sowohl wirtschaftliche Ungerechtigkeit also auch die Verschmutzung ihrer Böden und des Wassers anprangerten. Andere waren der Ansicht, dass eine fundamentale Kapitalismuskritik ohne die Berücksichtigung der untergeordneten Rolle Lateinamerikas als Lieferant von Rohstoffen (oder natürlichen Ressourcen) unvollständig sei.

Noch viele andere Gesichtspunkte könnten angeführt werden, doch vor allem muss erkannt werden, dass sie für den Großteil der linken politischen Organisationen zweitrangig waren.

Auf internationaler Ebene standen die Dinge nicht viel besser, da ökologische Fragen in politischen Gruppierungen oder in der Wissenschaft heruntergespielt oder nur ganz am Rande behandelt wurden. Starke Versuche, beispielsweise den Marxismus mit ökologischen Fragen zu verbinden (John Bellamy Foster) oder auf einen Ökosozialismus zu drängen (Michael Lowy), hatten nur begrenzte Auswirkungen.

Ein **Wendepunkt ist Ende der 1990er** und Anfang der 2000er Jahre auszumachen, als ein großer Teil der politisch aktiven Umweltbewegung mit Zusammenschlüssen einiger viel offenerer und vielfältigerer linker Gruppierungen, die gegen konservative Regierungen und neoliberale Einstellungen kämpfte, zusammenarbeitete, sie unterstützte oder sich an ihnen beteiligte. Diese Gruppierungen gewannen in verschiedenen Ländern die Wahlen. So spielten **Umweltschutzaspekte** bei den Siegen der **Alianza País** in Ecuador, der **PT** und deren Verbündeter in Brasilien, der **MAS** in Bolivien und der **Frente Amplio** in Uruguay eine Rolle. In Venezuela war ihr Einfluss geringer.

In die politischen Programmen dieser linken Bewegungen wurden Umweltthemen teilweise mit sehr viel Sorgfalt integriert und radikale Änderungen bei Entwicklungsstrategien und Bodenreformen oder beim Umgang mit Umweltbelastungen vorgeschlagen. Einige Umweltbewegungen wurden Teil dieser neuen Regierungen und starteten von dort aus wegweisende Initiativen.

Die beeindruckendsten Erfolge hatten grüne Aktivist:innen in **Ecuador** zu verzeichnen. Sie waren beispielsweise federführend bei der Verhängung eines Erdölmoratoriums im Amazonasgebiet, das nicht nur dem Schutz der Biodiversität diene, sondern auch zu einem neuen Energiemix beitrug. Sie leisteten auch große Unterstützung bei der Anerkennung der Rechte der Natur in der neuen ecuadorianischen Verfassung, die auf diesem Gebiet weltweit die fortschrittlichste ist. Die am stärksten institutionalisierte Linke, die in den Ländern des Südkegels (Argentinien, Chile und Uruguay) zu finden ist, wusste die von der ersten Regierung Rafael Correas eingeführten Neuerungen im Umweltbereich nicht gebührend zu schätzen.

Letztendlich liegt das Problem im schwierigen Verhältnis der neuen Regierungen zur Umweltfrage. Sie wählten **Entwicklungsstrategien** mit vorrangig ökonomischen Zielen um den Preis hoher Umweltbelastungen. Sie sprachen sich deutlich für den Bergbau und die Erdölförderung sowie für Monokulturen aus. So entstand ein **Teufelskreis**: Je stärker sich der Extraktivismus durchsetzte, umso weniger konnten Umweltfragen behandelt werden und umso mehr Proteste und Widerstandsbewegungen entstanden. Viele Umweltaktivist:innen

nerhalb dieser Regierungen zogen sich zurück und diejenigen, die blieben, beendeten ihr Umweltengagement. Ähnliche Entwicklungen waren in anderen Bereichen, insbesondere der Sozialpolitik, zu verzeichnen, die zu einem System finanzieller Unterstützungsleistungen wurde. So kam es zu einer Divergenz zwischen der alten, pluralistischen und offenen, Linken und einem neuen Politikstil, dem **Progressismus**.

Dieser Progressismus reifte in allen Ländern heran. Abgesehen davon, dass gelegentlich Marx oder Lenin zitiert wurde, wurde hauptsächlich die Rolle als Rohstofflieferanten und die Unterordnung unter die globalen Märkte betont. Programme zur Bekämpfung der Armut bestanden vor allem aus finanziellen Unterstützungsleistungen und die Beziehungen zu vielen sozialen Bewegungen wurden abgebrochen. Dieser Progressismus ist nicht neoliberal, er hat allerdings das Engagement der Linken bei Fragen wie der Radikalisierung der Demokratie, der Schaffung von mehr Gerechtigkeit und dem Schutz des Naturerbes aufgegeben.

Selbst in Ecuador hat dieselbe Regierung, die eine neue Verfassung verabschiedet hat, in der die Rechte der Natur verankert sind, ihren Auftrag genau dort missachtet, wo der Extraktivismus in Gefahr war. Diejenigen, die ihren ersten Sieg den sozialen Bewegungen zu verdanken hatten, verspotteten nach kurzer Zeit die indigene Bevölkerung und Umweltbewegungen und griffen diese an.

Mittlerweile ist klar, dass der Progressismus in einer **Krise** steckt. Das zeigt sich beispielsweise in Brasilien. Außerdem hat er dazu geführt, dass nationale (Argentinien) oder regionale Wahlen (Bolivien) verloren wurden. Es wurde von vielen nicht beachtet, dass in der Unterscheidung zwischen der Linken und dem Progressismus die Umweltthematik eine wesentliche Rolle spielt. Der Progressismus nimmt die Umwelterstörungen des Extraktivismus in Kauf, weil er den **Export von Rohstoffen als wirtschaftliche Option bevorzugt**. In dem Umfang, in dem der Widerstand gegen diese unternehmerischen Einstellungen wuchs, gingen die betreffenden Regierungen dazu über, die zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die auf die negativen Auswirkungen dieses Extraktivismus aufmerksam machten, zu ignorieren, zurückzuweisen und sogar zu kriminalisieren.

Es zeugt von wenig sozialer Sensibilität aufseiten der Linken, wenn eine Regierung der

Landbevölkerung ein Megabergbauprojekt aufbürdet, den Zugang von Ölfirmen zu Gebieten der indigenen Bevölkerung erzwingt oder den Mitgliedern von NGOs, die auf Umweltschäden aufmerksam machen, mit Ausweisung droht.

Je weiter sich die Anhänger des Progressismus von der Linken entfernten, umso mehr versanken sie in theoretischen und praktischen Widersprüchen. Sie hatten schließlich keine Bedenken, Zuflucht zu suchen in einer seltsamen Mischung aus marxistischer Rhetorik und Imperialismuskritik im Zusammenhang mit Handelsabkommen mit transnationalen Konzernen, die ihnen die Rohstoffe abnehmen. Sie bekennen sich zu den Menschen, haben aber keine Hemmungen, Demonstrationen zu kriminalisieren oder gar zur Repression überzugehen.

Die Lehre aus diesen Erfahrungen ist, dass das Fehlen einer ökologischen Perspektive der Linken Lateinamerikas zu diesem historischen Zeitpunkt nicht nur ein kleines Manko darstellt, sondern einer der Faktoren dafür ist, dass diese Linke ihre Substanz verloren und sich dem reinen Progressismus verschrieben hat.

Stattdessen **müsste eine Linke**, die für unseren Kontinent steht, **sich mit Umweltthemen befassen**, denn Lateinamerika verfügt mit seinen riesigen Naturflächen und dem größten Gebiet landwirtschaftlicher Nutzflächen über einen immensen Naturreichtum. Die Ausbeutung dieses Naturerbes tangiert nicht nur die Bedürfnisse unserer eigenen Bevölkerung, sondern speist auch zahlreiche mit geopolitischen Auswirkungen behaftete globale Produktionsketten.

Darüber hinaus muss eine Linke im 21. Jahrhundert ökologisch ausgerichtet sein, denn mittlerweile zeigt sich unmissverständlich, dass wir mit den Ressourcen Raubbau betreiben, dass die Fähigkeiten unseres Planeten, mit den Umweltbelastungen fertig zu werden, an ihre Grenzen gelangt sind und dass weltweite Probleme wie der Klimawandel nicht mehr von der Hand zu weisen sind. Daher wäre die Idee einer Linken ohne ökologische Perspektive eine von Lateinamerika und der aktuellen Konjunktur losgelöste politische Option.

Letzendlich muss das Engagement dieser neuen Linken auf soziale und Umweltge-

rechtigkeit ausgerichtet sein, wobei das eine nicht ohne das andere erreicht werden kann. Das ermöglicht eine Wiederbegegnung mit vielen sozialen Bewegungen, eine Wiederentdeckung der realen Probleme der aktuellen Entwicklungsstrategien und die Einläuterung einer theoretischen Erneuerung. Daher liegen die größten Herausforderungen für eine Erneuerung der Linken in Lateinamerika in dieser engen **Verbindung zwischen sozialer und Umweltgerechtigkeit**.

Überarbeitete **Version** eines Beitrags unter der Rubrik **Ökologie und Umwelt des internationalen Netzwerks La Izquierda Diario** (Argentinien, www.laizquierdadiario.com) vom 22. Juli 2016. Eduardo Gudynas engagiert sich für die Themen Umwelt und Entwicklung, ist Angehöriger des Centro Latinoamericano de Ecología Social (CLAES), lehrt an verschiedenen Universitäten in Lateinamerika und ist mehreren zivilgesellschaftlichen Bewegungen verbunden. Twitter: @Egudynas

In **grano de arena** erschienen, 1. August 2016
Übersetzung: Kerstin Heininger, Coörditrad
Lektorat: Werner Horch



Mural en Guatemala

Bildnachweis: <http://www.albamovimientos.org>

Einige Web-Seiten über Lateinamerika:

Umfangreiche Informationen: <https://amerika21.de>

<http://www.lateinamerikanachrichten.de/>

<https://www.ila-web.de/>

<http://www.labournet.de/category/internationales/>

<http://www.albamovimientos.org/>

<http://www.medelu.org/> Memoire-des-luttes

<http://www.cadtm.org/Latin-America?lang=en>

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/>

Artikel in Sand im Getriebe:

In **SiG 100** eine umfangreiche [Liste](#) der Artikel seit 2002; weitere Artikel in SiG [104](#), [105](#), ...;

Detaillierte Liste in der [Werkstatt](#)

Aktuelle Analysen und Berichte:

CEPALC: Socialdata 2015, umfangreiche Analyse über die **Armutsbekämpfung, die sozialen und Arbeitsbedingungen**

„**Was nicht unter Kontrolle der USA steht, wird zu einer Bedrohung**“ - Interview mit Theotonio dos Santos, brasilianischer Sozialwissenschaftler und einer der einflussreichsten Intellektuellen Lateinamerikas: „(...) Alles, was nicht unter Kontrolle der USA steht, wird zu einer Bedrohung und die Brics-Staaten sind eine strategische Bedrohung für die USA. Und in gewisser Weise macht dies auch Sinn, denn sie beanspruchen einen Platz, den zuvor die USA einnahmen. Im Fall von Lateinamerika entsteht ihre Beunruhigung durch das Öl und in erster Linie durch Venezuela, das die größten Reserven der Welt besitzt und durch Brasilien nach der Entdeckung des Pre-Sal, die einen Teil der Ölrente den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Technologie widmen.“ - mehr: [Amerika21](#)

Volksregierungen in Lateinamerika - Ende eines Zyklus oder neue politische Zeit? von [Isabel Rauber](#)

Kampf chilenischer Opferverbände gegen das Wellness-Resort Colonia Dignidad auf den Massengräbern ihrer Toten. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=35124#more-35124>

Cuba Si

Ein längst überfälliger Schritt

Die EU-Kommission will mit der Unterzeichnung einer Rahmenvereinbarung neue Beziehung zu dem sozialistischen Land knüpfen

Es ist ein längst überfälliger Schritt: Der „Gemeinsame Standpunkt“ der Europäischen Union zu Kuba aus dem Jahr 1996 soll endlich aufgehoben werden. In der Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 22. September 2016 heißt es dazu, die Unterzeichnung des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit mit Kuba werde einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der EU und Kuba herbeiführen.

Die drei wichtigsten Punkte in diesem Abkommen sind der politische Dialog, die Zusammenarbeit und der sektorpolitische Dialog sowie der Handel und die handelspolitische Zusammenarbeit. Das Abkommen solle, so die EU-Kommission, „zur Verbesserung der Beziehungen der EU zu Kuba beitragen, indem der Prozess der Modernisierung der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft, der Dialog und die Zusammenarbeit zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung, der Demokratie und der Menschenrechte sowie die Suche nach gemeinsamen Lösungen für globale Herausforderungen“ gefördert werde.

Der „Gemeinsame Standpunkt“ der EU wurde vor 20 Jahren, am 2. Dezember 1996, beschlossen. Maßgeblichen Anteil am Zustandekommen dieses Papiers hatte der rechtskonservative spanische Ministerpräsident José Maria Aznar. Im „Gemeinsamen Standpunkt“ hieß es u.a. dass die EU in ihren Beziehungen zu Kuba das Ziel verfolge, „einen Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie“ zu fördern und ihre Zusammenarbeit mit Kuba davon abhängig mache, „wie die kubanischen Behörden Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie“ vorweisen können. Die Bundesrepublik Deutschland gehörte lange Zeit zu den Ländern, die diesen „Gemeinsamen Stand-

punkt“ unterstützten und eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba blockierte – auch noch, nachdem mehrere Mitgliedsstaaten der EU schon bilaterale Verträge mit Kuba abgeschlossen und somit dieses EU-Papier quasi außer Kraft gesetzt hatten.

Aber auch mit dem nun ausverhandelten Abkommen kann und will die EU doch nicht so ganz aus ihrer Haut. Zwar spricht man jetzt nicht mehr davon, die Beziehungen zu Kuba vom Übergang des Landes „in eine pluralistische Demokratie“ abhängig zu machen; das Abkommen solle aber, laut der schon zitierten Presseerklärung, doch den Rahmen bieten „für die Förderung der europäischen Werte ... und für die Unterstützung des Wandlungsprozesses in Kuba“.

Für Kuba ist es von großer Bedeutung, dass dieses Abkommen nun auch formell den „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU beendet. In der Präambel wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass alle Völker das Recht hätten, über ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System selbst zu entscheiden. Beide Vertragsseiten verpflichten sich, das System und die Verfassung des Vertragspartners zu respektieren und sich nicht in die internen Angelegenheiten des anderen einzumischen. Ebenfalls festgeschrieben für beide Seiten wurde der Respekt und die Verteidigung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit.

Möglich geworden ist dieses Abkommen vor allem durch die veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Kuba hat die entbehrungsreiche Zeit der „Spezialperiode“ der 1990er Jahre überwunden, ist zu einem anerkannten und gleichberechtigten Partner in Lateinamerika geworden und hat international neue und starke Partner gefunden. Die USA hatten sich mit ihrer jahrzehntelangen konfrontati-

ven und aggressiven Kuba-Politik sowohl in Lateinamerika als auch international isoliert. Diese veränderte politische Situation zwangen die USA dazu, das Scheitern ihrer Kuba-Politik öffentlich einzugestehen und ihren Standpunkt zur sozialistischen Insel zu ändern. Ein erster Höhepunkt dieses Prozesses waren die Ankündigungen von Barack Obama und Raúl Castro am 17. Dezember 2014, die Beziehungen beider Länder verbessern zu wollen. Die dann begonnenen Verhandlungen zwischen Kuba und den USA und in der Folge auch das Einlenken der EU in der Kubafrage sind Ergebnisse dieses Prozesses. Niemals hätten weder USA noch EU mit einem wirtschaftlich und politisch schwachen Kuba verhandelt.

Die **internationale Solidaritätsbewegung** hatte in unzähligen Veranstaltungen und Aktionen bereits seit 1996 immer wieder die Aufhebung des „Gemeinsamen Standpunktes“ gefordert. Und nun steht – nach der Freilassung der Cuban Five – die Erfüllung einer weiteren Forderung der Solibewegung unmittelbar bevor. Nicht ganz ohne Stolz können wir sagen, dass die Solidaritätsbewegung für Kuba auch einen kleinen Anteil an diesem politischen **Erfolg** Kubas hat.

Aber unsere Unterstützung für das sozialistische Land geht trotzdem weiter. Die **Liste der noch nicht gelösten Probleme ist lang**: die Beendigung der US-Blockade, die Entschädigungen für die Blockade und den Staatsterrorismus der USA gegen Kuba, die Rückgabe Guantánamos, die Beendigung der subversiven Aktionen gegen Kuba, die Einstellung des Betriebes von Radio-TV Martí, die Abwerbung kubanischer Fachkräfte ...

<https://cuba-si.org/1694/ein-laengst-ueberfaelliger-schritt>

Abschlussklärung des achten Treffens **„Solidarität mit Kuba“**

Das **Treffen** fand Ende Juli 2016 statt. Teilgenommen haben 370 Delegierte aus 25 Ländern. In der Abschlussklärung geht es unter anderem um Folgendes: Die neue Etappe der Beziehungen zwischen Kuba und den USA wird begrüßt. **Gefordert** wird:

- **Ende der Blockade Kubas durch die USA;**
- **Schließung von Guantánamo;**
- Beendigung der Versuche zur Destabilisierung Kubas;
- Beendigung der Einmischung der USA in verschiedenen Ländern Lateinamerikas;
- Beendigung der Vernichtungspolitik Israels gegen die Palästinenser;
- Achtung der Rechte der Urbevölkerungen;

Unterstützung sozialer Bewegungen in den USA und der Integration der Länder Lateinamerikas mithilfe von ALBA, MERCOSUR, CELAC, UNASUR.

13.August 2016

¡VIVA
90
FIDEL!



<http://www.jungewelt.de/fidel-castro/>

Evelyn Linde, Fabian Grieger

Konflikt zwischen Regierung und Bergbaukooperativen in Bolivien

Es war der traurige Höhepunkt der bisherigen Auseinandersetzung, als der bolivianische Innenminister Carlos Romero am Abend des 25. Augusts vor die Fernsehbildschirme trat und verkündete, dass sein Vize **Rodolfo Illanes** von demonstrierenden Bergarbeitern **ermordet** worden sei. Zuvor starben bereits zwei Protestierende, mutmaßlich durch Schüsse der Polizei. Illanes war aufgebrochen, um mit den aufgebracht demonstrierenden Demonstranten zu reden. Diese nahmen ihn stattdessen als Geisel, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nach einem weiteren Zusammenstoß zwischen Polizei und Bergarbeitern wird Illanes tot aufgefunden: Todesumstände ungeklärt. **Klar ist: Der Schlichtungsversuch ist grausam gescheitert**, der Konflikt zwischen der Kooperativenvereinigung Fencomin und der Regierung feindseliger ist denn je.

Dabei wenden sich die Protestierenden **gegen das modifizierte Bergbau- und Metallverarbeitungsgesetz**, das am achten August im bolivianischen Parlament verabschiedet wurde. Es regelt die Belange der Kooperativen neu, die in Bolivien neben staatlichen und (transnationalen) privaten Unternehmen einen Großteil des Bergbaus ausmachen. Das neue Gesetz sieht vor, dass Kooperativen keine Verträge mit nationalen und ausländischen Investoren ohne die **Zustimmung der Regierung** unterzeichnen dürfen. Das soll verhindern, dass Kooperativen sich Territorien aneignen, die transnationalen Konzernen zugute kommen könnten. Außerdem schreibt es die Gründung von **Gewerkschaften** innerhalb der Kooperativen fest.

Die **Fencomin** lehnt diese beiden Eckpunkte ab und fordert außerdem die Aufhebung von Umweltauflagen sowie ihre kostenlose Energieversorgung durch den Staat. Der inhaltliche Konflikt spiegelte sich in den vergangenen Wochen auf den Straßen in Blockaden von Autobahnen und mehreren Demonstrationen. Die Polizei unterband diese mehrfach gewalttätig, wobei auch Demonstranten ums Leben kamen.

Dass scheinbar gemeinschaftliche Kooperativen gegen das Recht zur gewerkschaftlichen Vereinigung Sturm laufen und darüber hinaus die Möglichkeit zur Privatisierung staatlichen Bergbaus und den Verkauf an ausländische Investoren fordern, scheint paradox. Erklärungen für den jetzigen Konflikt und seine Brisanz finden sich in der jüngsten **Bergbaugeschichte des Landes**. Als sich sowohl ausländische Unternehmen als auch die staatliche Comibol in den 80er- und 90er Jahren weitestgehend aus den

Minen des Landes zurückzogen, hatte das **Massenentlassungen von Bergarbeitern** zu Folge. Diese zogen zu großen Teilen ins wärmere Chapare, um Koka anzubauen oder in die sich neu formierende Millionenstadt El Alto bei La Paz. Jene, die in den schrumpfenden Bergbaugebieten im Hochland blieben, gingen auch fortan unter Tage, um den Bergen die letzten Edelmetalle zu entziehen.

Später erhielten sie vom Staat die nötigen Konzessionen und Schürfrechte; **die sogenannten Kooperativen entstanden**: Lose Zusammenschlüsse von Minenarbeiter*innen, die vor allem auf sich selbst gestellt waren. Gearbeitet wurde auf eigene Rechnung, ohne Regeln, ohne Sicherheitsstandards oder soziale Absicherungen. Je nach Mine konnte die Organisation verschieden aussehen. In den meisten entwickelte sich aber ein **hierarchisch geprägtes System**, von dem jene profitierten, die Metalladern für sich beanspruchen und fortan andere „Kumpel“ für sich arbeiten lassen konnten. Am unteren Ende der Rangordnung stehen Frauen und Kinder, die oft schwere Arbeiten zu schlechtesten Bedingungen verrichten. Wer es sich leisten konnte, wurde „Socio“ – „Gesellschafter“ in den Kooperativen, die sich im Verband Fencomin zusammenschlossen. Manche der Kooperativen blieben klein, während andere schnell wuchsen.

Mit dem steigenden Zinnpreis wuchs auch der Einfluss der Fencomin und sie wurde zu einem wichtigen Akteur in Boliviens Bergbauindustrie, kaufte zunehmend weitere Minen auf und dehnte sich aus. Auch politisch – in Konkurrenz zur sozialistischen und einst mächtigen FSTMB, die vor allem die staatlich beschäftigten Minenarbeiter vertritt und Teil des bolivianischen Gewerkschaftsdachverbandes COB ist.

Statt mit der FSTMB gingen Präsident Evo Morales und die Regierungspartei Bewegung zum Sozialismus (MAS) vor der Wahl 2005 eine **Allianz mit der Fencomin** ein, die mittlerweile rund 10.000 Bergarbeiter aus 900 Genossenschaften vertritt. Der neue Minister für Bergbau wurde Walter Villaruel, einer der Führer der Fencomin, und dementsprechend entwickelte sich die Bergbau-Politik der Folgejahre im Sinne der Kooperativen. In vielen Bereichen wie beim Arbeitnehmerschutz wurden Ausnahmeregelungen bestätigt oder geschaffen. Ein Großteil der Bergarbeiter der Fencomin musste unter viel schlechteren Bedingungen arbeiten als ihre Kollegen bei den verbliebenen Betrieben der staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL – und das ohne Gewerkschaftsrechte.

Als Evo Morales nach der Wiederwahl mit Guillermo Dalence einen Minister mit Nähe zum COB ernannte, kam es zum **Bruch zwischen MAS und Fencomin**. Aus dem Streit entwickelte sich ein anhaltender Machtkampf.

Mit den neuen Gesetzesregelungen versucht die MAS also nicht nur, die Ressourcen als Gemeineigentum zu retten und Arbeitnehmerrechte durchzusetzen, sondern auch die Macht der Kooperativen zu schwächen. Es ist ein **Kampf um die Kontrolle über die mineralischen Ressourcen**, wobei nach wie vor transnationale Konzerne den größten Profit einstreichen. Während die MAS von der Allianz mit den Kooperativen profitierte, wurden die rechtlichen und ökonomischen Lücken zu Gunsten der Kooperativen jahrelang ignoriert. Schon 2008 zeigte das Dokumentations- und Informationszentrum Bolivien CEDIB auf, dass in den Kooperativen private Gewinne nicht nur auf Kosten prekärer und unsicherer Erwerbsarbeit, sondern zum Teil sogar auf nicht entlohnter Arbeit zur Schuldentilgung erwirtschaftet werden.

(...) Es rückt in diesem Fall **Gewalt** ins Zentrum der Aufmerksamkeit, die es an Orten des Bergbaus bereits gibt. Dort kommt es nämlich immer wieder zu gewaltvollen Konflikten, vor allem wenn sich Personen dem Bergbau widersetzen. Die Aufarbeitung der aktuellen Todesfälle beschäftigt zurzeit die Regierung und die Kooperativen, von denen inzwischen zehn Mitglieder in Untersuchungshaft sind.

Für die MAS bietet sich die Möglichkeit, sich in diesem Konflikt wieder ihrer Kernlienzel zuzuwenden und als Regierung der Ausgebeuteten zu agieren. Als starker Staat reagierte die Regierung in den Tagen nach dem Tod ihres stellvertretenden Ministers: Drei Tage Staatstrauer und die postwendende Festnahme von 15 Minenarbeitern, die für den Tod von Illanes verantwortlich sein sollen. Gegen den FENCOMIN-Vorsitzenden Carlos Mamani ist Anklage erhoben worden. Was als Showdown der Auseinandersetzung inszeniert wird, könnte nun der Anstoß für neue Zusammenstöße zwischen Staat und Fencomin sein.

Der Text erscheint in der kommenden Ausgabe der Lateinamerika Nachrichten Nr. 507/508
<https://amerika21.de/analyse/160057/bolivien-bergbau-konflikt>

S. auch:
Grenzen der Verhandlungsdemokratie,
<https://www.jungewelt.de/2016/09-15/054.php>

Atilio Boron

Aus der brasilianischen Tragödie lernen



Eine Bande von Kriminellen (...) hat soeben aus ihrem Bau im Legislativen Palast Brasiliens heraus einen (fälschlicherweise "weich" genannten) Staatsstreich gegen die legitime und verfassungsmäßige Präsidentin Brasiliens, Dilma Rousseff, vollbracht. Und wir sprechen von "fälschlicherweise weich genannt", weil es, wie es die Erfahrung mit dieser Art von Verbrechen in Ländern wie Paraguay und Honduras lehrt, nach solchen Umstürzen unausweichlich zu einer hemmungslosen Unterdrückung kommt, um jeglichen Versuch eines demokratischen Wiederaufbaus von der Erdoberfläche hinwegzufegen.

Die Vertreter von Ecuador, Costa Rica, Bolivien, Venezuela und Nicaragua verlassen die UNO-Generalversammlung zu Beginne der Rede von Temer

Video , [albamovimientos](#)

Der Dreizack der Reaktion: Richter, Parlamentarier und Massenmedien, alle bis ins Mark korrupt, setzte einen pseudo-legalen und eindeutig unrechtmäßigen Prozess in Gang, durch den die Demokratie in Brasilien – mit all ihren Mängeln, wie in jeder anderen auch – durch eine unverfrorene Plutokratie ersetzt wurde, die von der einzigen Zielstellung angetrieben wird, den 2002 mit der Wahl von Luiz Inacio "Lula" da Silva zum Präsidenten eingeleiteten Prozess umzukehren. (...) Selbstverständlich zählte diese Verschwörung auf die Unterstützung und den Segen **Washingtons**, das schon seit Jahren mit boshaften Absichten die elektronische Korrespondenz von Dilma und anderen Staatsfunktionären, dazu noch denen von Petrobras, ausspionierte. (...) Zum unerwarteten Erfolg der Rechten in **Argentinien** kommt jetzt der Schlag, der der Demokratie in Brasilien versetzt wurde und die Unterbindung jeglicher politischen Al-

ternative in **Peru** hinzu, wo die Wähler sich zwischen zwei Varianten der radikalen Rechten entscheiden mussten.

Es erübrigt sich eigentlich, daran zu erinnern, dass die Demokratie den Kapitalismus herzlich wenig kümmert: einer seiner Haupttheoretiker, **Friedrich von Hayek**, sagte einmal, dass sie einfach eine Zweckmäßigkeit wäre, die in dem Maße zulässig sei, wie sie sich nicht in den "freien Markt" einmische, der die nicht-verhandelbare Notwendigkeit des Systems darstellt. Aus diesem Grunde war (und ist) es blauäugig, eine "loyale Opposition" seitens der Kapitalisten und ihrer politischen Sprachrohre oder ihrer Intellektuellen zu erwarten, selbst gegenüber einer so gemäßigten Regierung wie der von Dilma.

Aus der brasilianischen Tragödie können viele Lehren gezogen werden, die in unseren Ländern gelernt und eingebrannt werden sollten. Ich nenne nur einige wenige:

Erstens, jegliches Nachgeben gegenüber der Rechten seitens linker oder fortschrittlicher Regierungen dient lediglich der Beschleunigung ihres Ruins. Und die PT ist seit der Regierung Lula immer wieder in diesen Fehler verfallen, wodurch das Finanzkapital, gewisse Industriezweige, die Agrarindustrie und die reaktionärsten Massenmedien bis ins Unermessliche begünstigt wurden.

Zweitens sollte nicht vergessen werden, dass ein politischer Prozess nicht nur über die institutionellen Kanäle des Staates verläuft, sondern auch auf „der Straße“, der turbulenten plebejischen Welt. Und die PT hat seit den ersten Jahren in der Regierung ihre Mitglieder und Sympathisanten demobilisiert und sie auf eine bloße und wehrlose Wählerbasis reduziert. Als die Rechte sich daran machte, die Macht zu erstürmen und Dilma sich auf dem Balkon des Präsidentenpalastes Planalto in der Erwartung zeigte, eine Menschenmenge zu ihrer Unterstützung anzutreffen, sah man kaum eine Handvoll verzagter Mitstreiter, unfähig, der wuchtigen „institutionellen“ Offensive der Rechten Widerstand zu leisten.

Drittens dürfen die fortschrittlichen und linken Kräfte nicht noch einmal in den Fehler verfallen, alle ihre Karten einzig und allein auf das demokratische Spiel zu setzen. Man sollte nicht vergessen, dass die Demokratie für die Rechte lediglich eine taktische Option ist, derer man sich leicht entledigen kann. Deshalb müssen die Kräfte für den Wandel und die soziale Umwälzung, ganz zu schweigen von den radikal-reformistischen oder revolutionären Kreisen, immer "einen Plan B" haben, um den Mächtschaften der Bourgeoisie und des Imperialismus entgegenzutreten, die nach Lust und Laune mit den Institutionen und Regeln des kapitalistischen Staates hantieren. Und das setzt Organisation, Mobilisierung und politische Bildung der breiten und heterogenen Bevölkerung voraus – etwas, was die PT nicht getan hat.

Schlussfolgerung: Wenn von einer Krise der Demokratie gesprochen wird, die jetzt angesichts der Ereignisse ganz offensichtlich ist, muss auf die **Ursachen** dieser Krise hingewiesen werden.

Der Linken ist immer mit gefälschten Argumenten vorgeworfen worden, nicht an die **Demokratie** zu glauben. Die Geschichte beweist dagegen, dass es weltweit die Rechte war, die eine ganze Reihe kaltblütiger Morde an der Demokratie begangen hat; die sich immer mit allen ihr zur Verfügung stehenden Waffen gegen jedwedes Projekt gestemmt hat, das darauf gerichtet war, eine gute Gesellschaft zu errichten und die nicht davor zurückschrecken wird, ein demokratisches Regierungssystem zu zerstören, wenn es sich als notwendig erweist, um dies zu erreichen. Für diejenigen, die daran Zweifel hegen, hier sind die Fälle aus der jüngsten Vergangenheit: **Honduras, Paraguay, Brasilien und in Europa Griechenland. Wer beseitigte die Demokratie in diesen Ländern? Wer will ihr in Venezuela, Bolivien und Ecuador den Garaus machen? Wer massakrierte sie 1973 in Chile, 1965 in Indonesien, 1961 in Belgisch-Kongo, 1953 im Iran und 1954 in Guatemala?**

Quelle: [Amerika21](#)

Georg Stein

Agrarpolitik der Temer-Führung trifft auf Widerstand

Brasília. Am Sonntag haben in zahlreichen Städten in Brasilien erneut rund hunderttausend Bürgerinnen und Bürger gegen den De-facto-Präsidenten Michel Temer und dessen politische Führung **protestiert**. In Rio de Janeiro beteiligten sich tausende von Anhängern der **Landlosenbewegung MST**

an den **Demonstrationen**. Sie forderten eine sofortige **Landreform**. Temer war vor wenigen Tagen im Zuge eines in Brasilien und international umstrittenen Amtsenthebungsverfahrens gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff an die Macht gekommen. Anhänger der linksge-

richteten Politikerin und mehrere lateinamerikanische Regierungen bezeichnen den Machtwechsel als Putsch.

Die Demonstranten in Brasilien fürchten jetzt besonders, dass der De-facto-Präsident die **Gespräche** beim Gipfel der G20 in China **genutzt** hat, um brasilianisches Agrar-

land im großen Stil ausländischen Konzernen anzubieten. (...) Unter der Präsidentschaft von Dilma Rousseff hat ein brasilianisches Gesetz dem Landverkauf eine Obergrenze von jeweils 1.000 Hektar [gesetzt](#). Auch das Grenzgebiet in einer Breite von 1.000 Kilometern durfte nicht an ausländische Käufer veräußert werden. Diese Bestimmungen sollen sich unter der als Putschregierung bezeichneten Führung von Temer nun ändern. Schon vor der Abreise des Politikers nach China hat sein

neuer Minister für Landwirtschaft, Blairo Maggi, Großgrundbesitzer und einer der größten Sojaanbauer der Welt, den Weg für großangelegte internationale Landkäufe geebnet. Mit den Einnahmen aus diesen Geschäften will er das Defizit in der Staatskasse ausgleichen. *"Wir werden ihnen ziemlich viel verkaufen, wenn sie uns rasch entgegenkommen"*, so Maggi. Er reiste mit Temer zum G-20-Gipfel nach China. Währenddessen wurde unter Temer die **Regulierung des indigenen Landbesitzes**

weiter vertagt. Ein Verfassungsreformprojekt sah vor, die Besitzrechte des indigenen Landes durch den Senat abzusichern. Das lukrative Geschäft mit den geraubten Ländereien ist einer der Gründe für die Ausbreitung paramilitärischer Banden in mehreren südamerikanischen Staaten, die im Auftrag multinationaler Konzerne die Indigenen aus ihren angestammten Gebieten vertreiben.
Quelle: [Amerika21](#)



Helmut Weiss Druck auf die brasilianische Putschregierung

Während die Unternehmerverbände, vor allem die berühmte Paulistaner FIESP, jetzt ihre politischen Investitionen einklagen und schnelle antisoziale Reformen verlangen, geraten die Gruppierungen, die die Farce getragen haben, unter Druck: Unpopuläre Maßnahmen vor den Kommunalwahlen im Oktober 2016? Da winden sich die vielen betroffenen Kandidaten (schließlich gibt es auch da sehr viele sehr gut bezahlte Posten zu gewinnen, kein Vergleich mit der BRD). Und auch die Debatten darum, welche Lehren aus dem Vormarsch der Reaktion zu ziehen seien, nehmen Fahrt auf. Unsere aktuelle **kommentierte Materialsammlung „Brasilien nach dem Putsch“ vom 08. September 2016 von Helmut Weiss** soll eine Bestandsaufnahme sein und ein Ausblick auf kommende Zeiten:

Eine Farce-Regierung unter Druck ihrer „Wähler“ – den Unternehmerverbänden: Sie mühen sich ja, auf Kosten der Ärmsten. Der Wunschcatalog der Unternehmerverbände ist umfangreich, und lässt sich mit der Zusammenfassung charakterisieren: Alles rückgängig machen, was sozialdemokratische Reformpolitik in der Hochkonjunktur den Volksbewegungen zugestanden hat, und alles endlich umsetzen, was an Projekten der neoliberalen Krisenbewältigung bisher aus verschiedensten Gründen nicht zu realisieren war. (...) Seit der provisorischen Amtsentfernung Rousseffs im Mai seien bereits 900.000 Familien aus dem Programm gestrichen worden. Michel Temer kündigte in seiner ersten Ansprache als Brasiliens neuer Präsident eine Rentenreform, Revision des Arbeitsrechts, Sparmaßnahmen und Privatisierungen an.

Der Widerstand gegen Temer und Kon-sorten: Weit verbreitet und unterschiedlich
Demokratische Gruppierungen, Landarbeiterorganisationen und Gewerkschaften, Studierendenverbände und SchülerInnen-Komitees sind wieder in Mobilisierungsoffensiven.

Gewerkschaftliche (Wieder)Belebung?
Ein bezeichnendes Problem in den Monaten des Kampfes gegen die Absetzung der gewählten Regierung Rousseff war, dass es stets deutlich war, dass es keinen Generalstreik geben würde, was ein Teil der Linken und der Gewerkschaften als entscheidend betrachtet hatte. Gründe dafür waren sowohl die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, als auch die Sorge vieler Menschen von der explodierenden Erwerbslosigkeit erfasst zu werden, die weit eher lähmt als motiviert. Und auch, und dies ist keinesfalls zu übersehen: Weil die größten Gewerkschaften – jene der CUT – immer mehr als bloße Unterstützungskraft der PT Regierung gesehen wurden. Mit den anstehenden Branchenstreiks, einigen Erfolgen der Linken bei Gewerkschaftswahlen und einem Erstarken von Strömungen, die zum Kampf mobilisieren wollen, könnte sich hier – allerdings: Auf Dauer – eine vielleicht wesentliche Änderung abbahnen. ([Labournet](#))

Zahlreiche **örtliche Streikaktionen und eine Vielzahl von Demonstrationen und Protesten markierten den 22. September in Brasilien** (s. Fotos oben). Am 29. September waren 600.000 - (nicht nur) brasilianische Metallarbeiter – im politischen Streik gegen die Wunschliste der Unterneh-

mervverbände und ihrer Regierung. Diese zwei landesweiten Protesttagen sollen nach Erklärungen von Gewerkschaftsverbänden der Vorbereitung eines Generalstreiks gegen die sogenannten Reformen der Temer-Regierung dienen. ([Labournet](#))

NachDenkSeiten: Brasilien – Dilma Rousseff und der Tag danach: Beitrag des Südamerika-Korrespondenten **Frederico Füllgraf**. Es geht dabei um die Rede der Präsidentin Dilma Rousseff gegen den Versuch der Amtsenthebung und die Hintergründe.

Amerika21 Bundesregierung besorgt?
24. Sept. 2016: Auf Anfrage der Linksfraktion sagte Michael Roth (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt: *"Uns sind natürlich, genau wie Ihnen, Befürchtungen über Rückschritte im Bereich der Menschenrechtspolitik, aber auch der Sozialpolitik bekannt, und diese Befürchtungen werden von uns sehr ernst genommen."*
Zuvor hatte die Vizepräsidentin der Linksfraktion, Heike Hänsel, die Position der Bundesregierung zur neuen Staatsführung in Brasilien thematisiert. Hänsel fragte, ob die Bundesregierung die Einschätzung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) teile. Der EAD halte die Regierung von De-facto-Regierungschef Michel Temer in der Korruptionsbekämpfung für nicht vertrauenswürdig, sagte Hänsel, offenbar in Bezug auf interne Dokumente. Tatsächlich wird gegen sieben von Temer ins Kabinett berufene Minister wegen Korruption ermittelt.

Venezuela: Die sichtbare Hand des Marktes

Kissinger und Nixon zerstörten die Regierung Allende in Chile, indem sie schworen, dass sie deren Wirtschaft "vor Elend weinen" lassen würden. Von uns hängt es ab, ob sie die unsrige zerstören oder nicht.

21.05.2016 - Ich halte es für wichtig, die Kernstücke der Arbeiten von Pascualina Curcio (1) zu kommentieren, die meines Erachtens bisher nicht in der ihnen angemessenen Form bekannt worden sind. In Bezug auf die aktuelle Knappheit von Gütern des täglichen Bedarfs verbreiten bestimmte private Medien nicht die Wahrheit. Sie behaupten, diese Knappheit werde durch die fehlende Bewilligung von Vorzugsdevisen für den Import sowie die Preiskontrollen verursacht. Dies wiederum führe dazu, dass die Kapitalisten nicht die ihnen zustehenden exorbitanten Gewinne erzielen könnten.

In „Unterversorgung und Inflation in Venezuela“ (2) zeigt Curcio jedoch anhand überzeugender Zahlen und Graphiken, dass „im Fall Venezuelas seit 2003 das Niveau der Unterversorgung nicht mit dem Produktionsniveau zu erklären ist. Sowohl die Produktion als auch die Importe sind relativ stabil geblieben. Daher betrifft diese Knappheit, die man in den Läden misst, Güter, die produziert wurden, die aber nicht auf reguläre und angemessene Art und Weise sowie in ausreichender Stückzahl in den Regalen der Verkaufsläden platziert wurden. In diesem Fall liegt der Boykott nicht in der Produktion, die Aktionen zielten ab auf eine Veränderung der Distributionsmechanismen und auf die Behinderung des angemessenen und regulären Zugriffs auf eben diese Güter von Seiten der Bevölkerung.“ Und tatsächlich, seit 2002 bis zum heutigen Datum fällt jeder tollkühne Versuch der Opposition, die Regierung durch Gewalt oder auf dem Wege der Wahlen zu stürzen mit einer Situation der Unterversorgung zusammen. Das ist etwas Zuviel des Zufalls.

Anhand vieler Zahlen und Graphiken zeigt Pascualina Curcio weiterhin auf, dass bei verschiedenen Basisgütern, wie beispielsweise dem Maismehl, sowohl die Produktion (oder der Import) wie auch der Konsum „vom ersten Quartal 2012 bis zum zweiten Quartal 2015 im Durchschnitt konstant geblieben sind“. Man möge mir die vielfache Nutzung der Anführungszeichen verzeihen, aber für ihre Argumente gibt es kein Vertun: „Dieses Verhalten wiederholt sich bei allen Nahrungsmitteln, die eine Knappheit aufgewiesenen und lange Schlangen wartender Käufer verursacht haben: Reis, Teigwaren, pflanzliche Öle, H-Milch, Rindfleisch, Hühnerfleisch, Hühnereier, weißer Hartkäse, Zucker, Kaffee, um nur einige zu nennen.“ Also, es gibt sehr wohl eine Produktion bzw. einen Import der Güter. Denn wenn dem nicht so wäre: woher kommen diejenigen Güter, mit denen die Schwarzhändler wieder und wieder handeln?

Die Autorin weist auch nach, dass die Ausmaße des Konsums ungefähr gleich geblieben sind. Curcio zeigt auf, dass „wenn wir Venezolaner im Durchschnitt die gleiche Anzahl der Hauptnahrungsmittel konsumieren (gemessen in Kilogramm oder in Kilokalorien), und wenn wir sie konsumieren, eben weil sie hergestellt oder importiert wurden, dann sollte man sich die Frage stellen: was passiert zwischen der Produktion/dem Import und dem Konsum, dass sich die Produkte nicht mit der notwendigen Regelmäßigkeit und in den notwendigen Mengen in den Regalen wiederfinden. Wenn die Produktion und die Importe stabil geblieben sind, warum müssen wir uns in lange Schlangen stellen, um einige dieser Nahrungsmittel zu erwerben, oder warum müssen wir diese im Parallel- oder illegalen Markt zu überhöhten Preisen kaufen“. Die Antwort liegt auf der Hand: „Die seit 2003 von Sektoren der Opposition gegenüber der nationalen Regierung vorangetriebenen Strategien einer politischen und sozialen Destabilisierung, haben Methoden der wirtschaftlichen Nicht-Kooperation eingesetzt. Und sie taten dies nicht über den Weg des Streikaufrufs, der der Unterstützung verschiedenster und zahlreicher politischer Sektoren bedürft hätte, sondern durch einen Boykott der Güterversorgung. Diese Aktivitäten haben sich seit 2013 verstärkt.“

Aber wir wissen alle, dass aus den Regalen weder Bier, noch Softdrinks, noch hochverarbeitete, nicht-regulierte Nahrungsmittel verschwinden.

Was zeichnet die „verschwindenden“ Güter aus? Curcio antwortet: „In erster Linie werden sie stark konsumiert, sie sind unabdingbar für die typisch venezolanische Ernährung, sie sind Teil der venezolanischen Kultur. Dazu zählen Maismehl, Kaffee, Reis, Zucker, Bohnen, Teigwaren, Hühnereier.

Zweitens und zusätzlich zum hohen Konsum, liegen ihre Produktion und Distribution in der Hand einiger weniger Unternehmer; im Allgemeinen sind es Nahrungsmittel, die von Monopolen und Oligopolen hergestellt werden. Daher verursachen auch die Guajave, die Banane und der Orangensaft trotz ihres ebenfalls hohen Konsums keine Schlangen. Diese Güter werden von vielen Herstellern angeboten, die durch ihre Vielzahl keine Kartelle zur Änderung der Distribution bilden können.

Drittens handelt es sich um nicht verderbliche Nahrungsmittel, bzw. um Nahrungsmittel, die über einen relativ langen Zeit-

raum gut konserviert werden können. Das Maismehl, der Reis, die Teigwaren, der Kaffee, die Bohnen, die Milch, die Margarine, das Öl, um nur einige zu nennen, können bis zu ein Jahr aufbewahrt werden. Dies ist bei Bananen oder der Guajave nicht möglich.“

Daher hebt Curcio berechtigter Weise hervor, dass „offensichtlich nicht das Unterliegen einer Preisregulierung bestimmt, ob Nahrungsmittel knapp sind. Zusätzlich müssen wir darauf hinweisen, dass es Produkte gibt, deren Konservierungslogistik sehr teuer ist und die daher nicht auf den illegalen Märkten durch Schwarzhändler gehandelt werden; dies passiert im Fall des Hühnerfleisches, des Rindfleisches, des weißen Hartkäses und der Hühnereier. Diese Produkte müssen für ihre Konservierung gekühlt werden und sie werden in den Lebensmittelmärkten vermarktet. Allerdings zu Preisen, die deutlich über den regulierten Preisen liegen, das heißt, unter Missachtung der Vorgaben.“

Curcio folgert daraus, dass „die Anpassung der Preise nicht die Lösung für das Problem der Unterversorgung ist, für die Schlangen und den Schwarzhandel, eben weil die Preise nicht die Ursache dieser Phänomene sind. Die Ursache liegt im Boykott der Versorgung und der Verzerrung der Distributionsmechanismen. Daher sind es die Überwachung und die Regulierung, auf die sich die Regierung konzentrieren sollte. Es ist die Präsenz weniger aber mächtiger Hände im Markt, die mit durchschaubaren politischen Intentionen die Distributions- und Versorgungsmechanismen der für das Leben der Venezolaner so wichtigen Güter verfälschen.“

Mit anderen Worten: die Regierung hat mit der vertrauensvollen Übergabe von Vorzugsdollars (3) den Zugang zu ihrer Lebensader dem kapitalistischen Wirtschaftsgegner übergeben, damit dieser dieses Geld für Phantasie-Importe oder für Güter verschwendet, die er danach hamstert oder bei denen er verhindert, dass sie ihre Abnehmer finden. Auf diese Weise erreicht die riesige Anstrengung der Regierung, nämlich Dollar zu Vorzugskonditionen für die privaten Unternehmer herbeizuschaffen, damit diese Basisgüter herstellen oder Rohstoffe für die Herstellung importieren, nicht den Konsumenten. Und diese Güter oder Rohstoffe stauen sich in einer verkommenen Mafia von Zwischenhändlern, größtenteils kontrolliert durch die Monopole und Oligopole der Branche. Der normale Bürger kann gegen diesen Pfropfen, der die sozialistischen Politiken zerstört und die Unterstützung des

Volkes für seine Regierung zersetzt, nichts tun.

Notwendig ist ein staatliches Handeln zu Gunsten eines direkten, kontrollierten und sanktionierten Imports.

Kissinger und Nixon zerstörten die Regierung Allende in Chile, indem sie schworen, dass sie deren Wirtschaft „vor Elend weinen“ lassen würden. Von uns hängt es ab, ob sie die unsrige zerstören oder nicht. Gegen den Wirtschaftskrieg, politische Gegenoffensive.

(1) La mano visible del marco [Kurzfassung](#)
[Langfassung](#)

(2) Desabastecimiento e inflación en Venezuela
http://idea.gob.ve/admin/img_noticias/desa.pdf

(3) Vorzugsdollar (SiG-Red): Die Unternehmer erhalten die Dollar zu einem sehr günstigen Wechselkurs (1:6) und eigentlich dafür, Importe zu tätigen. Viele diese Firmen existieren jedoch nur auf dem Papier, sie sind Briefkastenfirmen, die vorgeben, Waren einzuführen, ihre Vorzugsdollar jedoch in Wirk-

lichkeit auf dem Schwarzmarkt eintauschen und dabei einen zigfachen Gewinn machen. Denn durch den extrem niedrigen Ölpreis fehlt es inzwischen an Dollar. Deshalb müssen alle Händler und alle anderen, die keinen Zugang zum Vorzugsdollar besitzen und Devisen brauchen, sich auf dem Schwarzmarkt damit versorgen. [Francine Jacome](#)

Übersetzung: Susanne Schartz-Laux,
Amerika21;

Quelle: [Luis Britto Garcia](#)

Edgardo Lander

Die Implosion Petro-Venezuelas

In der aktuellen Krise gehen die Errungenschaften des Chavismus verloren

Die bolivarianische Regierung, die Sozialismus als etatistisches Projekt begriff, vergrößerte den Staatssektor weit über seine Kapazitäten hinaus. Deshalb ist der **Staat** größer, aber gleichzeitig schwächer, ineffizienter, intransparenter und korrupter geworden. Sowohl die Sozialprogramme, die die Lebensbedingungen der Bevölkerung deutlich verbesserten, als auch die zahlreichen Projekte der lateinamerikanischen Solidarität und Integration beruhten auf dem hohen Ölpreis. Dabei ignorierte die Regierung die historischen Erfahrungen der zyklischen Ölpreisschwankungen und agierte, als würden die Ölpreise ewig oberhalb der 100-Dollar-Marke liegen.(...)

In den fetten Jahren hat man die enormen Staatseinnahmen zudem ausgegeben, ohne Reservefonds für schlechtere Jahre anzulegen. Als der Ölpreis schließlich einbrach, geschah das Unvermeidliche: Die Wirtschaft stürzte in eine tiefe und anhaltende **Rezession**, und das politische Projekt des Chavismus begann zu zerfallen. Das Bruttoinlandsprodukt fiel 2014 um 3,9 Prozent, im Folgejahr um 5,7 Prozent. Laut der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL verdoppelten sich die **Staatschulden** zwischen 2008 und 2013. Zudem leidet Venezuela unter der weltweit höchsten Inflationsrate. Im Jahr 2015 betrug sie offiziell 180,9 Prozent, für Lebensmittel und für nicht alkoholische Getränke sogar 315 Prozent. Und diese Zahlen sind mit Sicherheit noch zu niedrig angesetzt. Es gibt keine offiziellen Daten für das laufende Jahr, aber die **Inflation** im ersten Halbjahr lag, vor allem im Lebensmittelbereich, deutlich über diesen Werten.

Die wirtschaftliche Rezession hat zu einer allgemeinen **Unterversorgung** mit Lebensmitteln, Medikamenten und Haushaltsartikeln geführt. (...) Während die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) Venezuela 2013 noch eine «Anerkennung für die außerordentlichen Fortschritte bei der Bekämpfung des Hungers» aussprach, ist das Land nun mit wachsenden Versorgungsschwierigkei-

ten konfrontiert. (...) Im Gesundheitsbereich ist die Lage nicht weniger kritisch. Die Unterversorgung mit Medikamenten, medizinischen Geräten und chirurgischem Material in den Krankenhäusern und Gesundheitszentren ist dramatisch. Das Trinkwasser ist rationiert, was vor allem die arme Bevölkerung trifft. Außerdem herrscht wegen fehlender Ersatzteile wie Batterien und Autoreifen auch eine schwere Krise im öffentlichen Nahverkehr.

Die Regierung weigert sich, in Betracht zu ziehen, dass das Land in einen Notstand gerät, der Hilfe aus dem Ausland nötig macht. Zum einen würde sie damit das Scheitern ihrer Politik anerkennen. Zum anderen will sie aber auch vermeiden, dass die Mechanismen des humanitären Interventionismus in Gang gesetzt werden und die Tür für eine politische oder womöglich militärische Intervention aufgestoßen wird.

In den letzten Jahren hat die Regierung verschiedene Programme zur Verteilung von Nahrungsmitteln ins Leben gerufen, denen aufgrund von Ineffizienz und Korruption nur ein kurzes Leben beschert war. Zudem haben sich all diese Instrumente auf die Verteilung von Gütern beschränkt, ohne sich systematisch mit der Krise der einheimischen Produktion auseinanderzusetzen. Dies alles hat zu einer dramatischen Verschlechterung der Versorgung und zu einem rasanten Verlust der in den Jahren zuvor erreichten sozialen Errungenschaften geführt. Der Verfall der Kaufkraft ist ein generelles Phänomen, das allerdings nicht alle Gruppen der Bevölkerung gleichermaßen trifft. Die Verringerung der Einkommensungleichheit war einer der wichtigsten Erfolge des bolivarianischen Prozesses. Unter dem Verfall der Kaufkraft haben nun aber vor allem diejenigen zu leiden, die von Löhnen, Renten und Pensionen leben. Faktisch wirkt die Wirtschaftspolitik der Regierung wie eine neoliberale Strukturanpassung, die zur Verschlechterung der Lebensbedingungen führt. Der Zahlung der Auslandsschulden wird gegenüber der Befriedigung der

Grundbedürfnisse Vorrang eingeräumt. Dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Vizepräsidenten Miguel Pérez Abad zufolge wird Venezuela seine Importe dieses Jahr deutlich reduzieren, um die Kredite bezahlen zu können.

Basisbewegungen, politische Organisationen und Forschungseinrichtungen haben Vorschläge entwickelt, wie sich finanzielle Mittel mobilisieren ließen, um die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Dazu gehört vor allem die Plattform für ein öffentliches Bürgerhearing (Plataforma de Auditoría Pública y Ciudadana), die eine grundlegende Untersuchung der Korruption vor allem im Zusammenhang mit der Devisenzuteilung durch den Staat an Importunternehmen fordert. Doch die Regierung hat diese Vorschläge zurückgewiesen. Eine Untersuchung der Korruptionsfälle käme dem Öffnen der Büchse der Pandora gleich, da mit großer Wahrscheinlichkeit höchste Zivil- und Militärbeamte sowie Großunternehmer in diese Fälle verwickelt sind.

Die Schwierigkeiten, mit denen die große Mehrheit der Bevölkerung im Alltag konfrontiert ist, haben überall im Land zu Protesten, Straßenblockaden und der Plünderung von Warenlagern, Geschäften und Lkw geführt. Einige dieser Proteste wurden möglicherweise angezettelt, um die Regierung zu destabilisieren. Es steht auch außer Frage, dass im Land paramilitärische Gruppen aktiv sind. Aber das Ausmaß der Proteste verweist doch auch darauf, dass es sich um ein weitverbreitetes soziales Phänomen handelt.

Dazu kommt die Unsicherheit, die von der venezolanischen Bevölkerung viele Jahre lang als Hauptproblem im Land bezeichnet worden ist. Den Vereinten Nationen zufolge hat Venezuela nicht nur die höchste Mordrate Südamerikas, sondern ist auch das einzige Land der Region, in dem die Mordrate seit 1995 beständig gestiegen ist. Auch die Fälle von Selbstjustiz haben zugenommen. Das zeigt uns, in welcher tiefen auch ethischen Krise sich die venezolanische Gesellschaft befindet. -- Quelle: [RLS](#)

Venezuelas Regierung ergreift Maßnahmen gegen den Wirtschaftskrieg

Gespräch mit Jesús Faría, Minister für Außenhandel und internationale Investitionen der Bolivarischen Republik Venezuela
Interview: André Scheer

(...) Die **Wirtschaftskrise** wurde durch den brutalen Verfall der Erdölpreise verursacht, was einen Rückgang unserer Deviseneinnahmen um 50 Prozent verursacht hat. Das ist außerordentlich dramatisch für eine Wirtschaft, die seit mehr als vier Jahrzehnten zu einem hohen Grad von den Erdölexporten abhängig ist. Zum zweiten spielt der **Wirtschaftskrieg** eine entscheidende Rolle, und in dessen Rahmen vor allem die Geldspekulation und die Angriffe auf unsere Währung. An dritter Stelle ist die **strukturelle Krise** zu nennen, die dadurch hervorgerufen wurde, dass unser Wirtschaftsmodell bislang auf den Einnahmen aus dem Erdölexport sowie dem massenhaften Import von Waren des täglichen Bedarfs basiert. In dieser Situation ist es zu einem **Rückgang der Produktion** und zu einem Anwachsen der **Spekulation** gekommen, was zu einer sehr

hohen **Inflation** sowie zu **Versorgungsengpässen** geführt hat. Als Reaktion darauf haben wir Maßnahmen ergriffen, um die Produktion zu fördern und die Spekulation zu stoppen. Mittel- und längerfristig unternehmen wir große Anstrengungen, **unser Land zu industrialisieren und Importe zu ersetzen** sowie die Produktivität unserer Arbeit zu erhöhen.

Der größte Teil der Handels- und Vertriebsketten in Venezuela ist in privater Hand. Plant die Regierung Maßnahmen, um die Abhängigkeit von privaten Unternehmen zurückzudrängen?

Wir haben Gesetze gegen monopolistische Praktiken und um die Spekulation zu verhindern. Diese Gesetze wenden wir an, ohne Rücksicht darauf, wer der jeweilige Eigentümer eines Unternehmens ist. Aktuell führen

wir einen offenen Kampf gegen Kräfte, deren Ziel die Destabilisierung unserer Ökonomie aus politischen Gründen ist. Wir haben deshalb im Februar einen Nationalrat für Produktivität eingerichtet, in dem Repräsentanten der Regierung, Vertreter der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, aber auch Teile des Unternehmertums zusammenkommen. Diese Vertreter des Privatkapitals haben sich verpflichtet, ihren Teil zur Steigerung der Produktivität, zur Verbesserung der Vertriebswege und zur Stabilisierung der Ökonomie beizutragen.

Es ist uns inzwischen gelungen, den Wirtschaftskrieg zu bremsen. Nun sehen wir uns jedoch einem politischen Krieg gegenüber, durch den politische Instabilität geschaffen werden soll und der sich gegen die wirtschaftliche Erholung richtet. – [Jungewelt](#)

Robert Ojurovic IWF knackt Argentinien

Schuldenmachen wieder erlaubt: Präsident Macri buhlt erfolgreich um Geld und Investoren. Nach »Mini-Davos«-Wirtschaftsgipfel ist auch der Fonds wieder da

Am Montag traf nach langer Zeit wieder eine **Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF)** in Buenos Aires ein. Die in Washington ansässige Finanzorganisation unter US-Führung ist jetzt dabei, nach zehn Jahren Eiszeit wieder Zugriff auf die Finanz- und Sozialpolitik Argentinien zu erlangen. Dies markiert einen weiteren Schritt der jetzigen Regierung auf ihrem neoliberalen Kurs und zur Öffnung des Landes für die globalen Finanzmarktakteure.

Bereits eine Woche zuvor hatte eine Tagung von 1.900 Unternehmern und Topmanagern aus 67 Staaten beim ersten **»Argentina Business and Investment Forum«** in Buenos diesen Schritt mit vorbereitet. Argentinien ist zurück »am Tisch mit den Investoren«, war der meistzitierte Satz unter den Beteiligten der Konferenz. Die Regierung um Präsident Mauricio Macri reklamierte dann auch jede Möglichkeit, selbst kleinste positiv klingende Ansätze des dreitägigen »Mini-Davos« (benannt nach dem Weltwirtschaftsforum, das jährlich im Schweizer Kurort tagt) als Bestätigung ihres Kurses. An dem Treffen hatte auch Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel (SPD)** als prominentester ausländischer Politiker teilgenommen.

»Mini-Davos« war ein Treffen der üblichen Verdächtigen. Schultern wurden geklopft, warme Worte ausgetauscht und die Rückkehr des zuvor geschnittenen Landes in die Finanzwelt gefeiert. Argentinien besitze wieder enorme positive Wirtschaftsperspektiven, so unisono Manager von internationalen Unternehmen wie **BP, Dow Chemi-**

cal oder **Siemens**. Der deutsche Industrie-riese verkündete auch sogleich, in den kommenden fünf Jahren fünf Milliarden Euro im Land investieren zu wollen.

Seit Amtsübernahme von Macri hatte die Regierung für den erhofften »Investitionsschub« hart an der **Turboreformschraube** gedreht. Der Devisenmarkt wurde liberalisiert, der einheimische Peso gegenüber dem US-Dollar um 40 Prozent **abgewertet** und mit der **Zahlung von über neun Milliarden US-Dollar an US-Hedgefonds** (die sich einem Schuldenschnitt der Vorgängerregierungen widersetzen, dagegen in den USA geklagt und gewonnen hatten) deren »Vertrauen« und das neuer Geldgeber zurückgewonnen.

Dass Argentinien aktuell in einer zweiten, wirtschaftlich fast aussichtslosen Parallelrealität dahintreibt, wurde von den Experten ausgeblendet oder verschwiegen.

Es herrscht Rezession. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung im Lande von Quartal zu Quartal ist traurige Normalität geworden. Die Arbeitslosenquote liegt bei offiziell 9,5 Prozent, im laufenden Jahr sind nach Regierungsangaben mehr als 100.000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Ein Großteil der Bevölkerung arbeitet im »informellen Sektor«, also in Jobs ohne soziale Absicherung und unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen. Mit den dort zu erzielenden Löhnen können die exorbitanten Preise für Lebensmittel und Energie kaum noch oder gar nicht mehr bezahlt werden. Die Kaufkraft ist gravierend gesunken. Bei der industriellen Produktion verzeichnet das Land einen Einbruch von fast acht Prozent.

Und die Inflationsrate stieg in diesem Jahr bis auf 43 Prozent. (...) In manchen Provinzen sind die Gaskosten der Verbraucher für eine Belieferung im Winter um bis zu 800 Prozent gestiegen. (...)

Und es müssen neue Kredite her. Der jährliche Investitionsbedarf in Energieversorgung, Infrastruktur und Technologie wird auf 110 Milliarden US-Dollar geschätzt. Hauptsächlich deshalb wurden die zuvor abgebrochenen Beziehungen zum IWF wieder aufgenommen. Unter den peronistischen Vorgängerregierungen von Néstor Kirchner und dessen Ehefrau Cristina Fernandez waren diese eingefroren und 2006 abgebrochen worden. Der IWF wurde zum Inbegriff für den angloamerikanischen Kapitalismus, der das Land zugrunde richten wollte.

Es war eine Art Rückeroberung, als am Montag die IWF-Delegation in der Hauptstadt ankam: »Wir bauen die Beziehungen zu Argentinien wieder neu auf«, verkündete der Chef der Abordnung, der Italiener Roberto Cardarelli.

Neben zahlreichen Treffen mit Regierungs- und Wirtschaftsvertretern, Ökonomen und Gewerkschaftern, werden bei dem zehntägigen Besuch auch die aktuellen Staatsfinanzen einer genaueren Begutachtung unterzogen. Ziel des IWF ist es, eine umfassende Einstufung der Kreditfähigkeit des Landes vorzunehmen. Macris Leute erwartet ein positives Resultat: Das Durchsetzen neoliberaler Konzepte auf Kosten von Mangelwirtschaft und Preisexplosion sollte den IWF-Geldhahn öffnen.

<http://www.jungewelt.de/2016/09-23/040.php>

Welcher Frieden in Kolumbien?



Labournet: Am Montag, 29. August 2016, um 0 Uhr verkündete die FARC (Bewaffnete Revolutionäre Kräfte Kolumbiens) die Niederlegung der Waffen. Das Abkommen mit der kolumbianischen Regierung ist in Kraft, das Referendum findet am 2. Oktober statt. Sowohl die andere Guerillaorganisation im Lande, die ELN, als auch Frauenorganisationen, indigene Verbände und zahlreiche soziale Bewegungen, die Gewerkschaften eingeschlossen, begrüßen dieses Ergebnis der Verhandlungen – unterstreichen aber zur selben Zeit Mängel, offene Fragen und soziale Bedingungen eines wirklichen Friedens nach so langen Jahren Bürgerkrieg. Faschistische Mörderbanden morden weiter und die radikale Rechte um den

Expräsidenten Uribe macht Front gegen das Abkommen. Historische Erfahrungen aus den 90er Jahren nährten Skepsis.

[Materialsammlung vom 30. August 2016](#) „Welcher Frieden in Kolumbien?“

Hector Perla Fünf Lektionen aus Zentralamerika für den kolumbianischen Friedensprozess

Wenn Kolumbien nicht aus den Erfahrungen Zentralamerikas lernt, wird es im Sumpf aus struktureller Armut, Gewalt und Korruption versinken

El Salvador beging am 16. Januar den 24. Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrags, der den Bürgerkrieg im Land beendete. Am 29. Dezember dieses Jahres wird Guatemala 20 Jahre Friedensvereinbarungen feiern, während Nicaragua am 26. Juni den 26. Jahrestag seit dem Ende des Contra-Krieges begehen wird. Wenn man nach vorn schaut, kann man aus den Erfahrungen Zentralamerikas zu Lektionen kommen, die helfen, die Qualität der Nachkriegsära zu verbessern, die wahrscheinlich bald auf Kolumbien zukommt. Angesichts des stetigen Fortschritts hin zu einer Friedensregelung zwischen den Farc und der kolumbianischen Regierung in den vergangenen Jahren ist es wichtig, dass wir auf die Lehren zurückblicken, welche die zentralamerikanischen Friedensprozesse für die südamerikanische Bevölkerung bereithalten. Die meisten Beobachter haben darauf fokussiert, welche Lektionen gesammelt werden konnten, um die Vereinbarungen selbst zu verbessern. Aber die wichtigsten Lehren sind nicht darin zu sehen, wie bewaffnete Konflikte besser zu beenden sind, sondern vielmehr darin, wie der Frieden nach dem Bürgerkrieg verbessert werden kann.

Von den drei oben erwähnten Konflikten ist der Bürgerkrieg in El Salvador der gegenwärtigen Situation in Kolumbien am ähnlichsten. Deshalb werde ich Lehren hauptsächlich mit diesem Bezug beschreiben und Beispiele aus den anderen beiden Fällen ebenso einschließen. Es sind besonders fünf wichtige Lektionen, die das Ende bewaffneter Konflikte in Zentralamerika für die Zukunft und die Qualität des Friedens nach dem Krieg in Kolumbien bereithält.

1. Frieden beendet die Armut nicht

Erstens, egal wie gut eine Friedensvereinbarung ausgearbeitet wurde, es ist keine Garantie dafür, dass Armut beseitigt wird oder auch nur zurückgeht; nur eine richtige Regierungspolitik bewirkt das. Ebenso beseitigt Demokratie nicht automatisch Ungleichheit. Das wird durch die Geschehnisse während der 1990er und den frühen 2000er Jahren in allen drei zentralamerikanischen Nationen nach dem Friedensschluss untermauert. Während rechtslastige Regierungen Neoliberalismus einführten und ihre Volkswirtschaften entlang der Richtlinien des orthodoxen Glaubens an den freien Markt rekonstruierten, wurde keines dieser beiden Probleme gelöst. Zwar führte das Wirtschaftswachstum nach dem Krieg zu einer gewissen Verringerung der Armut in diesen Ländern, tatsächlich war aber viel von diesem Rückgang auf die schnelle Steigerung von Rücküberweisungen durch salvadorianische und guatemalteckische Einwanderer in den USA zurückzuführen.

Unterdessen wirkte die Ungleichheit weiterhin katastrophal auf eine Region, die ohnehin bekanntlich eine der Regionen mit der ungerechtesten Verteilung auf der Welt ist. In diesem Sinne ist Kolumbien Zentralamerika viel ähnlicher als vielen der südamerikanischen Länder der Anden oder des Cono Sur. Nach Angaben der Weltbank war Kolumbien 2012 auf dem achten Rang der Staaten mit der größten Ungleichheit auf der Welt (Honduras Rang fünf und Guatemala zehn), gemessen am GINI-Koeffizient. Wenn dieser sozioökonomische Ausschluss sich in Kolumbien nach dem Konflikt fortsetzt, wird das Land wahrscheinlich die gleichen Drogen- und Kriminalitätsprobleme bekommen, wie sie die Län-

der des nördlichen Dreiecks Zentralamerikas erfahren mussten. Im Speziellen verfügt Kolumbien wie Zentralamerika über einen großen Anteil der Bevölkerung, die bereits gefährdet ist (Arme in den Städten, landlose Bauern, schwarze und indigene Gemeinden, interne Vertriebene) in Hinblick auf gewaltsame Vertreibung und Kriminalität (entweder als Täter oder Opfer). In einem USAID-Bericht heißt es: "Kolumbien hat eine der höchsten Raten der internen Vertreibung weltweit. Es gibt über drei Millionen offiziell registrierte Binnenflüchtlinge, wobei humanitäre Organisationen die tatsächliche Zahl auf fünf Millionen schätzen."

Dazu kommt, dass das hohe Level der Gewalt und Brutalität im internen Konflikt Kolumbiens den Bürgerkriegen in Guatemala und El Salvador viel ähnlicher war als dem Konflikt auf einem niedrigeren Level in Nicaragua, und er dauert viel länger. So wie der Terror von Killerkommandos gegen arme Viertel in Zentralamerika, säte die Gewalt der Paramilitärs gegen Aktivisten und Anführer von Basisgemeinschaften in Kolumbien Angst und zerstörte zivilgesellschaftliche Netzwerke, die eine Lücke in der Nachkriegsphase hinterlassen, die am wahrscheinlichsten von Kriminellen gefüllt werden wird. Solange nicht ein gut durchdachter Prozess einer regierungsfinanzierten Wiederherstellung von zivilen Gemeinschaften kultiviert wird, wie in Nicaragua durch FSLN-unterstützten "Räte für Bürgermacht" (Consejos de Poder Ciudadanos), werden wohl Angst und Misstrauen, die in den Jahren des bewaffneten Konflikts erzeugt wurden, und die Verfolgung zivilgesellschaftlicher Akteure weitergehen und den fruchtbaren Boden bereiten, auf dem Kriminelle rekrutieren und das Vakuum füllen können.

2. Vorsicht vor strukturellen Änderungen, die fortschrittliche Reformen ausschließen

Eine der hinterhältigsten Strategien, die rechtslastige Parteien in Zentralamerika anwendeten, um ihre Macht im Gefolge des Friedensprozesses Länder zu sichern, beinhaltete das Setzen eines rechtlichen Rahmens. Im unmittelbaren Nachgang der Friedensvereinbarungen verfügten diese Parteien über weit überlegene Mehrheiten in den zentralamerikanischen Parlamenten und so konnten sie Gesetze mit erheblichen Auswirkungen verabschieden, welche die Richtung änderten, in der sich ihre Länder bewegten. Manchmal indem sie praktisch die üblichen neoliberalen Reformen gegen Änderungen immunisierten, so dass linke "Super-Mehrheiten" nötig sind, um sie zu ändern.

In **El Salvador** ist ein klassisches Beispiel das "Amnestiegesetz", das vom Parlament verabschiedet wurde, kurz nach dem die Friedensvereinbarungen unterschrieben wurden. Grob gesagt verhinderte es, dass irgendjemand für krasse Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung gezogen oder für seine Straftaten vor Gericht gestellt wird. Das hatte Straffreiheit sogar für die entsetzlichsten Menschenrechtsverletzungen, die während des Bürgerkriegs begangen wurden, zur Folge.

Nachdem dann die ersten Wahlen abgehalten waren und die Abgeordneten der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zum ersten Mal Sitze im Parlament einnahmen, manövierten die Rechten weiterhin zu ihrem Vorteil, während die Linken erste tapsige Schritte bei Seegang auf dem Deck der institutionellen Politik gingen. Bei der allerersten Wahl zum Parlament mit voller Beteiligung der FMLN liefen sieben ihrer 21 Abgeordneten zu Mehrheitsparteien über. Diese Überläufer ermöglichten es Arena, den Neoliberalismus in die salvadorianische Volkswirtschaft einzuramen mit dem, was als "Pacto de San Andres" bekannt wurde. Diese Reformen beinhalteten die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Einführung und spätere Anhebung der Mehrwertsteuer und die Abschaffung von Schutzzöllen auf Importgüter. Noch tragischer für El Salvador war, dass die Arena-Regierung unter Francisco Flores es schaffte, mit genügend Parlamentarierstimmen die nationale Währung loszuwerden und die Wirtschaft des Landes zu dollarisieren. Als Ergebnis hat die salvadorianische Regierung keinerlei Kontrolle über ihre eigene Geldpolitik, mit der sie die nationale wirtschaftliche Situation verbessern könnte.

Leider hat ein ähnlicher Prozess in Kolumbien bereits begonnen. Zum Beispiel trat das **US-amerikanisch-kolumbianische Freihandelsgesetz** (Colombia Trade Promotion Agreement) im Mai 2012 in Kraft. Die Vereinbarung zwingt Kolumbien zur

Senkung seiner Zölle für die nächsten zehn Jahre und schafft für die Zeit danach nahezu alle Zölle ab. Dies geschah offensichtlich ohne Beteiligung der Farc und wird unglaublich schwer rückgängig zu machen sein - selbst wenn der Friedensvertrag unterschrieben wird, die Farc bei den Wahlen gut abschneiden, oder selbst wenn sie tatsächlich bei den Präsidentschaftswahlen erfolgreich sind. Im Grunde sind die kolumbianischen Eliten bereit, den Friedensvertrag zu unterschreiben, weil sie glauben, dass sie bereits die Hände jedweder künftigen Regierung gebunden haben, insbesondere in Bezug auf das, was ihnen am wichtigsten ist: die Struktur und Ausrichtung der kolumbianischen Wirtschaft.

Genauso hat die neoliberale Politik der Regierung die bereits abscheuliche Konzentration von fruchtbarem Land in ländlichen Gegenden verschärft. Usaid berichtet, dass *„die Landverteilung in Kolumbien höchst ungleich ist, wobei geschätzte 0,4 Prozent der Bevölkerung 62 Prozent des besten Bodens im Land besitzen ... Ungleiche Landverteilung wurde weiter durch steuerliche Anreize und staatliche Subventionen gefördert, welche die Wohlhabenden ermuntern, landwirtschaftliche Nutzfläche zu behalten, selbst wenn sie sie nicht nutzbar machen. Landwirtschaftlicher Grund wird auch als Mittel zur Geldwäsche im Drogengeschäft angekauft und gehalten. Anreize, Agrarland zu behalten, haben zu hohen Grundstückspreisen ohne Bezug zum landwirtschaftlichen Wert beigetragen ... Von den frühen 80er Jahren bis zum Jahr 2000 machten sich bewaffnete Gruppen ungefähr 4,5 Millionen Hektar Land oder grob 50 Prozent des fruchtbarsten Bodens des Landes zu eigen.“*

Das Rückgängigmachen dieser politischen Maßnahmen und die Zurückgewinnung von Land für Gemeinschaften Binnenvertriebener wird eine unglaubliche Herausforderung in der Zeit nach dem Konflikt sein. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die durch den bewaffneten Konflikt in die Großstädte vertriebene ländliche Bevölkerung ohne deutliche staatliche Anreize zurückkehrt in ihre Heimat. Aber dies stellt auch einen Bereich mit großem Potential für politische Organisation und Mobilisierung um Themen herum dar, bei denen die Farc und mit ihnen sympathisierende ländliche soziale Bewegungen historisch stark waren.

3. Demokratie eint keine polarisierte Gesellschaft oder beseitigt Korruption

Eine weitere klare Lektion aus dem Ende der zentralamerikanischen Konflikte ist, dass sowohl politische Polarisierung als auch Korruption mit großer Wahrscheinlichkeit in der Nachkriegsära überdauern. Darüber hinaus wird der Mythos einer freien Presse als Verteidiger der Demokratie entzaubert, sobald oligarchische Medien-

konglomerate ihre riesigen Reserven gegen die Farc nutzen, selbst in ihrer legalen politischen Form. In El Salvador führten die **Mainstream-Medien** kontinuierlich Attacken gegen die FMLN seit ihrer Umformung von einer Guerilla-Armee zu einer politischen Partei durch. Aber in den ersten Jahren nach der Friedensvereinbarung gab es mehr direkte Angriffe gegen die FMLN in Form von Tötungen von Anführern der Partei (Kommandant Mario Lopez) und Militanten (einschließlich Jugendaktivisten, wie mein Freund Josue Franco) und Mordversuche gegen andere (Kommandantin Nidia Diaz). In den nachfolgenden Jahren war die FMLN mit gut finanzierten nationalen und internationalen Angstkampagnen konfrontiert, welche die Unterstützung solcher internationaler Figuren wie Jeb Bush, Elliot Abrams, Otto Reich und der republikanischen Kongressabgeordneten Tom Tancredo (Colorado), Ileana Ros-Lehtinen (Florida) und Lincoln Diaz-Balart (Florida) einschloss. Im Jahr 2004 (und wieder 2009, mit viel weniger Erfolg) begann die salvadorianische Presse, Nachrichten zu verbreiten, welche die Drohungen dieser Republikaner ausschmückten. Im Grunde war ihre Botschaft *„eine Warnung an die salvadorianischen Wähler, dass ein Sieg der linken Oppositionspartei FMLN dazu führen würde, dass ihre Verwandten in den USA abgeschoben werden und ihre Rücküberweisungen abgeschnitten werden“* und sogar, dass das Land politisch und ökonomisch isoliert werden würde wie Kuba. Diese Kampagne machte einen ungeheuren Eindruck auf dem Höhepunkt des Wahlkampfs und der Kandidat der FMLN, der ehemalige Guerilla-Kommandant Schafick Hándal, wurde trotz einer frühen Führung in den Umfragen noch geschlagen. Der Effekt der **Furchtkampagne** war daran zu sehen, dass verängstigte Wähler massiv zu den Urnen strömten. Dadurch verlor Hándal mit einem Rückstand von über zehn Prozent, obwohl er zweimal so viele Stimmen bekam wie der vorhergehende Gewinner der Präsidentschaftswahl.

Als die FMLN schließlich die Präsidentschaftswahl 2009 für sich entschied, erbt sie einen nahezu bankrotten Staat mit riesigen Schulden, unvollendeten Infrastrukturprojekten und nur wenigen Einnahmequellen.

4. Das Ende des Krieges bedeutet nicht das Ende der Gewalt

Eine der grausamsten Lehren der Nachkriegsära in Zentralamerika ist, dass das Beenden der bewaffneten Konflikte nicht heißt, dass das Land zum Frieden zurückkehrt. Tragischerweise haben die Levels der Gewalt im nördlichen Dreieck Zentralamerikas (Guatemala, Honduras, El Salvador) pandemische Ausmaße angenommen. Die Mordraten dieser drei Länder sind dauernd unter den höchsten in der Welt, dabei bei

den pro-Kopf-Raten oft noch vor Ländern, die im Krieg sind. Verschiedene Faktoren kommen zusammen, die diesen schrecklichen Trend erklären können, aber einer der fundamentalsten ist die Wirklichkeit, die alle Post-Konflikt-Länder teilen: Generationen junger Menschen (zumeist Männer), die nichts anderes als Krieg erlebten, geschult und befähigt zum Töten. Wenn das kombiniert wird mit der fehlenden Möglichkeit, in einer neoliberalisierten Wirtschaft legal wirtschaftlich erfolgreich zu sein und mit der starken Gegenwart eines hochprofitablen, illegalen Kokain-basierten Geschäfts (Herstellung und Handel), der Verbreitung von Waffen und dem US-finanzierten "Drogenkrieg", entsteht eine tickende Zeitbombe.

Leider ist diese in Zentralamerika bereits explodiert, da sich das kurze Zeitfenster, um ihre verheerenden Auswirkungen in der Nachkriegszeit zu verhindern, am Anfang des neuen Jahrtausends schnell schloss.

Kolumbien ist nicht anders.

Es sieht sich vor denselben Herausforderungen, die Zentralamerika hatte. Seine Vorteile liegen in einer breiter gefächerten Wirtschaft und größeren wirtschaftlichen Ressourcen, um diese Probleme angehen zu können. Aber sogar in Zentralamerika war ein Mangel an Ressourcen nie wirklich die ganze Wahrheit. Vielmehr ging es immer um einen Mangel an politischem Willen, etwas vom Reichtum, den diese Gesellschaften durch ihre üppigen Quellen erlangen, zum Nutzen für die historisch ausgeschlossenen, marginalisierten und verletzlichen Bevölkerungsschichten umzuverteilen. Unmittelbar nach dem Konflikt muss Kolumbien seine Wirtschaft umstrukturieren, um sicherzustellen, dass der Staat Mittel in die Kriminalitätsvorbeugung investiert statt in Bestrafung, in die Wiedereingliederung von früheren Straftätern statt in Repression Kriminalität, in die Jugend, nicht in das Wegsperrn von Gang-Mitgliedern und in allgemeine Bildung statt dem systematischen Ausschließen von Gesellschaftsschichten.

Wie die **FMLN-Regierung in El Salvador** in ihrer Amtszeit feststellte, ist die Kurskorrektur eines Schiffes aus 20 Jahren neoliberalen Versäumnis eine Herkules-Aufgabe, besonders ohne auch nur eine einfache Mehrheit im Parlament zu haben. Mehr noch, die gegenwärtige Regierung Sánchez Cerén sieht sich der zähen Opposition eines konservativen Obersten Gerichtshofs gegenüber, der einige ihrer Staatseinnahmen generierenden fortschrittlichen Steuerreformen widerrief, die gemacht wurden, um Sozialausgaben zur Verbesserung der Bildung, des Gesundheitssektors und der Kriminalitätsprävention zu finanzieren.

In der Zwischenzeit starteten die Rechten – darunter die Arena-Partei, die salvadorianische Stiftung für soziale und wirtschaftliche Entwicklung (Fusades), ein wichtiger

rechtsgerichteter Think-Tank, die nationale Vereinigung der Privatunternehmen (Anep) und Medienkonzerne – eine Destabilisierungskampagne gegen die FMLN-Regierung. Dazu gehört es, Sündenböcke zu benennen; künstliche Sensationen zu erzeugen; die Macht von Straßenbanden absichtlich zu übertreiben, um die Regierung inkompetent erscheinen zu lassen; die Ablenkung von organisierter Kriminalität und Mafiakartellen mit Verbindungen zu den Rechten; und das Anfachen von Angst im einfachen Volk, um Unterstützung für ein militärisches Vorgehen gegen arme Jugendliche mit Verwicklungen in Gangs zu bekommen. Der Oberste Gerichtshof von El Salvador ging so weit, die Gangs rechtlich als terroristische Vereinigungen einzustufen.

Wahrscheinlich erwartet Kolumbien ein ähnliches Phänomen. Tatsächlich läuft dieser Prozess bereits mit den **berühmten Bacrim (kriminelle Banden)**, die nach der Demobilisierung von paramilitärischen Truppen entstanden. Während die Paramilitärs oft dafür bekannt waren, Bündnispartner zu sein und mit der staatlichen kolumbianischen Armee und Polizei zusammenzuarbeiten, zumindest stillschweigend, nutzte die Regierung von Álvaro Uribe das Bacrim-Markenzeichen, um den Eindruck zu erwecken, dass sie nicht paramilitärisch oder verbunden mit staatlichen Sicherheitskräften sind. Aber auch wenn dieser Ausdruck jetzt benutzt wird, um alle bewaffneten Akteure in Kolumbien außer den Guerrilleros zu bezeichnen, haben fast alle Bacrim ihren Ursprung in paramilitärischen Organisationen. Trotzdem werden die Verbindungen zu staatlichen bewaffneten Kräften und Interessen der mächtigen Elite zunehmend vertuscht, so dass es den Oligarchen möglich ist, ihre Hände von kriminellen Machenschaften rein zu waschen.

5. Die Vereinigten Staaten finanzierten die Kriege, aber nicht den Frieden

Schließlich ist eine der traurigsten und ungerechtesten Tragödien der Nachkriegsära Zentralamerikas die Rolle der US-Außenpolitik. Während die Reagan- und Bush-Regierungen Milliarden Dollars in die Finanzierung von Kriegen auf dem Isthmus pumpeten, reduzierten die Clinton- und die (zweite) Bush-Regierung nach dem Friedensschluss drastisch den Umfang der Finanzhilfe, die in Frieden, Wiederaufbau und Demokratisierung floss. Ähnlich war die Obama-Regierung extrem langsam damit, zu helfen und es dauerte bis zur zentralamerikanischen Kinderflüchtlingskrise, die ihm keine andere Wahl ließ, dass er die Alliance for Prosperity gründete, auch wenn es an diesem Vorhaben vieles zu kritisieren gibt. Ein großer Teil der Finanzhilfen für Zen-

tralamerika ging an die "Zentralamerikanische Sicherheitsinitiative", ein Antidrogen-Trainingsprogramm für Polizei und Militär, das den "Drogenkrieg" auf Zentralamerika ausweitete.

Darüber hinaus gießen die zunehmenden **Abschiebungskampagnen Obamas** gegen zentralamerikanische Einwandererfamilien weiteres Öl ins Feuer. Nicht nur, dass die Regierung diese Familien zurück in die Gefahr schickt, sie reduziert auch die Höhe der dringend benötigten Geldüberweisungen und beraubt viele der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Aber das ist nichts Neues.

Zwar hat die Obama-Regierung die Rekordmarke für Abschiebungen gesetzt, aber alle US-Regierungen haben während der 1990er und 2000er Jahre stetig Massenabschiebungen von Zentralamerikanern durchgeführt, einschließlich der Abschiebung von ehemals inhaftierten Jugendlichen und Gangmitgliedern.

Tragischerweise bezahlen wir mit der Ausbreitung von Jugend-Gangs über ganz Zentralamerika den Preis für diese falsche Politik. Viele der jungen Männer, die seit Mitte der 1990er Jahre abgeschoben wurden, verbrachten fast ihr ganzes Leben in den USA, seit sie von ihren Eltern auf der Flucht vor dem Krieg dorthin gebracht wurden. Während sie in US-Innenstädten auf dem Höhepunkt der Crack-Epidemie aufwuchsen, neigten viele zu Gangs und Drogenhandel und wurden tatsächlich inhaftiert. Viele wurden ohne Spanischkenntnis abgeschoben, ohne Erinnerungen an ihre Heimatländer, kaum oder gar keine Familieneingehörigen, von denen sie bei der Ankunft Hilfe erwarten konnten und landeten in Staaten, die reif waren für das Gedeihen einer Gangsterkultur unter einer marginalisierten und unzufriedenen Generation mit geringen wirtschaftlichen und Lebensperspektiven.

Zum Unglück für Kolumbien sind die meisten der Umstände, die Zentralamerika in der Nachkriegsperiode plagten, auch in der südamerikanischen Nation präsent. Diese Probleme werfen einen langen, spukenden Schatten auf die Friedensaussichten – zumindest auf einen Frieden, der auch zu einer signifikanten Verbesserung der Lebensqualität der Kolumbianer führt.

Zugleich gibt es nur ganz wenige Anzeichen, dass die Rolle der US-Regierung im Fall von Kolumbien anders sein wird als in Zentralamerika.

*Der Autor Hector Perla ist Politikwissenschaftler und unterrichtet Lateinamerikanistik an der University of California
Veröffentlichung von [Amerika21](#)*

Dario Azzellini :
Paramilitarismus in Kolumbien –
Der illegale bewaffnete Arm der Eliten
und des Kapitals

Ecuadors Außenminister Guillaume Long Ein Drittel der ecuadorianischen Wirtschaft befindet sich in Steueroasen

Gespräch mit dem lateinamerikanischen Fernsehsender Telesur über den Kampf gegen Steuerparadiese

In den vergangenen zwei Jahren sind laut Schätzungen mehr als drei Milliarden US-Dollar von Ecuador in Richtung Steuerparadiese geflossen. Das ist für den normalen Bürger eine sehr hohe Summe, aber was bedeutet sie für ein Land wie das Ihre?

Das Geld, das allein in den letzten zwei Jahren in diese Steuerparadiese ging, ist genug für die Finanzierung des kompletten Aufbaus der vom jüngsten Erben stark betroffenen Gebiete. Hunderte starben und bis heute wohnen noch 20.000 Personen in Notunterkünften. Die Steuern auf diese Finanzmittel würden uns helfen, erdbebenfeste Wohnungen und Schulen aufzubauen, die an der Küste so dringend gebraucht werden. Aber das gesamte Ausmaß dieses in Steuerparadiesen verlorenen Geldes ist noch wesentlich größer: Man schätzt, dass ein Drittel der ecuadorianischen Wirtschaft – 30 Milliarden US-Dollar – sich an diesen Orten befindet.

In jüngster Vergangenheit hat Ecuador sich verändert. Wir sind gegen die Armut vorgegangen, haben die Ungleichheit drastisch reduziert und die Infrastruktur wurde modernisiert, wie zum Beispiel mit dem Ausbau des Straßennetzes und der erneuerbaren Energien durch ein staatliches Investitionsprogramm. Es bleibt immer noch viel zu tun und diese Milliarden von in Steuerparadiesen vorenthaltenen Dollars könnten bei der Entwicklung unseres Landes genutzt werden. Wenn dieses Geld nach Ecuador zurück käme, könnten das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätze angeregt werden. Das Investitionsniveau stiege an und die größere Menge erhobener Steuern würde uns helfen, mehr Wohnungen und Krankenhäuser zu bauen.

Wir glauben, dass Ecuador, um wirklich den Teufelskreis aus Armut und Unterentwicklung zu durchbrechen, sich in Richtung einer Wirtschaft mit höherer Wertschöpfung, des Wissens und der Hochtechnologie bewegen muss, um die Produktion von Rohstoffen hinter uns zu lassen, die von sensiblen Exporten abhängen, wie es beim Erdöl der Fall ist. Die Ressourcen aus den Steuerparadiesen könnten besser für eine Transformation Ecuadors und des Lebens der Mehrheit der Ecuadorianer genutzt werden, statt der Bereicherung einiger Weniger zu dienen.

Inwieweit könnte diese Politik bezüglich der Steuerparadiese noch dabei helfen, andere Probleme des Kontinents zu lösen wie Geldwäsche, Drogenhandel oder staatliche Korruption?

Sicher ist, dass die Steuerparadiese zu einem bestimmten Teil mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung stehen und drastische Maßnahmen gegen sie könnten diese Aktivitäten erschweren. Dies kann für Lateinamerika und den Rest der Welt sehr gut sein.

Natürlich werden Steuerparadiese auch für Aktivitäten genutzt, die als legal angesehen werden, die aber auf einem Kontinent mit der größten Ungleichheit ganz klar unmoralisch sind. Wir bringen also eine Diskussion darüber in Gang, was legal ist oder sein sollte: Dies ist eine Diskussion über Ethik: Welche Werte stehen im Zentrum der Gesellschaft, die wir versuchen für das Lateinamerika von heute aufzubauen?

Mehr als 30 Millionen Menschen in der Region könnten aus der Armut heraus kommen, wenn dieser Reichtum, der sich aktuell in den Steuerparadiesen befindet, angemessen besteuert würde. Das ist das ethische Dilemma, dem wir uns stellen: ein Kampf gegen die Armut - oder das Recht einer reichen Elite, Wege zu finden, sich noch mehr zu bereichern.

Es ist eine Schande dass Lateinamerika immer noch der Kontinent mit der größten Ungleichheit auf der Welt ist. Wie bekämpfen wir diese Situation? Es ist aus unseren Erfahrungen mit den verlorenen Jahrzehnten der 80er und 90er-Jahre eindeutig klar, dass der Neoliberalismus für unseren Kontinent nichts anzubieten hat. Alle unsere Ernungenschaften haben gezeigt, dass es notwendig ist, Regeln zu haben, die den Markt kontrollieren und sicherstellen, dass die Wirtschaft für die Mehrheit der Bevölkerung funktioniert. Die Steuerparadiese spielen das Gegenteil davon wider, es ist der Kapitalismus des freien Marktes in seiner schonungslosesten Form, der nur einer kleinen Elite zugute kommt.

Präsident Correa hat kürzlich in einem Interview mit Telesur gesagt, dass er ein Referendum vorschlägt, um diejenigen von öffentlichen Ämtern auszuschließen, die Vermögen in Steuerparadiesen haben. Wie soll die Umsetzung dieser Maßnahme aussehen und wie viele Personen könnte sie betreffen?

Der Vorschlag ist sehr einfach: Wir werden ein Referendum parallel zu den im kommenden Jahr stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben. Wenn die Bevölkerung zustimmt, wäre es Politikern und öffentlichen Angestellten untersagt, ihr Vermögen in Steuerparadiesen zu haben. Für die, die ein öffentliches Amt

innehaben, wird es eine Frist von einem Jahr ab dem Zeitpunkt des Referendums geben, um das Geld zurück ins Land zu bringen.

Jeder kann sich für die Wahlen 2017 als Kandidat aufstellen lassen. Unsere Absicht ist es nicht, Kandidaten auszuschließen, die im Moment ihr Geld in Steuerparadiesen haben, sie haben ein ganzes Jahr Zeit, das Geld zurückzubringen. Wir wissen nicht, wie viele Politiker davon betroffen wären. Jedoch ist seit der Veröffentlichung der Panama Papers deutlich geworden, dass eine beträchtliche Anzahl von mächtigen Politikern der Rechten in Ecuador mit diesem Skandal in Verbindung gebracht wurden. Und vielleicht haben sie sich deshalb so feindselig gegenüber der geplanten Maßnahme gezeigt, wie es bei vielen Parteien der Rechten zu sehen war.

Aber diese Kampagne sollte auch in einem weitergehenden Zusammenhang gesehen werden: Es ist ein Versuch Ecuadors, eine globale Debatte über die Abschaffung der Steuerparadiese zu initiieren. Die Panama Papers haben das Thema in die öffentliche Diskussion gebracht und viele Politiker haben ihren Unmut darüber gezeigt. Jetzt brauchen wir Politiker, die eine Führungsrolle mit konkreten Aktionen übernehmen und nicht nur reden.

Kerstin Sack: Weltsozialforum begrüßt Vorschlag Ecuadors zur Bekämpfung der Steuerparadiese

Eine der thematischen Achsen des WSF beschäftigte sich mit Finanzparadiesen und Steuerermeidung. **Ein globaler Aktionstag dagegen am 3. April wurde beschlossen.**

Das südamerikanische Land wird seinen Vorschlag zu deren Bekämpfung im September bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen einbringen. Außerdem soll es in Ecuador einen "Ethischen Pakt" geben, der gewählten Politikern sowie öffentlichen Angestellten verbietet, Kapital in Steueroasen zu haben. Alain Denault, Steuerexperte der Universität Quebec sagte: „Der radikale Vorschlag von Rafael Correa, sowohl von Seiten der Regierung als auch durch die Initiative eines Referendums ermöglicht es, die lauwarmen Versprechungen einiger westlicher Politiker zu entlarven.“ Cuca Hernández (Attac Spanien) oder der portugiesische Intellektuelle Boaventura de Sousa Santos begrüßten die Initiativen. Hernández wies besonders darauf hin, dass eine solche Regulierung wie beim Ethischen Pakt auch in Europa gut wäre, denn es könne nicht angehen, dass Verantwortliche im Öffentlichen Dienst ihr Vermögen in Steuerparadiesen hätten und damit der Gesellschaft Geld vorzuenthalten. (...) [mehr](#)

Philipp Zimmermann

US-Gericht spricht Ölkonzern Chevron von Zahlung für Umweltverschmutzung frei

In den Jahren 1964-1992 waren 71 Millionen Liter Erdöl und 64 Millionen Liter Rohöl auf mehr als zwei Millionen Hektar im ecuadorianischen Amazonas-Regenwald ausgelaufen. Chevron, damals noch Texaco, wurde dafür 2011 nach neunjährigen Verhandlungen von einem Gerichtshof Ecuadors zur Zahlung von 9,5 Milliarden Dollar verurteilt. Das Urteil wurde im vergangenen Jahr vom Obersten Gerichtshof Ecuadors bestätigt. Statt zu zahlen hat der Ölkonzern nun seinerseits das Land Ecuador vor dem Schiedsgerichtshof in Den Haag verklagt, um die Kosten der angerichteten Umwelterstörung auf die Bevölkerung Ecuadors abzuwälzen.

Der Ölkonzern verfügte bereits damals über eine patentierte Technologie, die die Umweltschäden bei der Ölförderung deutlich verringert, wendete diese aber nur bei der Förderung in den USA an, um die Profite in Lateinamerika nicht zu gefährden. In der Folge ist das Trinkwasser im betroffenen Amazonas-Gebiet so vergiftet, dass es das Leben der indigenen Bevölkerung akut bedroht. ([Verdi](#), 2014, über den Ersten Internationalen Anti-Chevron-Tag am 21. Mai 2014)



"Chevron-Texaco will das ecuadorianische Volk für seine Verschmutzung zahlen lassen" - Broschüre des ecuadorianischen Außenministeriums

New York. Ein US-Berufungsgericht hat unlängst ein Urteil zugunsten des Ölkonzerns Chevron im Streit mit dem Staat Ecuador

gefällt. Damit muss das Unternehmen vorerst nicht für die massive Verschmutzung in Ecuadors Regenwald aufkommen.

Der Rechtsstreit zwischen Ecuador und Chevron zieht sich schon über Jahre hin. 2013 hatte das Oberste Gericht des südamerikanischen Landes den Ölmulti zu einer Zahlung von 9,5 Milliarden US-Dollar verurteilt. (...)

Die Schäden im Regenwald sind auch über zwei Jahrzehnte nach dem Rückzug des Unternehmens aus Ecuador beträchtlich. 60 Milliarden Liter giftiges Wasser wurden in Flüsse abgeleitet, Hunderte mit Rohöl verseuchte offene Abfallgruben zurückgelassen.

Aufgrund einer Sammelklage von Betroffenen entschied das Oberste Gericht Ecuadors, Chevron müsse für die Beseitigung der Schäden aufkommen und Schadenersatz zahlen. Es erklärte damit eine Vereinbarung von 1998 zwischen Ecuadors damaliger Regierung und Chevron für ungültig, mit der das Unternehmen von jeglicher Verantwortung freigesprochen wurde.

Das jetzige Urteil des Berufungsgerichts in Manhattan bedeutet, dass das ecuadoriani-

sche Urteil in den USA nicht vollzogen werden kann. Damit schützen die Richter Chevron vor einem allfälligen Zugriff auf seine Vermögenswerte. Da der Konzern nicht mehr in Ecuador operiert, haben die Anwälte der Geschädigten bereits mehrfach versucht, in anderen Ländern die Konfiszierung von Chevron-Vermögenswerten zu erreichen.

Ecuadors Präsident Rafael Correa geht derzeit hart mit dem US-Konzern ins Gericht. Chevron sei „eine korrupte Firma“ und habe in Ecuador Verbrechen begangen, sagte er vor einigen Tagen gegenüber dem lateinamerikanischen Fernsehsender Telesur. Correa ist ein vehementer Fürsprecher der internationalen Kampagne "Die schmutzigen Hände von Chevron", die das Unternehmen für Umweltschäden zur Rechenschaft ziehen will.

<https://amerika21.de/2016/08/157823/us-gericht-chevron-ecuador>

Karte der Umweltschäden, die Chevron in mehreren Ländern verursacht hat:

<http://ejatlas.org/featured/chevronconflicts>

Viele Reportagen und Videos:

<http://www.antichevron.ca/>

Hedelberto López Blanch

Ecuador: Chevron und die Gefahren der TPP

31. Juli 2016 - Die Regierung von Ecuador hat die vom Obersten Gericht der USA verhängte Strafe von 96 Millionen US-Dollar plus Zinsen beglichen. Grundlage der Anklage war der Vorwurf der "juristischen Verschleppung" in sechs Handelsverfahren von Chevron gegen den Staat Ecuador und damit ein Verstoß gegen das bestehende Investitionsschutzabkommen. Ecuador hat in den vergangenen Prozessen immer wieder ohne Erfolg darauf hingewiesen, dass der bilaterale Freihandelsvertrag erst 1997, also nach den Verfahren zwischen 1964 und 1992, in Kraft trat. Die Gerichte folgten dieser Argumentation nicht. (K. Sack, [Amerika21](#))

28. August 2016

Die Regierungen dieser Welt müssen begreifen, welche enormen Nachteile für ihre wirtschaftliche und politische Souveränität ihnen aus dem Abkommen über eine **Transpazifische Partnerschaft (TPP)** erwachsen. **Die internationalen Tribunale haben den Andenstaat Ecuador dazu verurteilt, an**

den millionenschweren transnationalen Konzern Chevron eine Entschädigung für behauptete und unbewiesene Verluste zu zahlen.

Ende Juli dieses Jahres verkündete Diego Martínez, Präsident der Zentralbank von Ecuador, dass die Bank 112 Millionen US\$ (inklusive Zinsen) an die US-Ölgesell-

schaft **Chevron** (früher Texaco) wegen eines Rechtsstreits gezahlt hat, den diese Gesellschaft vor dem **Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag** gewonnen hat. Das Urteil wurde von einem Bundesgericht und dem Obersten Gerichtshof der USA bestätigt. Diese Entscheidungen sind einzuordnen unter Missbrauch internationaler Macht.

Der Konzern erzielte 2015 aus dem operativen Geschäft und aus Verkäufen Einnahmen von 129 Milliarden US\$. Damit kann er korrupte Richter und Politiker kaufen und Einfluss auf die Finanzzentren der westlichen Hemisphäre gewinnen. Zudem drohte der Konzern mit einem Embargo auf alle Waren aus Ecuador, wenn die geforderte Summe nicht gezahlt würde, was für das Land verheerend gewesen wäre.

Martínez erklärte: „Wir sind nicht einverstanden damit, wie diese internationalen Instrumente eingesetzt werden, aber das ist das Ergebnis all der Willkürmaßnahmen, die in den 90er Jahren vereinbart wurden und die die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Land immer wieder verklagt werden kann. Jetzt verdoppelt die TPP die Pfunde für die transnationalen Konzerne.“

Der Fall wurde bekannt als Chevron II. Es handelt sich um eine Klage des US-amerikanischen Erdölkonzerns gegen den Andenstaat im Jahr 2006, mit der der Justiz Ecuadors die Verzögerung von Verfahren vorgeworfen wurde, die während der Zeit, als der Konzern in Amazonien tätig war, angestrengt wurden. Das war vor mehr als 20 Jahren. (...)

Erdölförderung verursachte immense Umweltschäden

1964 begann Texaco zusammen mit dem transnationalen Konzern Gula in der Provinz Sucumbíos nach Erdöl zu suchen. 1967 fand Texaco das erste Vorkommen, bekannt als Lago Agrio 1. Jahre später wurde der Staat Ecuador, der damals alle Direktiven aus Washington befolgte, Mitglied des Konsortiums. 1990 beendete der Konzern seine Aktivitäten, blieb aber Mitglied des Konsortiums.

Während dieser Jahre der hemmungslosen Ausbeutung verursachte Texaco den Abfluss von 64.340.000 Liter Rohöl und 68.130.000 Liter Formationswasser aus der Lagerstätte. Damit wurde das Erdreich mit Erdöl und giftigen Kohlenwasserstoffen verunreinigt. **2008 stellte eine Kommission fest, dass die Schäden ca. 27 Milliarden US\$ betragen** und dass hier eine der schlimmsten Umweltkatastrophen in der Geschichte der Menschheit passiert ist. Die Kontamination verursachte **gesundheit-**

liche Schäden bei der Bevölkerung, die ihre Forderungen mit zahlreichen Fällen von Krebs, Hautkrankheiten, Missbildungen an Föten und an Neugeborenen begründete.

Mit verschiedenen Tricks gelang es Chevron, sich um die von mehreren Gerichten festgesetzten Schadenersatzzahlungen an die Bewohner der Region zu drücken. **Transpazifisches Abkommen: ein Instrument der Konzerne gegen Regierungen.**

Transpazifisches Abkommen (TPP)

Dies ist eines der treffendsten Beispiele für die Auswirkungen des Transpazifischen Abkommens auf weniger entwickelte Länder. Vertragsparteien sind bisher die USA (die treibende Kraft) Japan, Australien, Brunei, Kanada, Chile, Malaysia, Neuseeland, Mexiko, Peru, Singapur und Vietnam.

Der Vertrag (er wurde unter kompletter Geheimhaltung sechs Jahre lang ausgehandelt) befreit 18.000 Produkte aus Nordamerika, darunter Autos, Maschinen, Informationstechnologie, Verbrauchsgüter, Internetzugang, geistiges Eigentum, Pharmazeutika und digitale Produkte, von Zöllen und bietet Investitionsschutz.

Am schwerwiegendsten sind die umfassenden Möglichkeiten transnationaler Konzerne, die Regelungen, Handlungen und Entscheidungen souveräner Staaten vor Tribunalen anzufechten, die international organisiert sind und die vom Großkapital kontrolliert werden.

Es ist kein Zufall, dass zu den mächtigen transnationalen Konzernen, die an der Ausarbeitung des Vertrages mitgewirkt haben, Chevron (Erdöl), Monsanto (Agrarindustrie) und Barrick Gold (Bergbau) gehören. Diese Information stammt von der in New York ansässigen Unternehmerorganisation Americas Society/Council of the Americas.

Das Vertragswerk erlaubt es multinationalen Konzernen, Regierungen zu verklagen und Millionen an Schadenersatz zu fordern, wenn die vertraglich festgesetzten Forderungen nicht erfüllt werden.

Kürzlich deckte Wikileaks einige der über Jahre sorgsam gehüteten Geheimnisse auf

und veröffentlichte das Kapitel über die Rechte am geistigen Eigentum im endgültigen TTP-Text.

In diesem Dokument wird festgeschrieben, dass **nur Unternehmen Regierungen verklagen können** und Letztere sich lediglich verteidigen dürfen. Die dafür vorgesehenen Verfahren sind weder unabhängig noch transparent und ihre Regeln sind nicht klar. Die Konzerne üben großen Einfluss auf die Auswahl der Schiedsrichter und des Verhandlungsorts sowie andere Faktoren aus mit dem Ziel, die Bedingungen für die Erzielung vorteilhafter Ergebnisse zu optimieren.

Die Klauseln über Umwelt und Investitionen bedeuten, dass die Staaten keinen Einfluss auf die Aktivitäten der Unternehmen haben, die sich auf ihrem Territorium niederlassen, und schaffen günstige Voraussetzungen dafür, Flora und Fauna auszubeuten.

Daher können die Regierungen keine Gesetze erlassen, die den Einsatz von Pestiziden, den Umweltschutz und die Nahrungsmittelsicherheit regeln, und auch keine Geldstrafen verhängen.

Als wäre das noch nicht genug, können Unternehmen Regierungen unter Umgehung ordentlicher Gerichte auch vor mit Konzernanwälten besetzten Schiedsstellen verklagen, wenn die laut Vertrag zu erwartenden Gewinne nicht erzielt werden.

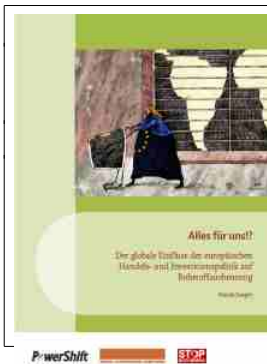
Das heißt, wenn die Rendite einer Investition auf 15 % festgesetzt und – aus welchem Grund auch immer – nicht erreicht wird, muss der Staat die Differenz begleichen.

Das Transpazifische Abkommen beschneidet die wirtschaftliche und politische Souveränität von Staaten, die somit in die Hände der mächtigen Staaten und der großen Weltkonzerne geraten.

Es gibt keinen besseren Anstoß zur Bewusstseinsbildung als die Ereignisse in Ecuador, denn die im TPP-Abkommen enthaltenen Regelungen sind viel schädlicher als die vor 20 Jahren vereinbarten.

Quelle: El Ciudadano
<http://www.bilaterals.org/?ecuador-chevron-y-los-peligros-del>

Übersetzung: Herbert Kaser, coorditrad;
Lektorat: Werner Horch



PowerShift: Alles für uns!? – Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung

Der Rohstoffverbrauch in der Europäischen Union liegt weit über einem global nachhaltigen Niveau. Um dieses Verbrauchsniveau dauerhaft möglichst kostengünstig erhalten zu können, richtete die EU ihre Handels- und Investitionspolitik auf die „Sicherung des Zugangs zu Energie und Rohstoffen“ aus. Europäische Nachfrage und Politik treiben damit die Rohstoffausbeutung weltweit voran. Mit Freihandels- und Investitionsschutzabkommen wird es für Staaten im Globalen Süden immer schwerer, sich aus der Abhängigkeit vom Norden zu befreien. – **80-seitige Broschüre**

Schritte gegen die US-Hegemonie und zur Kooperation in Lateinamerika

In Lateinamerika haben die USA durch eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) versucht, sich die Konkurrenzfähigkeit gegen Europa und Japan zu sichern. Eine breite Bewegung in verschiedenen Ländern und Regierungen, die die neoliberalen Doktrinen nicht mehr akzeptieren wollen, hat das Projekt gestoppt. **Als Gegenprojekt entstand „ALBA“**, die Morgenröte – Bolivarische Alternative für die Amerikas.

Zunächst ein theoretisches Projekt, das die Diskussionen über Alternativen angeregt hat, fanden zahlreiche Treffen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas statt, die Alternativen diskutierten. Beteiligt waren Soziale Bewegungen, Wissenschaftler und Parlamentarier aus verschiedenen Ländern. ALBA ist ein Prozess, der Stück für Stück Elemente einer neuen Form der Kooperation zwischen Ländern aufbaut. Nahziel ist die Integration Lateinamerikas, Fernziel eine neue Weltwirtschaftsordnung, die den Ländern des Südens eine eigenständige Entwicklung und eine gerechtere Welt ermöglichen soll.

Das Projekt ist also sehr ambitioniert und hört sich schon fast großenwahnsinnig an. Aber jede Veränderung braucht Visionen, und diejenigen, die sich am Anfang lustig gemacht haben über dieses Projekt, sehen nun, dass durchaus interessante Ansätze entstanden sind, die zwar keine Revolution darstellen, aber doch neue Entwicklungswege aufzeigen.

(aus: Kerstin Sack, 2006: *ALBA – Solidarische Ökonomie durch Verträge zwischen Staaten*, in *SiG 100* veröffentlicht, s. auch Thomas Fritz [ALBA contra ALCA](#) und eine Dokumentation über ALBA bei [Amerika21](#))

ALBA



Articulación Continental
de los Movimientos Sociales
hacia el ALBA

<http://www.albamovimientos.org/>

Joáo Pedro Stedile von der Landlosenbewegung MST in Brasilien:

Die Perspektive einer souveränen Integration schlug sich außer in der **Bolivarischen Allianz (ALBA)** in der Bildung der **Unasur** (Union südamerikanischer Staaten) und später der **Celac** (Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten) nieder. Das wirkte sich auch in anderen Integrationsprojekten wie dem **Mercosur** (Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten) aus, in denen sich Räume für die Teilnahme der sozialen Bewegungen öffnen. (...)

Aus institutioneller Perspektive ist es nach der Niederlage von Alca und der Entstehung von Alba jedoch nicht gelungen, die Mehrheit der Regierungen einzubeziehen. Aus Regierungssicht beschränkte sich Alba infolgedessen auf sieben, acht Länder mit für den Kontinent nicht sehr repräsentativen Ökonomien.

Wir wissen, dass die Wirtschaft in Wirklichkeit vom Gewicht Mexikos, Kolumbiens, Brasiliens und Argentinens abhängt. Unter diesen Umständen lag Chávez mit seiner Initiative richtig: Ziel war eine kontinentale Einheit als Alternative gegen die Regierungen der USA und Kanadas. So kam es zur Unasur und zur Celac. Diese beiden Initiativen beerdigten faktisch die Hegemonie der USA mittels der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten).

Der Mercosur war nie ein wirkliches Integrationsinstrument, sondern bloß ein Handelsabkommen der Länder des Cono Sur. Das Problem ist darüber hinaus, dass einige neoliberal regierte Länder in Südamerika lieber wieder den Kurs der USA einschlagen, mit der **Pazifikallianz**, eine von den USA unterstützte [lateinamerikanische Freihandelszone](#) mit neoliberaler Ausrichtung. Ihr gehören Chile, Costa Rica, Kolumbien, Mexiko und Peru an. Jetzt wurde der **TPP**, Transpazifische Partnerschaftsabkommen, unterschrieben. ([Amerika21](#), 28. Januar 2016)

Steffen Vogel

Mercosur: Ohne Venezuela gen Europa?

Rechtsregierte Staaten und Uruguay paktieren gegen Caracas. Unrealistische Anforderungen an Regierung von Präsident Nicolás Maduro. Abkommen mit EU geplant

Montevideo. Das südamerikanische Freihandelsbündnis Mercosur hat beschlossen, ein Handelsabkommen mit der Europäischen Union (EU) anzustreben.

„Ausgewogen, ambitioniert und umfassend“ solle der neue Vertrag sein, verkündeten die Staatschefs von Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Die Südamerikaner scheinen sich einig zu sein: Das Bündnis will seinen Markt dem reichen Norden öffnen und Handelsschranken abbauen. Doch bei dem Treffen am Rande der UN-Generalversammlung in New York fehlte ein Vertreter von Venezuela, dem fünften Mercosur-Mitgliedsstaat. Venezuela hat sich an den Gesprächen mit der EU bisher nicht beteiligt, es sieht zu große Risiken im Freihandel mit dem wirtschaftlich mächtigeren Europa.

Die Verhandlungen mit der EU, die nun

neuen Schwung erhalten sollen, laufen bereits seit 17 Jahren. Lange scheiterte eine Einigung am Protektionismus der Europäer. So wollte Frankreich seinen Agrarmarkt nicht für Lebensmittel aus Südamerika öffnen. Rindfleisch, für das die Mercosur-Staaten einen komparativen Handelsvorteil haben, wurde auf Drängen der EU aus den Gesprächen ausgeklammert. Gleichzeitig sollten die Südamerikaner ihre Zölle auf europäische Autos, Maschinen und Kapitalgüter abschaffen. Paraguay hat nun eine Liberalisierung von 89 Prozent aller Mercosur-Zölle angeboten. Dies wäre das erste größere Freihandelsabkommen des Blocks seit vielen Jahren.

Dabei ist das Bündnis intern tief zerstritten: Seit dem Rechtsruck in Argentinien und Brasilien sieht sich das sozialistisch regierte Venezuela zunehmend isoliert. Im Sommer weigerten sich die konservativen Regierun-

gen, Venezuela den rotierenden Vorsitz in der Handelsorganisation zu übergeben. Seitdem führen die vier anderen Mitgliedsstaaten zusammen die Geschäfte. Im August ließ der brasilianische Außenminister verlauten, man wolle Venezuela aus dem Bündnis ausschließen, wenn das Land nicht bis Dezember bestimmte Regularien erfüllt hätte. 300 Gesetze und 40 internationale Abkommen müsste das venezolanische Parlament demnach verabschieden, um Teil des Mercosur zu bleiben.

Während sich die Beziehungen zu Venezuela in Zeiten der linksgerichteten Präsidentinnen von Argentinien, Cristina Fernández de Kirchner und Brasilien, Dilma Rousseff, kooperativ gestalteten, hat sich der Kurs des Mercosur merklich geändert. Seit dem knappen Wahlsieg des neoliberalen Mauricio Macri in Argentinien und dem [parlamentarischen Putsch](#) des brasiliani-

schen Rechtspolitikers Michel Temer richtet sich das Bündnis immer mehr nach der überwunden geglaubten Doktrin des neoliberalen Freihandels. Neben der Marktöffnung gegenüber der EU ist nun auch eine Annäherung an die neoliberal ausgerichtete Pazifik-Allianz, bestehend aus Chile, Peru, Kolumbien und Mexiko, im Gespräch.

Venezuelas verstorbener Präsident Hugo Chávez hatte 2004 den Beitritt zum Mercosur gesucht. Er sah das Modell der regionalen Integration als Chance, ein Gegengewicht zu den USA zu schaffen: „Hier in Südamerika wird gerade ein Großmacht geboren, und Mercosur ist ihr größter Motor“, sagte er bei der Aufnahme seines Landes. Im Gegensatz zum neoliberalen Modell des Freihandels, das auch im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA, USA, Kanada, Mexiko) betrieben wird,

setzte der Mercosur auf ein Zusammenwachsen der südamerikanischen Nationen, bei der auf die Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften Rücksicht genommen wurde.

Nun könnte Chávez' Traum ein unrühmliches Ende nehmen. Nach Paraguay, Brasilien und Argentinien stimmte auch die sozialdemokratische Regierung von Uruguay, bislang Venezuelas letzter Verbündeter im Block, dem Vorschlag zu, Caracas den Mercosur-Vorsitz vorzuenthalten.

Zwar sagte die argentinische Außenministerin Susana Malcorra, es gebe „keine Absicht, Venezuela auszuschließen, denn wir haben die Hoffnung, dass das Land seinen Verpflichtungen nachkommt“. Dieses Vorgehen habe nichts mit der politischen Situation in Venezuela zu tun, sondern sei rein wirtschaftlich begründet.

Jedoch sind die Anforderungen an die Regierung von Nicolás Maduro nicht nur handlungstechnischer Natur. Neben der Vereinheitlichung der Zollbezeichnungen und der endgültigen Streichung der Zölle für Mercosur-Waren soll Venezuela auch das Menschenrechtsprotokoll von Asunción unterzeichnen. Die De-facto-Regierung Brasiliens bezichtigte Maduro, „politische Gefangene“ zu halten und die Opposition zu unterdrücken. Darin sehen die Venezolaner ein politisches Manöver: „Eine juristische List, um den Mercosur zu zerstören“ sei die Verweigerung der Präsidentschaft, schrieb die Außenministerin Delcy Rodríguez auf Twitter. 300 Gesetze in 72 Tagen zu erlassen dürfte dem politisch gespaltenen Venezuela schwer fallen, die Zukunft des Handelsbündnisses ist ungewiss.

<https://amerika21.de/2016/09/160810/mercosur-venezuela-freihandel>

4. November 2016

Amerikanischer Gewerkschaftsbund - Via Campesina - ALBA-Movimientos - Jubilee Sur - Kontinentaler Aktionstag für Demokratie und gegen Neoliberalismus

Ein Jahrzehnt nach dem Scheitern der Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone – Área de Libre Comercio de las Américas (ALCA) – wird unser Kontinent von einer **neuen neoliberalen Offensive** bedroht.

Diese Offensive besteht in der Verschärfung der verschiedenen Varianten der Beschneidung der **Rechte der Völker** und in Angriffen auf die indigene Bevölkerung, die Bauern, die Arbeiter, die Frauen und die Jugend sowie die ethnische, kulturelle und sexuelle Vielfalt. Durch Kämpfe und Widerstandskaktionen haben sie ihre Fähigkeit, Vorkämpfer für die Veränderungsprozesse in Lateinamerika zu sein, wiedererlangt.

Außerdem beweisen die in Haiti (2004), Honduras (2009), Paraguay (2012) und soeben in Brasilien erfolgten **Staatsstreich**, dass der Markt, der unser Leben beherrscht, den aktuellen, von der Bevölkerung angestoßenen Veränderungsprozess stoppen will, der mehr Rechte für alle, eine stärkere soziale Inklusion, die Hoheit über ihre Territorien und Gemeingüter sowie mehr demokratische Elemente und Mittel für die politische Teilhabe der Bevölkerung mit sich brachte.

Wir, die an den Kämpfen gegen die Militäregierungen Lateinamerikas und der Karibik und die institutionalisierte Gewalt der Staaten Beteiligten und Erben dieser Kämpfe, die wir uns gegen das Regime des Frei-

handels, Privatisierung, Ausgrenzung und Armut, alles Bestandteile des **neokolonialen Projekts ALCA**, aufgelehnt haben und auf der Grundlage unseres Widerstands die „mögliche andere Welt“ schaffen wollen, erklären heute: Wir werden nicht zulassen, dass auf unserem Kontinent ein neues Zeitalter der Diktaturen beginnt, die von den Interessen des kapitalistischen Markts dienenden Angehörigen der Exekutive, Judikative und Legislative errichtet werden.



Uns einen die Prinzipien der Solidarität und des Internationalismus sowie die Gewissheit, dass eine gegen den Kapitalismus, das Patriarchat, den Kolonialismus und den Rassismus gerichtete Systemveränderung notwendig ist.

Erneut ist es an der Zeit, dass sich die Bevölkerungen Amerikas mit vereinten Kräf-

ten denjenigen entgegenstellen, die auf ihrem Projekt der Zerstörung, Spaltung und Ausgrenzung beharren.

Wir rufen die vielen Organisationen und sozialen Bewegungen, die eine andere Gesellschaft anstreben, dazu auf, sich anzuschließen und die Straßen unseres Amerika am 4. November 2016 zu besetzen, um mit vereinter Stimme zu rufen:

Keinen Schritt zurück!

Wir Völker kämpfen weiter für unsere Integration, Selbstbestimmung und Souveränität sowie gegen den Freihandel und die transnationalen Konzerne!

#JornadaContinental

<https://seguimosenlucha.wordpress.com/>

Erstunterzeichnende des Aufrufs:

Confederación Sindical de Trabajadores/as de las Américas, Coordinadora Latinoamericana de Organizaciones del Campo/La Vía Campesina, Marcha Mundial de las Mujeres, Amigos de la Tierra América Latina y el Caribe, ALBA Movimientos, Centro Martin Luther King, Capítulo Cubano de ALBA Movimientos, Jubileo Sur/Américas, PIT-CNT Uruguay, Internacional de Servicios Públicos, Campaña para Desmantelar el Poder de las Transnacionales

<http://www.movimientos.org>

Übersetzung: Carl Stoll, Coordinador Lektorat: Werner Horch

Boniface Mabanza Warum Tansania die EU abblitzen lässt

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit der ostafrikanischen Gemeinschaft

Die Europäische Union (EU) verhandelt mit Ländergruppen in Afrika, der Karibik und dem Pazifischen Raum seit nunmehr 14 Jahren über die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA). Die Verhandlungen haben sich vor allem mit afrikanischen Wirtschaftsregionen als langwierig und kompliziert erwiesen. Während in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlischen Afrika mit der Unterzeichnung in Botswana am 10. Juli 2016 der Durchbruch gelungen ist, scheitert das Abkommen in Westafrika immer noch am Widerstand Gambias und Nigerias (1). In Ostafrika war die Unterzeichnung für den 18. Juli 2016 am Rande eines UN-Gipfels (United Nations) in Nairobi/Kenia geplant, wozu es jedoch nicht kam. Die Gründe für diesen erneuten Dämpfer sollen in den nachfolgenden Zeilen erörtert werden.

Die **Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)** besteht aus Uganda, Ruanda, Burundi, Tansania und Kenia. Seit April 2016 zählt auch der Südsudan zu dieser Gruppierung. Durch den bisherigen Widerstand Tansanias ist es zum Abkommen noch nicht gekommen. Eine ähnliche Situation ereignete sich bereits 2010, als sich die EAC gegen eine Unterzeichnung entschied und damit die EU 2013 dazu veranlasste, ihren Druck gegenüber allen WPA-Regionen zu erhöhen. Sie entschied, ab dem 1. Oktober 2014 alle Länder vom Annex 1 der Markt Zugangsreform, bekannt als MAR 1528/2007, zu streichen, die bis dahin keine Schritte zur Unterzeichnung und Ratifizierung der WPAs einleiten würden. Diese neue Frist hatte keine gesetzliche Grundlage, da sie nicht in MAR 1528/2007 beinhaltet ist. Die MAR 1528/2007 trat 2008 in Kraft, um den präferentiellen Markt Zugang des Cotonou-Abkommens, des völkerrechtlichen Vertrags zwischen der EU und den Ländern

Afrikas, der Karibik und des Pazifiks in Bezug auf die Handels- und Entwicklungspolitik, für die Länder zu gewährleisten, die die WPAs verhandeln. In der EAC ist diese Markt Zugangsreform besonders für Kenia von entscheidender Bedeutung, weil das Land als einziges Nicht-Least Developed Country (am wenigsten entwickelten Länder) nicht auf die Everything But Arms-Regelung (Alles außer Waffen) zurückgreifen darf. Kenia stand daher massiv unter Druck: Würde die Forderung der EU, das Abkommen zur Ratifizierung zu bringen, nicht bis zum 1. Oktober 2014 erfüllt werden, drohten Strafzölle für kenianische Produkte.(1) Die Drohung der EU zeigte Wirkung, die Verhandlungen mit der EAC wurden im Oktober 2014 abgeschlossen und die EAC paraphierte das Abkommen im Dezember 2014 vorläufig, was die Wiederaufnahme von Kenia in den Annex 1 der MAR 1528/2007 ermöglichte.

Tansanias Entscheidung gegen die WPAs: Alte Argumente – alte Entscheidung

Am 8. Juli 2016 gab das ostafrikanische Tansania bekannt, das WPA nicht unterzeichnen zu wollen. Dr. Aziz Mlima, Generalsekretär des Außenministeriums und Ministeriums für EAC, Regionale und Internationale Kooperation, gab folgende Gründe für diese Entscheidung an: „We think it is not the right time for us to sign the agreement. There are still contentious issues which need to be settled to ensure Tanzania is not turned into a source of raw materials and markets for European goods.“ Aus dieser Presseerklärung geht zudem hervor, dass Tansania vorerst vom WPA Abstand genommen hat, weil das Land in diesem Regelwerk eine Gefahr für die bereits existierende junge Industrie sieht, von der Ent-

stehung neuer Industriezweige ganz zu schweigen. Das Abkommen werde Tansania und die ganze Region dazu verdammen, in der alten kolonialen Rolle des Rohstofflieferanten für EU-Länder zu verharren. Darüber hinaus besteht mit dem im Rahmen des WPA geplanten Zollabbaus ab dem fünften Jahr nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens die Gefahr, dass Tansania zu einem Absatzmarkt für EU-Produkte reduziert wird. Somit steht das WPA, sowohl im Blick auf Importe als auch auf Exporte, den langfristigen Interessen des Landes entgegen. Mit dieser Analyse bestätigte eine offizielle Stimme der EAC die von der Zivilgesellschaft sowohl in der EAC selbst, als auch in der EU immer wieder thematisierte Einstellung, dass die EU zwischen 2010 und 2014 keine substanziellen, sondern nur Konzessionen kosmetischer Art vorgenommen hatte und dass die strittigen Themen im EAC-Abkommen nicht berührt wurden. Stattdessen nutzte die EU mit der MAR 1528/2007 ihre Machtposition aus, um eine Entscheidung zu erzwingen, (...)

- (1) S. dazu [SiG 111](#), S. 22 und 23 und Attac De: „[Was sind EPAs](#)“
- (2) S. die aufschlussreiche [Report-Sendung](#) vom 4. November 2014
- (3) <http://allafrica.com/stories/201607110875.html> und [Deutsche Welle](#)

Auszüge aus einem Artikel im [Rundbrief Forum und Entwicklung](#) 3/16

SiG-Red: Dr. Boniface Mabanza arbeitet bei der Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg; Auszug aus seinem Vortrag auf dem Attac-Frühjahrsratschlag in Frankfurt 2014 über die geringe Aufmerksamkeit in Europa gegenüber den von der EU geplanten EPAs und abgeschlossenen Handels- und Investitionsabkommen.

Mehr zu den WPAs /EPAs: Umfangreiche und aktuelle Webseite „bilaterals“: <http://www.bilaterals.org/?-eu-acp-epas>

Expertisen von [Jacques Berthelot](#) (Engl. /Fr.) auf der Seite von [SOL](#) – agroökologische und solidarische Alternativen.

Nein zu der Ratifizierung des „Freihandels“-Abkommens zwischen EU und Kolumbien /Peru auf der [TNI-Webseite](#).



**International Monsanto Tribunal
In The Hague - October 2016**

14. - 16 Oktober 2016

<http://www.monsanto-tribunald.org/>

Frankreich (Bretagne): Gerichtliche **Anerkennung** von gesundheitlichen Schäden (MCS) durch den Umgang mit Pestiziden. Mehr: <http://www.genuk-ev.de/>
... und „[Na dann Prost!](#)“ - Pestiziden in Weinbergen -

25. - 26. November 2016 in Brüssel:

Europäische Konferenz

RIGHTS 4 ALL NOW!

Eine Initiative von [Alter Summit](#)

**Soziale und Arbeitnehmerrechte
in Zeiten von Austerität und Deregulierung:
Verstärkung und Vernetzung der Kämpfe
in Europa**

[Einladung](#) auf Deutsch

Norman Paech

Freihandel und seine möglichen Folgen

Rede auf der Ver.di-Veranstaltung am 1. September 2016 in Hamburg-Schleswig-Holstein

Wer am Antikriegstag zu einem Vortrag über den Freihandel einlädt, gerät zumindest in den Verdacht, den freien Handel als den Schlüssel zum Frieden, als die Hauptwaffe gegen den Krieg ins Feld führen zu wollen. Und in der Tat, der freie Handel ist seit Adam Smith (1723-1790) und David Ricardo (1772-1823) die Leitidee der kapitalistischen Weltwirtschaft, er ist zum Fixstern unseres vielbeschworenen Wertekanon geworden. Er stützt sich auf eine Botschaft, deren Überzeugungskraft bis heute nicht verblasst ist, obwohl ihr ideologischer Charakter seit langem erkannt ist: Er sei das beste Instrument zur Förderung der Ökonomie und des Wohlstandes der am internationalen Handel beteiligten Staaten, und zwar auch der Schwachen.

Freihandel fördert vor allem starke Ökonomien

Das ist grundfalsch, Freihandel fördert vor allem die starken Ökonomien. Denn die Staaten halten immer dann das Banner des Freihandels hoch, wenn ihre Produktion einen Stand erreicht hat, der die internationale Konkurrenz nicht mehr zu scheuen hat.

Erlaubt mir einige historische Anmerkungen. England hat z. B., erst nachdem die Überlegenheit seiner Industrie feststand, versucht, die Lehre des Freihandels in den internationalen Beziehungen durchzusetzen. Erst 1860 fielen die Zölle für den letzten Rohstoff Seide. Von dem US-Präsidenten Ulysses S. Grant (1869-1877) ist die Feststellung überliefert: *"Für Jahrhunderte hat England auf Protektion gebaut, hat sie bis ins Extrem getrieben und befriedigende Ergebnisse damit erzielt. Es gibt keinen Zweifel, dass diesem System seine gegenwärtige Stärke zu danken ist. Nach zwei Jahrhunderten hat es England für günstig befunden, den Freihandel einzuführen, weil es meint, dass die Protektion nicht länger etwas zu bieten hat. Also gut, meine Herren, die Kenntnis meines Landes führt mich zu der Auffassung, dass Amerika innerhalb zweier Jahrhunderte, wenn es soviel wie möglich aus der Protektion herausgeholt hat, auch den Freihandel einführen wird."* Es sollte für die USA nicht mehr so lange dauern.

Theoretisch wie auch praktisch war dies bereits seit **Friedrich List**, (1789-1846) dem einflussreichsten Gegner der Freihandelsdoktrin, erwiesen. Er hat schon vor Ulysses Grant die englische Strategie beschrieben: *"Eine Nation wie die englische, deren Manufakturkraft einen weiten Vorsprung vor der aller anderen Nationen gewonnen hat,*

erhält und erweitert ihre Manufaktur- und Handelssuprematie am besten durch möglichst freien Handel. Bei ihr ist das kosmopolitische Prinzip und das politische ein und dasselbe. Hieraus erklärt sich die Vorliebe aufgeklärter englischer Staatsökonomien für die absolute Handelsfreiheit, und die Abneigung einsichtsvoller Staatsökonomie anderer Länder, dieses Prinzip unter den bestehenden Weltverhältnissen in Anwendung zu bringen."

In den kapitalistischen Industriestaaten ließen die großen Kriege dem Freihandel so gut wie keinen Raum mehr. Dem Völkerbund war es mit seiner ersten Wirtschaftskonferenz 1927 *"Zur Bekämpfung des übersteigerten wirtschaftlichen Nationalismus"* kaum gelungen, die Liberalisierung gegen den Kriegsprotektionismus bei den Staaten durchzusetzen, die ihre kriegsgeschwächten Volkswirtschaften wieder aufbauen wollten. Schon 1929 sorgte die beginnende Weltwirtschaftskrise für die erneute Konjunktur des Protektionismus — mit dem die Freihändler leben können und den sie auch immer wieder anwenden, sofern er nur die eigene Industrie schützt. Er verstärkte sich unaufhaltsam bis in die Jahre des 2. Weltkrieges.

Statt Havanna-Charta: GATT

Allerdings wurde noch während des Krieges insbes. in den USA der Ruf nach dem Freihandel wieder laut. Die Atlantik-Charta von 36 Staaten der Anti-Hitler-Koalition im Jahre 1941 formulierte dabei auch für die schwachen Staaten durchaus verheißungsvoll, *"allen Staaten, ob klein oder groß, ob Sieger oder Besiegte, unter gleichen Bedingungen den Zutritt zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu gewährleisten, die für ihren wirtschaftlichen Wohlstand erforderlich sind"*.

Doch verkehrte sich die Verheißung in dem Maße in eine Bedrohung, wie die USA die Organisation des Prinzips in ihre Hände nahmen. Sie waren als absolut führende Wirtschaftsmacht in der Welt aus dem Krieg herausgekommen. Ihre auf hohen Touren produzierende Industrie brauchte nach Kriegsende Absatzmärkte, die sich nicht vor dem amerikanischen Export abschirmten. Und so traten die USA auf der ersten **internationalen Konferenz über Handel und Beschäftigung 1946 in Havanna** - als die stärksten Interessenten des Freihandels auf.

Die schwachen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas forderten Übergangsfristen und Sonderregelungen zum Schutz ihrer

schwachen Volkswirtschaften, und auch die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Staaten Europas hielten Fragen des Wiederaufbaus und der Beschäftigung für dringender. Dementsprechend enthielt das Vertragswerk der UNO-Konferenz, die **im März 1948 unterzeichnete sog. Havanna-Charta**, Kapitel zu den Bereichen Entwicklung und Wiederaufbau, Vollbeschäftigung, Rohstoffabkommen, Missbrauch durch Kartelle wie auch Freihandel und Meistbegünstigung.

Vor der Unterzeichnung war es den USA allerdings schon gelungen, die Ergebnisse der separat geführten Zollverhandlungen mit den in der Charta geplanten Freihandelsvorschriften zusammenzufassen und gleichsam als Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten der Charta unter der Bezeichnung **"General Agreement on Tariffs and Trade" (GATT)** vorläufig wirksam werden zu lassen. (1) Gleichzeitig hatten die USA den Wiederaufbau Westeuropas mit der Verkündung des **Marshall-Planes** in die eigenen Hände genommen, der ihnen einen aufnahmefähigen Markt garantierte. Damit war das amerikanische Interesse an den übrigen Regelungen der Havanna-Charta erschöpft. Sie verweigerten die Ratifizierung, und mangels genügender Anzahl von Ratifikationen trat die Charta niemals in Kraft. Es blieb bei dem GATT, das 4/5 des Welthandels mit seinen Regeln erfasst und das wirtschaftspolitische Freihandelscredo der stärksten kapitalistischen Industriestaaten widerspiegelt.

Das bedeutete für Afrika, dass die Exporte aus diesem Kontinent jetzt nur noch 2% der Weltexporte betragen und zur Hälfte von drei Ländern getätigt werden: Südafrika, Algerien und Nigeria.

Geopolitische Bedeutung von TTIP, CETA, ...

Dieses so segensreiche System für die hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten soll nun weiter optimiert und weltweit – China und Russland ausgenommen – das neoliberale Ordnungsmodell durchgesetzt werden. "Neoliberal" heißt hier „Marktförderung, Privatisierung, Deregulierung, Eigentumsschutz und Entdemokratisierung“. Es geht bei diesen Freihandelsabkommen TTIP wie bei CETA gar nicht so sehr um Zollabbau, der zwischen den USA und der EU um die 5% ohnehin sehr niedrig ist, auch das prognostizierte Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind inzwischen auf Größen geschrumpft, die niemand mehr begeistern können.

Chlorhühnchen, Genfood und klappbare Autorückspiegel dienen eher der Ablenkung von dem **zentralen Ziel dieses Abkommens: die atlantische Dominanz gegenüber den drohenden Machtverschiebungen in der Welt zu sichern.**

Der SPD-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Gabriel hat es in der FAZ am 23. Februar 2015 ganz einfach so ausgedrückt: „Wir reden zu viel über Chlorhühner und zu wenig über die geopolitische Bedeutung.“ Genau, also reden wir über die politischen Ziele von TTIP und CETA, die eine klare Konfrontationsstrategie und erneute Blockbildung signalisieren. Das klingt in den Worten des holländischen „Clingendael Institute“ etwa so: „Der wichtigste Grund...TTIP anzustreben, ist geopolitischer Natur. Der Aufstieg Chinas (und anderer asiatischer Länder), kombiniert mit dem relativen Abstieg der USA und der wirtschaftlichen Malaise der Eurozone, sind ein Ansporn für den transatlantischen Westen, seine gemeinsame ökonomische und politische Macht zu nutzen, um neue globale Handelsregeln zu schreiben, die seine ökonomischen Prinzipien (regulisierte Marktwirtschaft) und politischen Werte (liberale Demokratie) reflektieren. TTIP ist ein zentraler Bestandteil in dieser Strategie.“

Natürlich ist **Russland** von Anfang an von TTIP und CETA ausgeschlossen, was in die Konfrontationsstrategie von EU und NATO passt. Die Begründung fällt einem NATO-Politiker wie dem ehemaligen Generalsekretär Rasmussen nicht schwer: „Russland hat die Regeln gebrochen. Es hat so die internationale Ordnung unterminiert, die die Grundlage unseres Friedens und Wohlstand ist... Um diese Ordnung zu erhalten, müssen wir weiterhin zusammenstehen. Das heißt, wir müssen unsere wirtschaftlichen Bande verstärken. Und hier ist das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen eine Schlüsselfrage.“

Er denkt dabei bestimmt nicht nur an die erweiterten Möglichkeiten und Optionen des Rüstungsmarktes. Die Tatsache, dass hochrangige Militärpolitiker in die Freihandelsdebatte einsteigen, zeigt deutlich die militärstrategische Bedeutung derartiger Abkommen. Geopolitik hat historisch schon immer mit dem Zugriff auf fremde Ressourcen und Territorien zu tun, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln. Und das Echo kommt aus der zivilen Wissenschaft sofort. Der schon zitierte Peter van Ham vom „Clingendael Institute“ übertreibt in seiner Euphorie vielleicht etwas, zeigt mit seiner Hoffnung auf die Kraft von TTIP jedoch, dass wir mit unseren Befürchtungen über die Kriegs-Dynamik dieses Freihandelsprojektes nicht gar so falsch liegen: „TTIP kann die NATO erneuern“, schreibt er. „Es bedarf einer neuen Hierarchie die deutlich macht, welche Länder wirklich wichtig sind und wirklich die Werte und In-

teressen des atlantischen Westens teilen. Das TTIP bietet der NATO eine klare Richtlinie an, um diese Entscheidung zu treffen. Bei TTIP geht es nicht nur um Freihandel, es führt Länder und Gesellschaften zusammen, die gegenseitiges Vertrauen in ihre jeweiligen Institutionen haben und die willens sind, ihren Lebensstil gegen konkurrierende Mächte zu verteidigen. Als (Hillary) Clinton sich auf eine ‚Wirtschafts-NATO‘ bezog, hat sie nicht übertrieben. Ohne die wirtschaftliche Einheitlichkeit ist auch strategische Einigkeit unmöglich.“

Wir haben vielleicht schon vergessen, dass der Auslöser des **Ukraine**-Konfliktes, der in einen Krieg ausartete, die **Zurückweisung eines Assoziierungsabkommens mit der EU** durch den damaligen Präsidenten Janukowitsch war. Dieses Abkommen hatte ordnungspolitisch die gleiche Struktur und Perspektive wie das Freihandelsabkommen, ja sein Kern war die Freiheit des Marktes und des Handels. Es hätte die Ukraine nicht nur an die „Werte und Interessen des Westens“ gebunden, sondern auch aus der Bindung an Russland gelöst und ihre alten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland gekappt. Wer einmal in diesem Vertragsnetz gefangen ist, der wird wie Griechenland erwürgt, wenn er die Normen und Gebote des Vertrages nicht einhalten kann. Das Diktat der stärksten Staaten ist in dieser Art Freiheits-Verträge eingewoben. Wir können es niemand in der EU oder NATO abnehmen, dass sie die Warnungen Moskaus vor solch einem Schritt nicht gehört oder als nicht ernst gemeint eingeschätzt haben. Dies war ein bewusst provokatives Spiel mit dem Feuer, das den Krieg mit einkalkulieren musste. Denn schon seit Jahren hatten die USA und NATO mit ihren Geldern, Geheimdiensten und Stiftungen den Sturz und die Auswechslung der Regierung mit der „orangenen Revolution“ und Julia Timoschenko vorbereitet. Nach einem ähnlichen Muster wird auch ein Freihandelsabkommen funktionieren, wenn es auf den Widerstand derer trifft, gegen die es bewusst gerichtet ist.

Militär für Freihandel

Wie eng Krieg und Ökonomie, vor allem in ihren Komponenten Handel, Rüstung und Ressourcen, miteinander verknüpft sind, macht auch ein Blick auf die deutsche **Weißbuch**-Tradition der Bundeswehr deutlich. Das letzte Exemplar ist gerade am 13. Juli nach 10-jähriger Pause erschienen. Bereits 1992 heißt es schon in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“ Offensichtlich hielt die damalige Bundesregierung die derzeitige Wirtschaftsordnung für gerecht und daran wird sich nichts geändert haben. Auch in den letzten beiden

Weißbüchern der Bundesregierung von 2006 und 2016 fehlt nicht der Verweis auf die Abhängigkeit Deutschlands von internationalen Handelsrouten, Energieressourcen und Rohstoffen, ohne dass dabei die Aufgaben der Bundeswehr zur Sicherung dieser Interessen genau beschrieben werden. Nach wie vor rätselvoll bleibt bei diesem deutlichen Bekenntnis der Bundesregierung zu den Verteidigungsaufgaben der Bundeswehr, dass der damalige Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 angeblich wegen eines Satzes zurücktreten musste, der dieses Bekenntnis nur noch einmal formulierte, dass nämlich: „im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege.“

Umso unwahrscheinlicher bleibt dieser allgemein kolportierte Rücktrittsgrund, weil der kurzzeitige Verteidigungsminister von und zu Gutenberg nur wenig später dieselben Einsatzziele wiederholte, wofür er nie gerügt wurde und die bei seinem raschen Abschied auch keine Rolle spielten.

Bis weit in die **SPD** besteht Einigkeit und Zustimmung zu diesem erweiterten Sicherheitsbegriff. Der beschränkt den Einsatz der Bundeswehr nicht nur auf die Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, wie es das Grundgesetz immer noch bestimmt, sondern will ihn schon bei einem diffusen Ensemble von Sicherheitsrisiken und „hybriden Bedrohungen“ vom internationalen Terrorismus über Cyberangriffe bis hin zur Blockade von Handelswegen rund um den Globus erlauben.

Das ist z.B. der Tenor eines Strategiepapieres des „Arbeitskreises Internationale Sicherheitspolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Die deutsche Sicherheitspolitik braucht mehr Strategiefähigkeit“ vom Januar 2014. Wie schon in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundesregierung von 1992 heißt es dort z.B.: „Angesichts der Verwundbarkeit Deutschlands und der Tatsache, dass das Wohlergehen der deutschen Bürgerinnen und Bürger in einem erheblichen Maß von einem sicheren und freien Welthandel und dem Zugang zu Rohstoffen abhängt, greift eine ausschließliche Konzentration auf moralische Kategorien zu kurz...Es geht darum, für Regierung und Parlament sowie für die Öffentlichkeit und Medien eine überzeugende Begründung für eine geplante Intervention zu generieren.“

Auf der Jahrestagung der Böll-Stiftung empfahl ein Redner des „Democratization Policy Council“, auf jeden Fall eine kühnere Strategie: „Die deutsche Politik muss akzeptieren, dass das bestehende internationale System, allen voran die Vereinten Nationen nicht den Herausforderungen der Weltunordnung des 21. Jahrhunderts entsprechen. Das bedeutet praktisch zu akzeptieren, dass ein Agieren außerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Rahmens von-

nöten sein kann, wenn die Stabilität der internationalen Ordnung gefährdet ist...“

Erinnern wir uns an den Überfall 1999 auf Ex-Jugoslawien unter der Koalitionsführung von Kanzler Schröder und Außenminister Fischer. Das war ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht, zu dem sich Schröder auch unlängst ganz entspannt bekannt hat. Eine eventuelle Neuauflage einer solchen Koalition, wird sich bestimmt nicht mehr um das Völkerrecht kümmern, wenn es um den Einsatz der Bundeswehr für unsere Handelsinteressen geht.

Wenn also Rohstoffsicherung und die Freihaltung der Handelswege ohnehin zu den Aufgaben der Bundeswehr gehören, stellt sich natürlich die Frage, was Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA an dieser Konstellation ändern und vielleicht verschärfen? Handel für sich ist schon definitiv nicht kriegsträchtig. Vor dem Hintergrund einer anschwellenden Debatte über gestiegene Verantwortung in der Weltordnung, dem immer stärker werdenden Ruf nach deutscher Führung und der Forderung nach einem unkomplizierteren Umgang mit Interventionen, kommt es jedoch darauf an, wie der Rahmen, die Ordnung aussehen soll, in der sich der Handel bewegen kann. Mit TTIP und dem kanadisch-europäischen Abkommen CETA wird das bereits bestehende multilaterale Handelssystem der World Trade Organisation (WTO), der der-

zeit 162 Staaten angehören, parzelliert und in Machtblöcke aufgelöst, in denen auf jeden Fall die Dominanz der stärksten Ökonomien und ihrer transnationalen Konzerne gesichert wird. Sie treffen auf die Staaten, die sie bewusst von den Abkommen ausgeschlossen haben und die sich in der Gruppe der **BRICS-Staaten** (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) zusammengeschlossen haben, um dem internationalen System eine demokratischere und gerechtere Verfassung zu geben. In dieser Konfrontation geht es nicht mehr nur um Handel und Güteraustausch, sondern um die Ausrichtung des gesamten internationalen Systems nach den neoliberalen Vorstellungen des Westens. Der Widerstand gegen diesen Monopolanspruch über die Weltordnung ist stärker geworden und TTIP und CETA fügen der derzeitigen politischen und militärischen Konfrontation ein weiteres destabilisierendes und gefährliches Element hinzu. Was die „Economic Partnership Agreements“ (EPA) mit ihrer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staatengruppe (ACP) nachweislich nicht erreicht haben, die tiefe Kluft zwischen den armen und den reichen Staaten zu schließen, wird mit TTIP und CETA auch nicht erreicht. Jüngste Studien gehen sogar davon aus, dass diese Kluft sich noch vertiefen wird. Dem Sicherheitsinteresse dieser Staaten wäre am meisten gedient, wenn diese Abkommen nicht in Kraft treten könnten.

Gabriels Strategie ist derzeit offensichtlich: begraben wir TTIP und winken CETA durch. Das ist ein trickreiches Manöver, mit dem er die immer lauter werdenden Kritiker in seiner Partei einfangen und seine Lämmer am 19. September zum CETA führen will. Denn CETA eröffnet den transnationalen Konzernen und dem internationalen Kapital über die kanadische Hintertür den Zutritt zum Freiheitsreich des TTIP. Ob es das undemokratische neue Investitionsgerechtigkeitssystem oder der geplante Regulierungsrat ist, der in die Gesetzgebungsarbeit der nationalen Parlamente eingreifen kann oder die Verletzung des Vorsorgeprinzips ist, sie werden bei CETA mit allem bedient. Gründe genug, auch CETA von Grund auf abzulehnen. Und wer sich dann noch die geopolitischen Folgen dieses Abkommens anschaut, der sollte am 17. September zu den Großen Demonstrationen gegen CETA in Hamburg oder Berlin gehen.
Hamburg, 1. September 2016

(1) Am 30. Oktober 1947 wurde in Genf das "Protokoll über die vorläufige Anwendung des GATT" von den 22 anwesenden Staaten unterzeichnet. Es ist die einzige Grundlage für seine juristische Verbindlichkeit, das Protokoll wurde nur von einem Staat ratifiziert. Die Bundesrepublik trat ihm 1951 bei.

Quelle: <http://norman-paech.de/>

Große Demonstrationen im September 2016 gegen CETA, TTIP usw.

17. September: 320 000 Menschen auf sieben [Demonstrationen](#) in Deutschland, Berichte aus [Deutschland \(Fotos\)](#), [Reden](#) auf der Kundgebung in Hamburg

25 000 Menschen in [Österreich](#) (Wien, Linz, Graz, Salzburg und Innsbruck) <http://www.ttip-stoppen.at/>

Grußadresse aus Frankreich von [Aitec](#), [Attac Frankreich](#) und das **französische Aktionsbündnis Stop TAFTA-CETA**

Seit drei Jahren kämpfen wir gemeinsam gegen diese transatlantischen Verträge, wir haben Millionen Bürger und Bürgerinnen und Tausende von Gemeinden und lokalen Vertretungen dafür gewonnen, diese Verträge in unseren Ländern abzulehnen.

Wir wissen, dass wir diesen Kampf gewinnen werden, wenn wir ihn gemeinsam, in internationaler Solidarität führen; aber die Rolle Deutschlands in diesem Kampf ist absolut entscheidend, da ihr es durch einen außergewöhnlichen Einsatz geschafft habt, diese Verträge ins Zentrum der öffentlichen, von allen geführten Auseinandersetzungen zu setzen. Darum drücken wir euch am Vorabend der Mobilisierungen unsere besten Glückwünsche aus. Diese Mobilisierungen werden hoffentlich eine historische Bedeutung haben und die deutsche Regierung dazu bringen, ihre Unterstützung für CETA zurückzuziehen.

20. September: 15 000 Demonstranten in Brüssel: [hier](#)

Europaweit: Demonstrationen und Aktionen

8. Oktober 2016 in Bern: Stopp TiSA, TTIP und co. - [Kundgebung](#)

15. Oktober 2016 in Frankreich: [Aktionstag](#) gegen TTIP und CETA; [Demonstration](#) in [Paris](#)

Weitere Infos: <http://stopceta.net/fr/global-actions/>



Foto: attac.de



Foto: Ver.di

Attac Österreich

CETA: Zusatzerklärungen sind nur eine Karotte vor der Nase

Gefahren des Abkommens können nur durch echte Änderungen des Vertragstextes beseitigt werden

23. September 2016 -

Für Attac Österreich sind die geplanten CETA-Zusatzerklärungen – sei es „zum besseren Verständnis“ oder „für weitere Untersuchungen“ – nur eine Karotte vor der Nase der Menschen um das Abkommen gegen ihren Widerstand durchzusetzen. „Wir haben den CETA-Vertrag genau analysiert. Die demokratie-, umwelt- und sozialpolitischen sowie arbeitsrechtlichen Gefahren des Abkommens sind schwarz auf weiß im Vertragstext belegt - sie können nur durch echte Änderungen des Textes beseitigt werden. Dazu müsste zunächst jedoch die Unterzeichnung abgesagt werden“, erklärt Alexandra Strickner von Attac Österreich.

Attac fordert von Wirtschaftsminister Mitterlehner, auf Ablenkungsmanöver wie die geplanten Zusatzerklärungen zu verzichten. „Mitterlehner muss beim EU-Handelsministerrat in Bratislava deutlich machen, dass es in der Bundesregierung keine Mehrheit für CETA gibt und Österreich daher dem Vertrag nicht zustimmen kann“, fordert Strickner.

Beispiel Investitionsschutz:

Mit einer Zusatzerklärung soll festgehalten werden, dass die Investitionsschutzgerichte unabhängig sind und dass es dazu ein Monitoring geben soll. Damit wird die Möglichkeit von Investorenklagen aber nicht aus CETA gestrichen, sie bleibt weiterhin ent-

halten. Denn entscheidend sind Artikel 8.10. und 8.12. des Vertrages in denen Investoren weitreichende Schutzstandards wie „gerechte und billige Behandlung“ und der Schutz vor „indirekter Enteignung“ zugestanden werden. Konzerne können damit Entschädigungen für Gesetze einklagen, die aus ihrer Sicht Investitionen und zukünftige Gewinnerwartungen schmälern. Auch die im Vertragstext enthaltenen Formulierungen zur staatlichen Regulierungsfreiheit verhindern keinesfalls horrende Schadenersatzurteile. SchiedsrichterInnen können sich stets darauf berufen, dass ihre Urteile technisch gesehen „nur“ Entschädigungen, aber keine Änderung der Gesetze verlangen. Zudem gibt es bereits viele Erfahrungen, dass Klagen von Investoren als Drohung eingesetzt werden, um neue Regulierungen im öffentlichen Interesse zu bekämpfen. „Der Investitionsschutz muss völlig aus CETA gestrichen werden“, erklärt Alexandra Strickner von Attac Österreich.

Beispiel Daseinsvorsorge:

Mit CETA wird der politische Gestaltungsspielraum von Kommunen bei der Daseinsvorsorge massiv eingeschränkt. Die enge Definition der Ausnahme von öffentlichen Dienstleistungen in CETA gilt nur für jene Bereiche, die ausschließlich vom Staat und nicht im Wettbewerb erbracht werden. Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, Verkehrsdienstleistungen, Systeme der sozialen

Sicherheit, sozialer Wohnbau, Gesundheit oder Energie sind somit nicht - oder nur sehr lückenhaft - von Ausnahmen erfasst. Vor möglichen Konzernklagen sind öffentliche Dienste überhaupt nicht ausgenommen. Estland wurde von einem britischen Wasserkonzern auf 90 Millionen Euro Schadensersatz verklagt, weil es sich weigerte die Wasserpreise des städtischen Wasserversorgers zu erhöhen, an dem der Konzern Anteile hält.

Beispiel Regulatorische Kooperation:

CETA würde eine Reihe weiterer Institutionen und Prozesse schaffen, die Regulierungshoheit der Parlamente und damit die Demokratie schwächen. Der „Gemeinsame CETA Ausschuss“ etwa - bestehend aus VertreterInnen der EU und Kanadas - ist nicht nur für die Umsetzung des Abkommens verantwortlich. Er kann auch Tatbestände des Investitionskapitels erweitern, Ausschüsse ein- und absetzen und deren Aufgabenbereich definieren sowie die meisten Annexe und Protokolle des Abkommens ändern - ohne dabei das EU-Parlament oder nationaler Parlamente einbinden zu müssen. Somit können Vertragsinhalte nach der Ratifikation durch den CETA Ausschuss ohne Öffentlichkeit und ohne demokratische Beteiligung der Parlamente verändert werden.

<http://www.attac.at/>

Aus dem gemeinsamen Antrag (18/9663) an den deutschen Bundestag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD am 22.

September: "Es muss im weiteren Ratifikationsprozess sichergestellt werden, dass auch zukünftig kein Druck in Richtung Liberalisierung von Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgeübt werden darf. ... Vorsorgeprinzip bleibt von CETA unberührt. Dies muss unmissverständlich klar gestellt werden." [Text des Antrags](#)

Bericht über die Debatte und Abstimmungen im Bundestag zu CETA, 22. September 2016:

Auf die Frage der CDU/CSU-Fraktion erklärte der Wirtschaftsminister Gabriel, er habe die Absicht, im Handelsministerrat dem Abkommen und auch seiner vorläufigen Anwendung zuzustimmen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Bedingungen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, die diese inzwischen in einem gemeinsamen Antrag (18/9663) für den Deutschen Bundestag formuliert haben. (...) Die Fraktion Die Linke äußerte erhebliche Zweifel, dass es noch möglich sei, inhaltliche Klärungen herbeizuführen. Ähnlich äußerte sich die Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen. Mit Protokoll-Erklärungen könnten nur Interpretationen des Vertrages vorgenommen werden. Was die SPD auf ihrem Konvent beschlossen habe, könne nur mit Vertragsänderungen realisiert werden. Mit der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und SPD wurde vom Ausschuss ein Antrag der Linksfraktion (18/8391) abgelehnt, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, im EU-Rat der vorläufigen Anwendung von CETA nicht zuzustimmen. Es bestehe die Sorge, dass hinter dem Rücken der Bürger Entscheidungen getroffen würden, "die gravierend in deren Leben eingreifen, zuvor aber niemals mit ihnen besprochen wurden", wird kritisiert. Die Fraktion Die Linke stimmte für den Antrag, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ent-

hielt sich.

Ein weiterer Antrag der Fraktion Die Linke (18/9030), in dem gefordert wird, CETA als gemischtes Abkommen neben dem Bundestag auch dem Bundesrat zur Abstimmung vorzulegen, wurde von der Koalition ebenfalls abgelehnt. Die Linksfraktion stimmte dafür, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich.

Ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/6201), in dem eine Ablehnung von CETA durch den Bundestag gefordert wird, fand nur die Zustimmung der beiden Oppositionsfraktionen. CDU/CSU- und SPD-Fraktion lehnten ab."

<https://www.freitag.de/autoren/hans-springstein/heute-im-bundestag>

Stimmen gegen den Beschluss des SPD-Konvents am 19. September 2016; Wortlaut des Beschlusses.

TTIP/CETA: Bereits über 2000 Städte, Gemeinden und Regionen sagen Nein zu den Abkommen

Die Stadt Karnobat in Bulgarien ist dabei Nummer 2000. (Siehe: <https://www.ttip-free-zones.eu/>).

<http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen/>

Attac Österreich

TTIP, CETA, TiSA und Co. stoppen - Hinweise

- [Attac De](#); [Attac At](#); [Attac Schweiz](#)
- [Kanadische Gewerkschaften](#) gegen CETA (15. September 2016)
- <https://power-shift.de/language/de/>
- **Widerstand von Gewerkschaften europaweit:** Liste bei [EPSU](#) (European Public Service Union)
- Arbeiterkammer Wien: Was CETA-BefürworterInnen sagen – und was wirklich stimmt - [Faktencheck](#)
- Bauern gegen CETA: in [Österreich](#) in [Belgien](#) in [Deutschland](#)
- [Flyer](#): CETA hebt die Arbeitsrechte aus!
- Labournet: [CETA-Dossier](#)

Nicht vergessen: TiSA! Aufruf, 2013
[Infos](#) - Aktueller [Stand](#)

Einige Broschüren:

[US-Studie](#): (Sept. 2016)
CETA kostet 200.000 Arbeitsplätze in Europa und 30.000 in Kanada

[Global 2000 Österreich](#):
CETA: Eine Gefahr für die gemeinsame Nahrungsmittelsicherheit in Europa

Via Campesina Österreich, Attac Österreich und Spanien, Power-Shift, TNI, Waronwant u.a.m.: [Food Safety, Agriculture and Regulatory Cooperation in CETA](#)

Der stille Angriff auf öffentliche Dienstleistungen – TTIP und CETA
[Thomas Fritz](#) 2015

PowerShift, [Canadian Centre for Policy Alternatives](#) u.a.: [Making Sense of CETA](#). CETA lesen und verstehen Analyse des EU-Kanada-Freihandelsabkommens
[Zusammenfassung](#)

[neue CETA-Studie](#), Gemeinschaftsarbeit von 23 kanadischen und europäischen Organisationen (u.a. attac Österreich und Attac Frankreich)



UND TTIP?

Die [Verhandlungen](#) gehen weiter
(3. bis 7. Oktober 2016 in New-York) –
trotzdem diese *optimistische Karikatur*



<http://www.globaltimes.cn/content/1003760.shtml>

Palästina: Der ewige Kampf ums Wasser Interview mit dem Hydrologen Clemens Messerschmid

[Rundreise](#) von CLEMENS MESSERSCHMID in
Deutschland und in der Schweiz, Oktober-November 2016



Pool in der illegalen israelischen Siedlung Maale Adumim und Infografik über Wasserverfügbarkeit pro Person am Tag: Quellen: <http://www.itisapartheid.org/> und The United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory (oPt), <http://www.ochaopt.org/>

Der in Ramallah lebende Hydrologe Clemens Messerschmid erläutert im [Interview mit dem Bayerischen Rundfunk](#), warum seit dem Abkommen von Oslo, die Wassersituation für die Palästinenser noch viel schlimmer ist als vor gut 20 Jahren, als die Oslo-Verträge geschlossen wurden. Was die Situation in den vergangenen Monaten besonders akut werden ließ: Die israelischen Siedler beanspruchen im Sommer mehr Wasser, deshalb wird es bei den Palästinensern knapp bzw. einfach abgedreht. Der israelische Staat ist Herr des Wassers in den palästinensischen Autonomiegebieten. Ramallah muss sein Wasser zu 100% von Israel kaufen, obwohl das Westjordanland sehr wasserreich ist...

SiG-Red.: Debatte um den Film:

Ein Sturm im Wasserglas – Israellobby gegen ARD, [NachDenkSeiten](#)

Shimon Peres gilt als Friedensheld Israels. Doch seine politische Biographie spricht oft eine andere Sprache.

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=35254#more-35254>

Acting Together for a World of Peace - Gemeinsam für eine friedliche Welt

«[Filmtage Globales Lernen 2016](#)» gesellschaftspolitisches Kino für Schüler_innen und Abendvorstellungen vom **8. bis zum 11. November 2016 in Oberösterreich, Tirol und Wien** - Im Rahmen der Global Education Week 2016 finden kommentierte Dokumentarfilmvorführungen mit interaktiver, medienpädagogischer Nachbereitung im Kinosaal statt.

Die ausgewählten Filme haben die [Schwerpunkte Waffenproduktion, Krieg und Klimawandel als Fluchtursachen sowie Demokratie und Bürger_innenbeteiligung](#). Mehr: <http://www.normale.at/index.html>

SiG-Hinweis: Die USA sind Russland propagandistisch weit überlegen. Unterstützt von der deutschen Regierung, der Tagesschau, sogar von der TAZ, von Campact u.a.m. „Alles ist Barbarei – was in Syrien geschieht, was im Irak geschieht, was in Libyen geschehen ist und geschieht, was in Afghanistan und in Saudi-Arabien geschieht. Und dennoch ist es möglich, in einer breiten Öffentlichkeit, die bis zur TAZ und zu CAMPACT reicht, zu verbreiten, die Russen seien schuld an dem Elend von Millionen von Menschen. Und es ist mithilfe von viel Propaganda und Lobbyarbeit möglich, so zu tun, als sei das Elend in Syrien das einzige Elend in dieser Region und als sei dort die Misere erst mit der Intervention Russlands ausgebrochen. Alles ist Barbarei – was in Syrien geschieht, was im Irak geschieht, was in Libyen geschehen ist und geschieht, was in Afghanistan und in Saudi-Arabien geschieht. Und dennoch ist es möglich, in einer breiten Öffentlichkeit, die bis zur TAZ und zu CAMPACT reicht, zu verbreiten, die Russen seien schuld an dem Elend von Millionen von Menschen. Und es ist mithilfe von viel Propaganda und Lobbyarbeit möglich, so zu tun, als sei das Elend in Syrien das einzige Elend in dieser Region und als sei dort die Misere erst mit der Intervention Russlands ausgebrochen.“ Artikel von [Albrecht Müller](#) in den [NachDenkSeiten](#)

DIE WAFFEN NIEDER!

Kooperation statt NATO-Konfrontation
Abrüstung statt Sozialabbau



Auftakt: 12 Uhr
Alexanderplatz
Ecke Otto-Braun-Str.

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

Die Waffen nieder!!! Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau

Die Veranstalter_innen: Bundesausschuss Friedensratschlag; Kooperation für den Frieden; Berliner Friedenskoordination

<http://friedensdemo.org/>

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt.

Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden.

Die Politik muss dem Rechnung tragen. Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. **Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe.** Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen.

Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das **Menschenrecht auf Asyl.** Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, **jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen.**

Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, **zivile Konfliktbearbeitung fördern** und wirtschaftliche Hilfe für den **Wiederaufbau der zerstörten Länder** leisten.

Die Menschen brauchen weltweit **Gerechtigkeit.** Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen **Rüstungsausgaben** von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und **Russland** war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes **Feindbild** wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser **Teufelskreis** muss

durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der **US-Atomwaffen** die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg.

Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
 - den Stopp der Rüstungsexporte
 - die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

Die Erstunterzeichner_innen

Aachener Friedenspreis e.V. | Attac Deutschland | Berliner Friedenskoordination Friko, Gruppen | Bundesausschuss Friedensratschlag | Deutscher Freidenker-Verband | Deutscher Friedensrat e.V. | DFG-VK Hamburg | DFG-VK Landesverband Hamburg-Schleswig-Holstein | DFG-VK Landesverband Ost | DIDF Föderation demokratischer Arbeitervereine | DIE LINKE. Parteivorstand | DKP Deutsche Kommunistische Partei | Flüchtlingsrat Niedersachsen | Frauennetzwerk Frieden e.V. | Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt/Main | Friedenskreis Wanfried (Netzwerk) | GBM Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde e.V. | Grüne Friedensinitiative bundesweit | IALANA | Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten | Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, deutsche Sektion (IFFF/WILPF) | Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) | Kooperation für den Frieden bundesweit | linksjugend [solid] | NaturFreunde Deutschlands | NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit | Netzwerk Friedenssteuer e.V. | Ostermarsch Rhein Ruhr | Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) | Piratenpartei Berlin | Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend SDAJ | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e.V.) | Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung Schleswig-Holstein.

**Demonstration und Protestaktionen in Kalkar/Essen
am 3.10.2016: <http://demo-kalkar.de/>**